Nr. 27. 29. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 2. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die bayerischen Landtagswahlen.

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Die am kommenden Montag stattfindenden Landtagswahlen haben für Bayern keine geringere Bedeutung, wie die eben vollzogenen Reichstagswahlen für das Reich. Auch dort handelt es sich darum, eine Mehrheit zu brechen, die ihre Macht in der brutalsten und perfidesten Weise ausnützte und die gegnerischen Parteien rücksichtslos unter ihre Füße zu treten suchte. Die Entwickelung der Verhältnisse, die allmählich die gegenwärtige Lage herbeigeführt haben, ist bekannt, so daß es genügt, sie kurz zu skizzieren. Nach zwölfjährigem Kampfe hatte die Sozialdemokratie 1905 es durchgesetzt, die bürgerlichen Parteien der Beseitigung des indirekten Wahlrechts geneigt zu machen. Aber in der entscheidenden Stunde versagten die Liberalen. Sie lehnten den Entwurf aus kleinlichen Parteirücksichten ab, weil sie sich nicht genügend bevorrechtet glaubten. Dadurch fiel die ganze Reform, weil hierzu eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war. Die Neuwahlen von 1905 mußten also nochmals auf Grund der indirekten Wahl, die zu den ungeheuerlichsten Zuständen führte, erfolgen. Sie fanden unter der Parole „Wahlreform" statt. Um diese zu sichern, wurde ein taktisches Bündnis zwischen Sozialdemokratie und Zentrum abgeschlossen. Die Folge war die Dezimierung der Liberalen und Erzielung einer sicheren Zweidrittelmehrheit. Das Zentrum war in der Uebermacht und nützte sie aus, um das Wahlgesetz so zu gestalten, daß ihm die größeren Vorteile zufielen — namentlich durch eine ihm günstige Wahlkreiseinteilung und durch die Festsetzung, daß eine relative Mehrheit zur Wahl genügt. Die sozialdemokratischen Vertreter konnten das nicht verhindern; stimmten aber trotzdem dem Gesetz zu, um zunächst die Beseitigung der im Gefolge der indirekten Wahl aufgetretenen ungeheuerlichen Zustände zu erreichen.

Nach Annahme der Wahlreform 1907 wurde der Landtag wieder aufgelöst, um sich auf Grund des eben angenommenen Gesetzes neu zu bilden. Dabei erzielte das Zentrum, das noch von dem Nimbus der Volksfreundlichkeit umgeben war, eine überwältigende Mehrheit, 98 von 163 Mandaten. Aber seine Macht stieg ihm zu Kopfe. Es enthüllte immer mehr sienen reaktionären Charakter, ging mit Vergewaltigungen gegen die anderen Parteien vor und richtete seine giftigen Geschosse besonders gegen die Sozialdemokratie, die man als eine gefährliche Konkurrentin in der Gunst der Wählerschaft erkannt hatte, während das Zentrum sich durch die Reichsfinanzreform, die bayerische Steuerreform, die Arbeiterverrätereien im bayerischen Landtag immer mehr verhaßt machte. Es ist noch in aller Erinnerung, wie das schwarze Schreckensregiment die Regierung zu Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokraten, zur Vernichtung des Süddeutschen Eisenbahnerverbandes usw. drängen wollte, wie das Ministerium Schritt für Schritt zurückwich, den zentrumsparteilichen Befehlen aber doch nicht rasch genug folgte, so daß schließlich das Parlament nach Hause geschickt wurde.

Nun hat am 5. Februar das Volk zu entscheiden, ob es die schwarze Gewaltpolitik sanktionieren oder ihr einen kräftigen Riegel vorschieben will.

Bei einem Einzelaufmarsch und getrenntem Vorgehen der nichtultramontanen Parteien war vorauszusehen, daß das Zentrum mit derselben oder wenigstens mit einer wenig verringerten Mehrheit in den neuen Landtag zurückkehren würde. Das sind die Folgen der relativen Mehrheit. Diese Aussichten zwangen dazu, ein taktisches Zusammengehen der genannten Parteien anzustreben, um die Nachteile der Wahlkreiseinteilung und der relativen Mehrheit möglichst zu korrigieren. Ein lückenloser Großblock kam indessen nicht zustande. Die Landwirtsbündler und die Konservativen schlossen sich aus und erklärten sich zu Zutreiberdiensten für das Zentrum bereit.

Dagegen kam ein Abkommen zwischen Liberalen, Sozialdemokraten, dem Bayerischen Bauernbund und dem erst in jüngster Zeit aufgetauchten Deutschen Bauernbund zustande. Das Abkommen setzt zunächst fest, daß die beteiligten Parteien sich gegenseitig den zuletzt innegehabten Besitzstand garantieren. In den einzelnen Wahlkreisen, auf die sich das Abkommen bezieht, vereinigen alle verbündeten Parteien ihre Stimmen auf den Kandidaten derjenigen Partei, die zuletzt das Mandat im Besitz hatte. Für die Sozialdemokratie hat dies manche Nachteile, die Wahrung des Besitzstandes, an der namentlich die Liberalen festhielten, zwingt uns dazu, die Liberalen in Wahlkreisen, die wir ihnen ganz sicher abgenommen hätten, unangefochten zu lassen, auch ist die Gefahr der Verwirrung der Wähler nicht ganz ausgeschlossen, doch im Hinblick auf das gesteckte Ziel wurden schließlich die Nachteile mit in Kauf genommen. Wenn es gelingt, die schwarzblaue Mehrheit zu zertrümmern, so wird mit allen Kräften eine Beseitigung der relativen Mehrheit und Herbeiführung des Proporzes angestrebt werden, so daß dann alle derartigen Bündnisse überflüssig werden.

Das Abkommen erstreckt sich auf 101 Wahlkreise mit 117 Abgeordneten (da eine Anzahl Kreise „zweimännig" sind, d. h. zwei Abgeordnete zusammen wählen). Von diesen 117 Mandaten sind 45 den Parteien, die sie zuletzt in Besitz hatten, garantiert, und zwar 22 den Liberalen, 20 den Sozialdemokraten, 3 dem Bayerischen Bauernbund; 72 Mandate gehörten bisher den Schwarzblauen (56 Zentrum, 10 Landwirtebündler, 6 Konservative). In diesen 72 Wahlkreisen gehen die verbündeten Parteien gemeinsam vor, und zwar sind zugeteilt den Sozialdemokraten 16, den Liberalen 33, dem Altbayerischen Bauernbund 15, dem Deutschen Bauernbund 8.

Wenn alle nichtultramontanen Parteien dem Block angehören würden, so wäre die Vernichtung der Zentrumsmehrheit nicht allzuschwer, aber durch die Absage der Landwirtebündler und Konservativen, die nicht nur eigene Kandidaten aufstellen, sondern auch das Zentrum direkt unterstützen, indem sie ihm in Wahlkreisen, wo sie den Ausschlag geben, ihre Wähler zuführen, wird die Sache bedeutend erschwert. Der letzte Landtag setzte sich aus 98 Zentrumsleuten, 24 Liberalen, 22 Sozialdemokraten, 16 Bauernbündlern und Konservativen und 3 Bayerischen Bauernbündlern zusammen. Die absolute Mehrheit beträgt 82, das Zentrum und seine Zutreiber hatten zusammen 114 Mandate inne, so daß also der Block zu seinem vorigen Besitzstand (49) noch 32 Mandate gewinnen muß. Auch das ist nicht ganz unmöglich, wenn alle Wähler der Blockparteien Disziplin halten und eine rege Wahlbeteiligung erzielt wird. Wie schon die Reichstagswahl gezeigt hat, wird das Zentrum erheblich an Sitmmen verlieren, die anderen Parteien, vornehmlich die Sozialdemokraten, bedeutenden Zuwachs erhalten. Auch wird sich die protestantische Bauernschaft nicht so ohne weiteres auf das Kommando ihrer bündlerischen oder konservativen Führer in das schwarze Joch spannen lassen. Dies haben wir auch bei den Reichstagswahlen in Mittelfranken und Unterfranken gesehen, wo große Scharen der bäuerlichen Wähler den Bündlern den Rücken gekehrt haben und in das Lager des Deutschen Bauernbundes eingeschwenkt sind. In Oberbayern, Niederbayern und Schwaben wird voraussichtlich der Altbayerische Bauernbund dem Zentrum zahlreiche Wähler absprengen — davon hat uns bereits der Reichstagswahlkreis Straubing einen Vorgeschmack gegeben.

Von den 163 Mandaten, die am nächsten Montag zu vergeben sind, kann man bei 68 mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen, daß sie den Blockparteien sicher sind. Den Schwarzblauen sind 72 Mandate absolut sicher; es verbleiben also noch 23, die die Entscheidung geben müssen. Davon müssen vom Block 14 gewonnen werden, wenn er gerade noch die Mehrheit erreichen soll. Aber selbst wenn dies nicht ganz gelingen sollte, wäre der beispiellose Kampf doch nicht vergeblich geführt worden; die Hauptsache ist, daß der Besitzstand der Zentrumspartei so weit herabgedrückt wird, daß es allein nicht mehr die absolute Mehrheit bilden kann. Die ausschlaggebenden Landwirtbündler und Konservativen, die von vorwiegend protestantischen Kreisen abgeordnet werden, werden es sich immerhin mehr als einmal bedenken, den willenlosen Schleppenträger des Zentrums zu machen.

Scharfmachergelüste.

Mit dankenswerter Offenheit hat Herr v. Hennigs-Techlin, der zweite Redner, den die Konservativen am letzten Tage der Etatsberatung, am Donnerstag, im Abgeordnetenhause losließen, die Pläne seiner Freunde enthüllt. Unverblümt hat er Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie gefordert, ja, er konnte sogar seiner Sehnsucht nach der Flinte, die schießt, und dem Säbel, der haut, kaum Herr werden. Dieser Don Quichotte, den der Ruhm des Januschauers v. Oldenburg nicht schlafen läßt, hielt eine zweistündige Philippika gegen die Regierung, gegen die Sozialdemokratie, gegen die Parteien der Linken, ja, sogar die Freikonservativen bekamen ihr Teil ab. Einzig und allein das Zentrum verschonte er in treuer Bruderfreundschaft. Die Regierung ist ihm einmal zu zurückhaltend, sie hat die Konservativen noch nicht genug bei den Wahlen unterstützt, zweitens aber sie ist ihm zu schwach, sie versagt im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, sie hält nur Reden, läßt aber ihren Reden die „Taten" nicht folgen. Sogar in Moabit waren ihm die Polizeibehörden zu zaghaft, sie hätten die bürgerliche Kanaille einfach niederknallen müssen! Daß sie es nicht getan haben, daran ist einzig und allein die Regierung schuld, die es unterlassen hat, solche menschenfreundlichen Anordnungen zu erteilen. Hier heißt es: entweder — oder! Entweder Herr v. Bethmann Hollweg fügt sich den Befehlen der Junker, dann mag er noch einige Zeit im Amte bleiben, oder aber, er widersetzt sich, und dann sind seine Stunden gezählt. Was der Ministerpräsident tun, wozu er sich entschließen wird, darüber erfuhr man leider nichts, denn Herr v. Bethmann ging in philosophischer Würde jeder Auseinandersetzung aus dem Wege, er glänzte wieder einmal durch Abwesenheit, und die „untergeordneten Stellen" hatten keinen Auftrag zu antworten, sie schwiegen sich deshalb aus. Es ist auf die Dauer ein unerträglicher Zustand, daß der höchste Beamte des Staates bei so hochpolitischen Debatten fehlt. Freilich kann sich das Abgeordnetenhaus nicht darüber beklagen, jedes Parlament wird so behandelt, wie dasselbe es verdient, und ein Parlament, das von dem ihm zustehenden Recht, die Anwesenheit eines Ministers zu verlangen, keinen Gebrauch macht, darf sich über die ihm widerfahrene Mißachtung nicht beklagen.

Wir können den Konservativen nur dankbar sein, daß sie so offen mit ihren Scharfmacherplänen hervortreten. Und nicht nur das! Sie suchen auch sonst nach Mitteln, ihren geschwächten Einfluß auf den Reichstag auf künstliche Weise zu vergrößern, und dies Mittel erblicken sie, wie Herr v. Hennigs erklärte, darin, daß mehr als bisher Angelegenheiten des Reiches im Dreiklassenparlament erörtert werden. Das Junkerparlament als aufsichtsführendes Organ über den Reichstag! Das kann nett werden.

Vor Herrn v. Hennings hatte Abg. Gyßling (Vp.) seine Freunde gegen die Angriffe der Rechten und des Zentrums verteidigt und betont, daß durch das taktische Zusammengehen der Fortschrittler mit der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen das grundsätzliche Verhalten der Fortschrittlichen Volkspartei zur Sozialdemokratie keine Aenderung erfahren habe. Ganz unsere Meinung. Auch wir unterscheiden uns von der Fortschrittlichen Volkspartei nach wie vor in grundsätzlicher Beziehung, was natürlich nicht ausschließt, daß wir zur Erreichung eines bestimmten Zweckes ein Stück Weges mit ihr zusammen gehen können.

Gyßling folgte die Rede unseres Genossen Stroebel, der nochmals mit den reaktionären Parteien, vor allem aber mit der Regierung abrechnete. Und die Abrechnung war gründlich. Allerdings heimste Stroebel dafür drei Ordnungsrufe ein, aber es gelang ihm, seine Rede zu Ende zu halten und der Reaktion das zu sagen, was zu sagen er sich vorgenommen hatte. Und nötig war die Abrechnung vor allem mit dem Minister des Innern, dessen dreiste Herausforderung vom Tage vorher wir unmöglich ohne Erwiderung lassen konnten. Ganz besonders das, was Herr v. Dallwitz über den Beamteneid gesagt hatte, wies unser Redner als völlig haltlos und der Verfassung widersprechend nach. Herr v. Dallwitz saß dabei — und schwieg; was hätte er auch erwidern können?

Zwischendurch suchten sich Abg. v. Kardorff für die Freikonservativen und Herr Lohmann für die Nationalliberalen die Bruderhand zu reichen. Vorläufig ist der Bund ja noch nicht geschlossen, aber angebahnt ist er. Ob später auch die Konservativen einbezogen werden, bleibe dahingestellt. Jedenfalls scheint es, als ob ein neuer Block der Mittelparteien unter Ausschaltung des Zentrums im Entstehen begriffen ist — ein deutliches Zeichen dafür, wie ungeklärt die politische Situation ist.

Das Zentrum, das sich bis dahin schweigend verhalten hat, befolgte wieder einmal eine echte Jesuitentaktik; erst lange, nachdem unser zweiter Redner gesprochen hatte, fühlte sich Herr Herold bemüßigt, eine Darstellung über die Bündnisse mit den Sozialdemokraten zu geben. Der schlaue Fuchs leugnete mit dreister Stirn alles ab, er konnte es um so mehr, da er wußte, daß Genosse Hirsch, der sich nach ihm gemeldet hatte, ja doch nicht mehr zu Worte kommen würde. So geschah es denn auch, die Schlußantragstellungsmaschine trat wieder in Funktion. Aber erspart wird dem Zentrum die Erwiderung nicht. Wenn nicht diesmal, so ein andermal.

Auch das Mätzchen des Herrn Herold, den Liberalismus zum Mitschuldigen angeblichen roten Landesverrats zu machen, mißglückte. Herr Herold verlas ein schwarzblau-offiziöses Wolff-Telegramm, wonach Liebknecht nach einem Interview in der „Humanité" alles mögliche Grausliche gesagt haben sollte. Liebknecht erklärte jedoch in persönlicher Bemerkung, daß er von einem solchen Interview überhaupt nichts wisse, die ihm von dem offiziösen Telegraphenbureau unterstellten Auslassungen bestreite und sich alles Weitere bis zur Einsicht der „Humanité" selbst vorbehalte.

Am Montag beginnt die Beratung der Steuergesetze. Freitag und Sonnabend ist frei.

Der Wahlausfall in Westpreußen.

Aus Westpreußen wird uns geschrieben:

Wenn Westpreußen auch nur zwei Gegner des schwarzblauen Blocks — den in Danzig-Stadt mit Hilfe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der Konservativen und des Zentrums gewählten Fortschrittler Weinhausen und den Nationalliberalen Sieg-Graudenz — in den Reichstag schickt, so kommt doch selbst in dieser Provinz die klägliche Niederlage der Junker- und Pfaffenverbrüderung in den Stimmenzahlen klar zum Ausdruck.

Nach den bisherigen Feststellungen erhielten die Blockfreunde an Stimmen:

	1912	1907	+ Gewinn — Verlust
Konservative . .	29 078	49 088	—20 010
Freikonservative .	54 828	30 060	+24 768
Antisemiten . . .	1 153	8 515	— 7 362
Zentrum	20 283	23 019	— 2 736
Polen	99 067	102 390	— 3 323
Sa.	204 409	213 072	— 8 663
Die Blockgegner erhielten Stimmen:			
Sozialdemokraten .	28 099	19 925	+ 8 174
Fortschrittler . .	13 107	8 635	+ 4 472
Nationalliberale .	43 692	42 789	+ 903
Sa.	84 898	71 349	+13 549

Dem Verlust der Schwarzblauen von 8663 Stimmen steht also auf der anderen Seite ein Gewinn von 13 549 Stimmen gegenüber. Die Blockparteien hätten noch schlechter abgeschnitten, wenn wir in Westpreußen nicht einen völlig charakterlosen Freisinn vorfänden. Der Gewinn der Freikonservativen wurde nur dadurch möglich, daß die Freisinnigen in dem Wahlkreis Elbing-Marienburg, um ihn vor den Sozialdemokraten zu retten, sich dem freikonservativen Kandidaten bedingungslos an den Hals warfen. Ebenso verzichteten die Freisinnigen in den von den Polen bedrohten Wahlkreisen von vornherein auf jeden selbständigen Kampf. So blieb den Sozialdemokraten allein die Aufgabe, das Volk gegen die politische und wirtschaftliche Knechtung durch den Schnapsblock aufzupeitschen. Und diese Aufgabe erfüllten sie durchaus ehrenvoll, so daß sie ihre Anhänger um ein Drittel vermehren konnten. Damit überflügelte die Sozialdemokratie an Erfolg alle übrigen Parteien in Westpreußen.

In **Elbing-Marienburg** erhielten bei der Hauptwahl Stimmen: Crispien (Soz.) 8133, Schröder (freikons.) 8189 und Oldenburg (kons.) 10 660. Oldenburg erreichte die Stimmenzahl nur, weil das Zentrum, das 1907 rund 4000 Wähler zählte, seinen Kandidaten zurückzog und sofort in der Hauptwahl für Oldenburg eintrat. Unser Genosse war mit einem zufälligen Unterschied von nur 56 Stimmen aus der Stichwahl gedrängt. Da sich demnach zwei konservative Kandidaten gegenüberstanden, so war die sozialdemokratische Stichwahlparole auf Stimmenthaltung selbstverständlich. Das paßte den unter der Firma „Vaterländischer Wahlverein" kämpfenden Freikonservativen nicht in den Kram. Sie winselten förmlich um sozialdemokratische Hilfe und trieben unerhörtesten Schwindel. Daß man sozialdemokratische Vertrauensmänner — wie unseren Kassierer in Marienburg, dem 100 Mk. angeboten wurden — zu kaufen versuchte, ist noch harmlos im Vergleich zu den übrigen Manövern. Das „vaterländische" Organ, die Elbinger Neuesten Nachrichten, schrieb dreist und gottesfürchtig, die Sozialdemokratie habe mit Oldenburg einen Kuhhandel abgeschlossen, wonach die Konservativen in Danzig den Sozialdemokraten und die Sozialdemokraten in Elbing den Junker Oldenburg heraushauen sollten. Außerdem erklärte das Blatt, der sozialdemokratische Kandidat Crispien erwarte von der Intelligenz seiner Wähler, daß sie wissen, wie die sozialdemokratische Parole gemeint sei, nämlich: **Wählt den — „vaterländischen" Schröder!** Der Vorsitzende unserer Organisation, Genosse Schulz, sei ebenfalls für Schröder! Diese verlogenen Tricks wurden durch ein „vaterländisches" Flugblatt gekrönt, mit der Erklärung:

„Wie einem Vorstandsmitgliede des „Vaterländischen Wahlvereins" mitgeteilt wird, ist gestern in Elbing-Marienburg eine telegraphische Mitteilung der sozialdemokratischen Parteileitung aus Berlin eingetroffen, wonach die ursprünglich auf Stimmenthaltung lautende Wahlparole zurückgezogen und den Anhängern der Sozialdemokratie die Stimmabgabe für Forstrat Schröder freigegeben ist."

Dieser Irreführung fiel ein großer Teil der sozialdemokratischen Wähler, die nicht politisch organisiert sind, zum Opfer, weil es in zwölfter Stunde nicht mehr möglich war, den „vaterländischen" Schwindel aufzudecken. Hinzu kam noch, daß Oldenburg als der gefährlichste Ueberagrarier und Schröder als der berühmte Mann mit dem warmen Herzen für die Arbeiter hingestellt wurde. Unsere Organisation hielt trotzalledem wacker an unserer Parole fest. Wir haben im ganzen Wahlkreise rund 600 organisierte Parteigenossen und allein in der Stadt Elbing standen am Stichwahltage 1400 Sozialdemokraten Gewehr bei Fuß.

Die unehrliche Kampfesweise der „Vaterländischen" brachte ihrem Kandidaten das Mandat. Was die Arbeiter von dem „vaterländischen" Schröder zu hoffen haben, kann sich jeder denken, wenn er weiß, daß Schröders Parteiblatt in Elbing die Lohnbewegungen der Gewerkschaften als Klassenkampferpressungen beschimpfte und nicht nur verstärkten Streikbrecherschutz, sondern auch Verbot des Streikpostenstehens forderte. Die Wahlrechtsfreundschaft der „Vaterländischen" ist so groß, daß ihr Blatt die Absendung von Truppen verlangt, um die Wahlrechtsdemonstrationen der Elbinger Sozialdemokraten mit Flinten und Säbeln niederzuschlagen. In verschiedenen Betrieben mußten die Arbeiter sogar schriftlich versichern, daß sie keiner Organisation angehören. Schröders dürftige Reden (meistens beschränkte er sich darauf, etwas aus seiner Zeitung vorzulesen) bewegten sich im gleichen Fahrwasser. So ist denn in Elbing-Marienburg nicht das „größere Uebel" (Oldenburg) von dem „kleineren Uebel" (Schröder) abgelöst, sondern die Wähler sind aus dem Regen in die Traufe gekommen.

In **Danzig-Land** stieg die Sozialdemokratie an die Spitze aller Parteien. Es erhielten Stimmen: Gehl (Soz.) 5272, Hardtmann (Freis.) 3697, Schümmer (Z.) 4377, Doerksen (kons.) 4709, Kupczynski (Pole) 1012. Dieser Kreis wäre dem blauschwarzen Block mit Sicherheit entrissen worden, wenn die Freisinnigen nicht feigen Verrat geübt hätten. Unser Genosse stand mit dem Konservativen in Stichwahl. Es gelang unserer Partei, noch rund 2000 Reserven aufzubringen. Mit den freisinnigen Stimmen hätte die Sozialdemokratie mit 11 000 Stimmen den Konservativen mit seinen 10 000 Stimmen besiegen können. Die freisinnige Wahlkreisleitung brachte aber nicht einmal so viel Mut auf, die Parole des Geschäftsführenden Ausschusses der Fortschrittlichen Partei: Keine Stimme dem blauschwarzen Block! zu der ihrigen zu machen. Die Leitung erklärte nur, sie überlasse es den Wählern, nach bestem Wissen und Gewissen zwischen den beiden Stichwahlkandidaten zu entscheiden! Selbst diese Erklärung erschien als winzige Notiz hinter den Wetternachrichten im Danziger Freisinnsorgan. Zum Teil war die freisinnige schwächliche Haltung von der Furcht diktiert, daß die Konservativen in Danzig-Stadt aus Rache den Fortschrittler durchfallen lassen könnten. So traten dann die Freisinnsmannen von Danzig-Land zum zweiten Male an die Urne und halfen dem Konservativen den Sieg erringen.

In **Danzig-Stadt** begann der eigentliche Wahlkampf vielverheißend mit einem liberalen Akt heiligster Gerechtigkeit. Man kam, nach 40 Jahren, plötzlich dahinter, daß einzelne Stadtteile und Straßenhälften gar nicht zum Reichstagswahlkreise Danzig-Stadt gehören und wimmelte sie, dem Gesetz entsprechend, an Danzig-Land ab. Es kamen rund 300 proletarische Wähler in Betracht und, wie jedes Kind weiß, in der Mehrheit Sozialdemokraten. Dann holten sich die Freisinnigen den Fortschrittler Weinhausen, einen Freund des großen Naumann, aus Berlin und eröffneten die Schlacht gegen die Sozialdemokratie. Zwischen den bürgerlichen Kandidaten entbrannte ein grotesker Krieg darüber, wer von ihnen über die größte Königstreue verfüge. Der Bedeutung dieser weltgeschichtlichen Frage entsprechend, wurde dieser heiße Strauß durch Inserate in bürgerlichen Zeitungen ausgetragen. Neu ist, daß während des Wahlkampfes in Danzig eine Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie gegründet wurde. Der hätte sich gar nicht bemühen brauchen, weil er die Konkurrenz des Danziger Freisinns doch nicht schlagen konnte. An Verleumdungen, Beschimpfungen und Saalterrorismus gegen die Sozialdemokratie konnte unmöglich mehr geleistet werden. Der Freisinn dachte aber, doppelt hält besser, und ließ sich die Reichsverbandshilfe schmunzelnd gefallen.

In der **Hauptwahl** erhielten Stimmen: Marckwald (Soz.) 8088, Weinhausen (Fortschr.) 9418, Dentler (kons.) 7121, Kupczynski (Pole) 498. Es mußte eine Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und dem Fortschrittler vorgenommen werden. Zu dieser gaben die Konservativen die Losung aus: Stimmenthaltung. Da verlor der Freisinn den Rest aller Männlichkeit. Er bettelte geradezu um die konservativen Stimmen. Genosse Marckwald wurde sogar des „gemeinen Landesverrats" beschuldigt. Die Genossin Zetkin soll nämlich einmal irgendwo gesagt haben, daß die Sozialdemokraten ihre Kinder so erziehen müßten, daß diese auch als Soldaten ihre sozialistische Ueberzeugung bewahrten. Das laufe auf gemeinen Landesverrat hinaus. Die Genossin Zetkin sei nun aber eine Ultraradikale, und da Marckwald auch einer der Rotesten sei, so wäre er mit der Genossin Zetkin eines Sinnes, also ein gemeiner Landesverräter. Die konservativen Wähler hatten dann auch Einsehen genug, dem Herrn Weinhausen das Mandat zuzuschanzen. Er siegte mit blauschwarzer Blockhilfe mit 13 578 Stimmen. Der Sozialdemokrat war ihm mit 10 786 Stimmen bedenklich auf den Fersen. Die „letzte freisinnige Hochburg an der Wasserkante" wackelt sehr bedenklich.

In drei weiteren Wahlkreisen war die Sozialdemokratie ein gewichtiger Faktor als „Zünglein an der Wage".

In **Graudenz-Strasburg** stand der nationalliberale Sieg mit 13 411 Stimmen gegen den Polen Dominirski mit 12 117 Stimmen in Stichwahl. Das Zentrum zählte 145 Stimmen. Sieg erkannte die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen an und siegte in der Stichwahl mit Hilfe der 1437 sozialdemokratischen Stimmen.

In **Schlochau-Flatow** und in **Schwetz** fanden Stichwahlen zwischen Konservativen und Polen statt. In Schlochau-Flatow bemühten sich die Polen und in Schwetz die Konservativen um sozialdemokratische Stichwahlhilfe. Natürlich mußten beide Bewerber abgewiesen werden.

Abgesehen von **Graudenz-Strasburg**, wo bestimmte örtliche Verhältnisse uns leider lahmlegten (wir erhielten 1437 Stimmen gegen 1401 im Jahre 1907), vermochte die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie einen achtunggebietenden Fortschritt zu erreichen.

Unsere Stimmen stiegen seit 1907 in: **Elbing-Marienburg** von 6838 auf 8133, in **Danzig-Land** von 2787 auf 5272, in **Danzig-Stadt** von 6391 auf 8088, in **Neustadt-Karthaus** von 142 auf 164, in **Berent-Stargard** von 146 auf 374, in **Stuhm-Marienwerder** von 670 auf 1120, in **Rosenberg-Löbau** von 148 auf 309, in **Thorn-Kulm** von 528 auf 1109, in **Schwetz** von 75 auf 161, in **Konitz-Tuchel** von 252 auf 291, in **Schlochau-Flatow** von 169 auf 805, in **Deutsch-Krone** von 355 auf 863.

Diese Erfolge sind deshalb besonders beachtenswert, weil die Sozialdemokratie nicht nur den üblichen staatlichen Wahlapparat, sondern auch eine übermächtige bürgerliche Presse gegen sich hatte. Dazu stießen unsere Flugblattverbreiter bei der zweiten Agitation vielfach auf fanatisierte Proletarier. Polnische und katholische Hetzpfaffen und gesetzesverachtende Junker hatten die Volksseele dermaßen zum Kochen gebracht, daß unsere Genossen oft froh waren, lebend davon zu kommen. Gegen diese Großmächte konnte die Sozialdemokratie nur ein wöchentlich zweimal erscheinendes Blatt und 3500 organisierte Genossen ins Feld stellen. Diese kleine Armee hat, was möglich war, getan und kehrt kampfesfreudig aus der Wahlschlacht zurück.

Gewählt wurden in Westpreußen: 1 Fortschrittler, 1 Nationalliberaler, 8 Konservative und Freikonservative und 8 Polen. Die Polen verloren 1 Mandat (Schwetz) an die Konservativen. Sonst blieb alles beim alten, soweit die gewählten „Volksvertreter" in Betracht kommen. Unten aber, im Proletariat, sind neue Kräfte wirksam.

Die Diktatur des Säbels in Portugal.

Wir haben uns seit Bestehen der portugiesischen Republik keinen Illusionen über ihren wahren Charakter hingegeben. Sie ging hervor aus einer **bürgerlichen** Revolution, der die Arbeiterklasse ein willkommener Kampfgenosse war, der aber nach Verjagung der Dynastie verächtlich beiseite geschoben wurde. Die Konstituierung der Republik ging unter Kämpfen und Eifersüchteleien der verschiedenen Schichten der Bourgeoisie vor sich, die sich um die Regierungsgewalt stritten, die aber alle einig waren, wenn es galt, die Arbeiterschaft zu knebeln. Ein Schauspiel, wie es die bürgerlichen Revolutionen zu allen Zeiten und an allen Orten geboten haben. Die Arbeiterschaft war aber auch in Portugal durch die Revolution zum Bewußtsein ihrer Klassenlage erwacht und versuchte auch ihre meist höchst traurige wirtschaftliche Lage zu bessern. Eine Reihe von Streiks und Lohnkämpfen folgten der Proklamierung der Republik. Damit erregten die Arbeiter aber den Zorn der Bourgeoisie, die die Früchte der Revolution für sich in Anspruch nahm und damit wieder einmal bewies, daß **bürgerlich**-republikanische Denkweise Hand in Hand gehen kann mit sozialer Rückständigkeit und wilder Arbeiterfeindschaft. Die Regierung der Bourgeoisrepublik eröffnete einen Feldzug gegen die gewerkschaftlichen Organisationen, unterdrückte sie, begünstigte, um die Arbeiterschaft zu zersplittern, die anarchistische Bewegung unter der Arbeiterschaft und verhinderte damit eine ruhige und friedliche Aufklärungs- und Organisationstätigkeit.

Die Früchte ihrer arbeiterfeindlichen Haltung erntet die Regierung in diesen Tagen. Aus einem lokalen Landarbeiterstreik ist infolge der brutalen Unterdrückungsmethoden der Regierung ein Generalstreik geworden, der das wirtschaftliche Leben der Hauptstadt Lissabon lahm legt und der auch auf andere Landesteile übergreift. Die Regierung kann sich nicht anders helfen, als daß sie die gesamten Land- und Seestreitkräfte mobilisiert und gegen die eigenen Volksgenossen führt, Lissabon in Belagerungszustand versetzt und die Regierungsgewalt in die Hand eines Säbelhelden, des Generals Carvalhal, legt. Die Straßen Lissabons gleichen einem Heerlager und die Kriegsschiffe werden zu schwimmenden Bastillen in denen Hunderte von Arbeitern zusammengepfercht werden. Inwieweit die Regierung bei ihrem brutalen Kampfe gegen die Arbeiterschaft auch ihre monarchistischen und klerikalen Gegner treffen will, läßt sich jetzt noch nicht entscheiden. Jedenfalls will die Bourgeoisie mit einer Kraftprobe sich aller ihrer Feinde erledigen. Dabei arbeitet die republikanische Regierung mit denselben verlogenen und perfiden Mitteln wie irgendeine despotische Monarchie. Depeschenzensur, Schauergeschichten von Bombenattentaten und Bombenwerkstätten werden in die Welt gesetzt, um das eigene brutale und schurkische Vorgehen zu entschuldigen. Es ist freilich möglich, daß einzelne Elemente der entrechteten und geknechteten Arbeiterschaft, deren Schulung und Aufklärung die Regierung selbst gewaltsam unterbunden hat, zu verzweifelten Gewalttaten greifen, aber jedenfalls werden einzelne Vorgänge absichtlich übertrieben, um die ganze Arbeiterklasse ins Unrecht zu setzen.

Es ist möglich, daß die Bourgeoisregierung diesmal noch mit Hilfe von Infanterie, Kavallerie, Kanonen und Kriegsschiffen Siegerin bleiben wird. Aber der Klassenkampf wird durch ihren Sieg nicht beseitigt werden, vielmehr wird im Proletariat nur größeren Haß gegen die heuchlerische bürgerliche Republik erzeugt und deren Untergang in einer sozialen Revolution vorbereitet.

Wir geben heute folgende Nachrichten, die, wie schon gesagt, mit größter Vorsicht aufzunehmen sind, über die Vorgänge in Portugal wieder:

* * *

Lissabon, den 1. Februar 1912. **General Carvalhal** hat die ihm vom Präsidenten der Republik übergebenen Zügel der Regierung mit fester Hand ergriffen. Die **Aufhebung der konstitutionellen Garantien** im Distrikt von Lissabon dauert noch an. Aus den Provinzen Algarve und Alemtejo sind Truppenverstärkungen herbeigezogen worden. Auch die Kavalleriepatrouillen in den Straßen werden verstärkt. Gestern wurde von den Truppen eine große Streife nach Anarchisten und Monarchisten veranstaltet, an der sich sowohl die in der Stadt befindliche Garnison als auch die vor den Toren der Stadt lagernden Truppen beteiligten. Alle Straßen, die verdächtig waren, den Monarchisten Unterschlupf zu gewähren, wurden militärisch besetzt. Allen höheren Offizieren und Beamten, die nicht im direkten Auftrage der Regierung handeln, wurde der Zutritt strengstens untersagt. Nur einige wenige Journalisten, die mit besonderen Karten versehen waren, wurden durchgelassen. Im ganzen wurden **1500 Personen verhaftet** und an Bord des Dampfers „Adamastror" gebracht. Dasselbe Schicksal erfuhren zwei Männer, die in dem Verdacht stehen, das Bomben-Attentat auf dem Rocio-Platz gegen die Nationalgarde verübt zu haben. Unter den Verhafteten befindet sich auch der letzte monarchistische Minister des Aeußern Jose Azevedo Cascello Branco, der beschuldigt wird, unter den Streikenden zugunsten der Monarchie agitiert zu haben. Die Hauptaufgabe der Truppen bestand darin, sich der **Syndikalisten** zu bemächtigen. Die **Frauen und Männer wurden im Marinearsenal** untergebracht. Alles vollzog sich ohne jeden Zwischenfall. In mehreren Arbeiterwohnungen wurden Bomben mit sehr gefährlichen Sprengstoffen beschlagnahmt. Die Regierung hat an die Zivilgouverneure der Provinzen eine Depesche folgenden Inhalts gesandt:

„Die Regierung betrachtet den Streik als beendet. Die Ackerbauarbeiter haben im Einverständnis mit ihren Führern in Evora erklärt, die Arbeit wieder aufnehmen zu wollen."

Unter den in dem Gebäude der Arbeitervereinigung gestern Verhafteten befindet sich auch der Sohn des **Dr. Bombarda**, des bekannten revolutionären Führers, dessen Ermordung am 4. Oktober 1910 das Vorspiel zu der großen Revolution bildete. Der junge Bombarda wurde mit den übrigen Verhafteten zusammen in einem Boot nach einem im Hafen liegenden Kriegsschiff gebracht. Dort soll er, wie es heißt, zusammen mit seinen Mitgefangenen versucht haben, die Matrosen dazu zu überreden, ihnen ihre Waffen zu überlassen, doch scheiterte dieser Versuch an dem Widerstand der Matrosen. Bombarda wird voraussichtlich in Einzelhaft gebracht werden.

Die Wirkung in Spanien.

Paris, 1. Februar. Dem Journal wird aus **Badajoz** an der spanisch-portugiesischen Grenze gemeldet, daß dort die ernstesten Gerüchte über die Lage in Portugal in Umlauf seien. Man glaube, daß die Regierungen Englands und Spaniens sich bereit hielten, in Portugal einzuschreiten. Aus Lissabon eingetroffene Reisende behaupten, daß die republikanische Garde mit den Ausständigen gemeinsame Sache gemacht habe. Die Carbonari hätten unter Hochrufen auf die soziale Revolution Dynamitbomben gegen die Truppen geschleudert. Die Regierung habe zwar Truppen aus der Provinz berufen, doch fürchte man, daß diese infolge **Eisenbahn-Sabotage** nicht eintreffen werden.

Morgan-Shusters Anklage.

Der frühere persische Schatzmeister Morgan-Shuster, dessen Reformwerk von Rußland und England zerstört, und der von den beiden Staaten aus Persien vertrieben worden ist, erhebt in einer Unterredung mit dem Vertreter des „Preß-Telegraph" in **London** öffentlich Anklage gegen die europäischen Regierungen, die Persien an die russischen Mörder und Mordbrenner ausgeliefert haben. Sein Protest richtet sich vor allem gegen die **englische** Diplomatie, die sich, um Rußlands Unterstützung in Europa zu erkaufen, zur Helfershelferin der Zarenregierung in Persien herabgewürdigt hat. Diese Politik — so führt er aus — stehe im Widerspruch mit den Interessen Englands, das dem russischen Eroberer selber den Weg nach Indien ebnet. Morgan-Shuster protestiert auch gegen die Haltung Frankreichs und **Deutschlands**, deren diplomatische Vertreter in Teheran der russischen Regierung die Steigbügel gehalten haben. Morgan-Shusters Tätigkeit in Persien lief — wie er erklärt — darauf hinaus, „dem Unfug und den Bestechungen, die allgemein im Schwange waren, Einhalt zu tun und den russisch gesinnten Beamten Persiens die Flügel zu beschneiden, denen es nur darauf ankam, Rußlands schwer auf Persien lastende Hand noch mehr fühlbar zu machen. **Mit einer starken finanziellen Organisation konnte Persien ihr die Spitze bieten. Ohne diese war es geliefert".** Diese Tätigkeit hatte auch anfangs den gewünschten Erfolg. In erstaunlich kurzer Zeit brachte Morgan-Shuster Ordnung in das Chaos der persischen Finanzverwaltung. Das ging aber gegen den Wunsch der Petersburger Regierung, die sich zwar stets über die „Anarchie" in Persien beschwert, aber selbst eifersüchtig darüber wacht, daß diese Anarchie immer neuen Nährstoff erhält. Die diplomatischen Vertreter Rußlands in Persien begannen nun ein regelrechtes Kesseltreiben gegen Morgan-Shuster, den sie auch, nach dem bewährten Rezept des Kosakenobersten Ljachow, des Henkers des ersten persischen Parlaments, aus dem Wege zu räumen suchten. Wie Morgan-Shuster berichtet, wurde ein persischer Schützling des russischen Vicekonsuls Petroff überredet, einen **Mordversuch** gegen ihn zu unternehmen. Der Perser verlor aber den Mut und verständigte einen Medschlis-Abgeordneten von dem Plan, der den Mann sowie verschiedene Briefe von russischen Konsulatsbeamten zu Morgan-Shuster brachte. Aus diesen Schriftstücken geht klar hervor, daß die **eigentlichen Urheber der Verschwörung die Vertreter des Zaren waren.** Diese Tatsachen, die im November in der englischen Presse veröffentlicht wurden, sind von der russischen Regierung nicht widerlegt worden.

An dem Kesseltreiben gegen Morgan-Shuster nahm auch die französische und die **deutsche** Gesandtschaft in Teheran Anteil. Morgan-Shuster beschuldigt den deutschen Gesandten, Grafen v. **Quadt**, er habe sich wiederholt bei der persischen Regierung über seine Politik als Schatzmeister beschwert und sich in verletzender Art über den Umstand geäußert, daß die Schecks über die Staatsunterstützung für die deutsche Schule und das deutsche Krankenhaus die Unterschrift des amerikanischen Schatzmeisters trugen. Die Treibereien des deutschen Gesandten gegen den Reformator Persiens, die auch vom französischen Gesandten unterstützt wurden, gingen über die gewöhnlichen diplomatischen Eifersüchteleien weit hinaus. **Die Vertreter Frankreichs und Deutschlands unterstützten indirekt die Raubpolitik Rußlands**, der erstere als Repräsentant des befreundeten Bundesstaates, der zweite — um die **Potsdamer** Abmachungen in die Wirklichkeit umzusetzen. Diese Tatsache geht schon daraus hervor, daß die deutsche diplomatische Vertretung in Teheran vor Potsdam keineswegs russenfreundlich gesinnt war. Zu jener Zeit verhandelte sogar der jetzt verstorbene Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, v. **Stemrich** — natürlich „privat" — mit den Vertretern der persischen revolutionären Organisationen, denen er Hoffnungen auf die Unterstützung Deutschlands einflößte und von der Möglichkeit sprach, Waffentransporte aus Deutschland nach Persien zu schaffen. . . .

Schon diese Tatsache allein hätte genügen müssen, damit die „**Kreuz-Zeitung**" über die Anklagen Morgan-Shusters gegen den deutschen Gesandten das Maul nicht so gewaltig aufrisse. Sie fällt mit den wütendsten Schimpfereien über ihn her und nennt den

Mann, dem Prof. Schiemann, der Leitartikler der „Kreuz-Zeitung“, noch kürzlich attestiert hat, seine finanzpolitische Tätigkeit in den Philippinen und in Kuba beweise, daß er der Mann sei, um die persischen Finanzen energisch zu sanieren, einen unwissenden, großmannsüchtigen, verlaufenen Amerikaner. Von besonderem Interesse ist, wie das Junkerblatt die Hunnenpolitik Rußlands in Persien beschönigt. Rußland habe — so schreibt es — seine wertvollen „Vorteile“ in Persien gegen große Geldopfer in Form von Anleihen „ehrlich erworben“, und habe sich 1907 mit England und 1911 mit Deutschland über Persien verständigt. Großmächte, wie Rußland, England und Deutschland, ließen sich nicht von irgendeinem verlaufenen Amerikaner um die „Früchte ihrer Politik“ bringen, die sie „nach geduldiger und kostspieliger Arbeit langsam reifen sehen“.

Diese Tirade charakterisiert auf die trefflichste Art die Hottentottenmoral, die für die imperialistische Politik Deutschlands wie aller kapitalistischen Staaten als oberster Grundsatz gilt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Februar 1912.

Die Verteilung der Präsidentenposten.

Die bürgerliche Presse beschäftigt sich mit der Frage der Reichstagspräsidentenwahl in einer so nervösen, aufdringlichen Weise, als handele es sich um die wichtigste politische Aktion der Gegenwart. Mit Aufgebot alles Kombinationsvermögens wird erörtert, auf welchen Präsidentensitz die Sozialdemokratie Anspruch erheben werde, welche Person sie aufstellen resp. vorschlagen könnte, ob man dieser auch gestatten werde, zu Hofe zu gehen usw. Wir haben bisher vermieden, auf diese müßigen Kombinationen zu antworten, und ebenso die große Mehrheit unserer Parteiblätter im Reiche. Wenn die Gegner darauf gerechnet haben, wie aus einigen Aeußerungen ziemlich deutlich hervorgeht, schon die sogenannte Präsidentschaftsfrage werde zu einem Konflikt zwischen Radikalen und Revisionisten führen, dürften sie sich irren. So wichtig erscheint niemandem in der ganzen Partei die Sache, daß er deshalb einen inneren Streit heraufbeschwören möchte.

Immerhin ist nicht uninteressant, zu beobachten, welche Versuche die Zentrumsparteiler wie die Nationalliberalen machen, einen entscheidenden Einfluß auf das künftige Reichstagspräsidium zu erlangen. So sucht die „Kölnische Volkszeitung“ die Nationalliberalen zu überreden, mit dem Zentrum und den Konservativen eine Art Arbeitsgemeinschaft zu bilden, indem sie für diesen Fall den Nationalliberalen einen guten Sitz im Reichstagspräsidium in Aussicht stellen. Das leitende rheinische Zentrumsblatt schreibt nämlich:

„Daraus folgt: ein brauchbares und dauerhaftes Präsidium ist nur möglich, wenn sich eine Mehrheit der positiven Arbeit bildet. Und diese positive Mehrheit ist in genügender Stärke vorhanden, wenn nur ein Teil der nationalliberalen Fraktion den Entschluß kundgibt: Wir wollen mitarbeiten an den nationalen Aufgaben, statt hinter der internationalen Umsturzpartei als Schleppenträger einherzurotten!

Bildet sich eine Arbeitsmehrheit aus Konservativen, Zentrumsleuten und Nationalliberalen, so werden die beteiligten Fraktionen unter sich auszumachen haben, welche Persönlichkeiten auf den ersten, zweiten und dritten Posten berufen werden sollen. Das Zentrum ist heute die weitaus stärkste unter den positiven Parteien; aber das war es schon seit Jahren. Es hat den ersten Präsidenten gestellt, wenn es die Verhältnisse forderten, aber es hat auch auf die erste Stelle verzichtet, wenn das aus irgendeinem Grunde zweckmäßig erschien. „Grundsätze“ für die Verteilung der Präsidentenstellen gibt es nach der wechselvollen Praxis im Reichstage nicht mehr. Es ist eine Zweckmäßigkeitsfrage geworden. Die arbeitswillige Mehrheit ordnet die Sache so, wie es unter den obwaltenden Verhältnissen für die Würde und für die Fruchtbarkeit der Verhandlungen am vorteilhaftesten erscheint. Sollte aber Herr Bassermann eine Verständigung mit den Nationalliberalen vereiteln, so kann man ja die Großblockpolitik im eigenen Fett schmoren lassen. Dann mag die angeblich siegreiche Linke einmal zeigen, was sie leisten kann.

Arbeitspräsidium oder Blockpräsidium: das ist das Entweder—Oder.“

Und solche Liebeswerbung stößt keineswegs, wie man annehmen sollte, in der ganzen nationalliberalen Presse auf Ablehnung. Ein Teil der Rechtsliberalen zeigt bereits eine starke Neigung, wie einst in den Zeiten vor dem Bülowblock mit dem Zentrum und den Konservativen zu paktieren. So schreibt beispielsweise die „Magdeburger Zeitung“:

„Man will mit Gewalt — und die Konservativen wie das Zentrum helfen indirekt dabei mit — ein Großblockpräsidium konstruieren, das äußerlich den Charakter des neuen Reichstags abspiegeln soll. Zu einer solchen politischen Demonstration werden sich jedoch die Nationalliberalen, so glauben wir bestimmt, unter keinen Umständen bereit finden lassen. Und auch der naheliegende Vergleich mit dem Blockpräsidium des Jahres 1907 hinkt auf beiden Füßen. Denn damals handelte es sich um eine Arbeitsmehrheit, hier aber lediglich um eine Zahlenmehrheit, die noch dazu so brüchig ist, daß sie unter dem leisesten Windhauch schon zusammenfallen kann. Nehmen wir selbst den günstigsten Fall an, daß es der Linken gelingt, ihr Präsidium mit einer Majorität von drei oder vier Stimmen durchzudrücken, so würde die Leitung tagtäglich von Zufallsabstimmungen abhängig sein, die morgen schon die Mehrheit von heute in eine Minderheit verwandeln könnten. Wodurch naturgemäß eine vernünftige Führung der Geschäfte des Hauses ein Ding der Unmöglichkeit würde und dazu die Hände zu bieten, haben, wie gesagt, die Nationalliberalen, die doch positiv mitarbeiten wollen, nicht die geringste Veranlassung.

Mit einem Großblockpräsidium also ist es nichts. Und da auf der anderen Seite ebensowenig Neigung vorhanden sein dürfte, das alte Präsidium einfach fortbestehen zu lassen, so bleibt nichts anderes übrig, als zu der alten guten Gewohnheit zurückzukehren, die Präsidenten aus den stärksten Fraktionen zu nehmen. . . . Das würde bei dem üblichen Vorbehalt hinsichtlich der Sozialdemokraten ein ultramontan-nationalliberal-sozialdemokratisches Präsidium bedeuten, wobei eine nähere Verständigung darüber zu treffen wäre, wer den ersten Präsidenten zu stellen hat. Sollten die Sozialdemokraten die obenerwähnten Verpflichtungen nicht übernehmen, so würden sie aus jeder Kombination ausscheiden und an ihre Stelle die nächststärkste Fraktion zu treten haben. Welche das ist, ist noch nicht sicher.“

Militärischer Treueid und Beamteneid.

Als im Wahlkampfe die Zentrumspresse sich die Deduktionen der Blätter vom Schlage der „Kreuzztg.“ und der „Nordd. Allgem. Ztg.“ aneignete und verkündete, daß der Diensteid der Beamten diese verpflichte, sich völlig in den Dienst der jeweiligen Regierungspolitik zu stellen und unbedingt ihre Stimmen gegen die „vaterlandslose“ Sozialdemokratie abzugeben, ist von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, daß nach der katholischen Moraltheologie der Bruch eines Treueids nicht nur erlaubt ist, wenn derjenige, der diesen Eid abgelegt hat, in der Befolgung des Eides eine ernstliche Gefahr für sein Seelenheil erblickt, sondern auch, wenn er zu solchem Eid in ungerechter Weise gezwungen worden sei. Besonders wurde auf die Morallehren des als anerkannte Autorität auf diesem Gebiete geltenden Jesuiten Lehmkuhl hingewiesen, der z. B. die Fahnenflucht eines vereideten Soldaten für gestattet erklärt, wenn dieser entweder durch die Schuld eines Offiziers ernster Gefährdung seines Seelenheils ausgesetzt werde, oder wenn er in ungerechter Weise zum Heeresdienst gezwungen worden sei.

Die „Germania“ hat mit der ihr eigenen Wahrheitsliebe bestritten, daß Lehmkuhl diese Lehre aufgestellt hat. Tatsächlich heißt es aber in dessen „Moral-Theologie“, 11. Aufl., Freiburg 1910, I. Bd., S. 568:

„Wird einem Soldaten etwas zu tun befohlen, was so wahrscheinlich ungerecht ist, daß er den Gehorsam verleugnen kann, oder wird er durch die Schuld eines Offiziers derartigen Gefahren für sein Seelenheil ausgesetzt, daß es für ihn eher Pflicht wäre, zu desertieren, als die nächste Gelegenheit zur Sünde zu verlängern, so würde ihn sein Treueid nicht hindern, den Heeresdienst verlassen zu können oder auch je nach den Umständen verlassen zu müssen. Ja, wenn jemand zum Militärdienst gezwungen worden ist muß zugesehen werden, ob der Zwang ein gerechter sei, oder ob wegen des ungerechten Zwanges der Treueid nichtig würde, oder ob eine gerechte Ursache, sei es zur Restriktion, sei es zur Fiktion beider Eidesleistungen angetrieben habe.“

Aehnlich äußern sich andere katholische Moraltheologen. Man sieht, was das verlogene Geschwätz über die unbedingte Verpflichtung des Beamten und Soldaten zur Einhaltung des sogen. „Treueids“ wert ist.

Reichstagseröffnung.

Das Reichsamt des Innern veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

Mit Bezugnahme auf die in Nr. 6 des Reichsgesetzblattes verkündete Kaiserliche Verordnung vom 22. Januar 1912, durch welche der Reichstag berufen ist, am 7. Februar 1912 in Berlin zusammenzutreten, wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Eröffnung des Reichstages an diesem Tage um 12 Uhr vormittags im Weißen Saale des hiesigen königlichen Schlosses stattfinden wird. Zuvor wird ein Gottesdienst, und zwar für die Mitglieder der evangelischen Kirche in der Schloßkapelle um 11 Uhr, für die Mitglieder der katholischen Kirche in der St. Hedwigskirche um 11½ Uhr abgehalten werden.

Die weiteren Mitteilungen über die Eröffnungssitzung erfolgen im Bureau des Reichstags am 6. Februar 1912 in den Stunden von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends und am 7. Februar von 9 Uhr vormittags ab.

In diesem Bureau werden auch alle sonst erforderlichen Mitteilungen gemacht.

Klerikaler Boykott.

In der oberpfälzischen „Grenzztg.“ liest man folgende

„Bekanntmachung.

Wegen sozialistischer Umtriebe in unserem Stammlokal geben wir allen unseren Freunden kund, daß wir unser Stammlokal im Gasthof zur Post und bei Metzgermeister Hunger aufgeschlagen haben.

Die Frühmeßbesucher der Pfarrei Bärnau und Umgebung“.

Die sozialistischen Umtriebe haben darin bestanden, daß der Wirt zum Schwarzen Bären, der früher der Sozialdemokratie sein Lokal verweigerte, dieser im Dezember seinen Saal zu einer Versammlung zur Verfügung stellte. Dafür wird er jetzt von den frommen Zentrumsleuten boykottiert, die nicht genug über Terrorismus zetern können, wenn Sozialdemokraten einen Boykott lediglich zu dem Zweck verhängen, um sich die Gleichberechtigung mit anderen Parteien zu erzwingen. Oder ist es nicht ein viel schlimmerer Terrorismus, wenn man durch solche Mittel politische Gegner mundtot zu machen sucht?

Ueber die Reichstagswahlen in Elsaß-Lothringen

veröffentlicht die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ einige amtliche Angaben. Danach wären im Lande 417 088 wahlberechtigte Personen vorhanden gegen 397 255 bei den Reichstagswahlen von 1907. Beachtung verdient, daß die Zahl der Wahlberechtigten bei den nur zwei Monate vorher stattgefundenen Landtagswahlen infolge der sogenannten Wohnsitzklausel um 39 000 oder 9,3 Proz. geringer war als bei der Reichstagswahl: rund 10 Prozent der Reichstagswähler werden also durch die mit der Spitze gegen die Arbeiterklasse gerichtete Wohnsitzklausel bei den Landtagswahlen politisch entrechtet. Bei den Landtagswahlen wählten 80,7 Proz. der Wahlberechtigten, bei den Reichstagswahlen 85 Proz. Gültige Stimmen wurden bei der Reichstagswahl insgesamt 348 652 abgegeben, die sich auf die verschiedenen Parteien wie folgt verteilen:

Elsaß-Lothringisches Zentrum	118 394	Stimmen	oder 34,0	Proz.
Sozialdemokratie	110 675	„	„ 31,7	„
Liberal-Demokraten	67 886	„	„ 19,5	„
Unabhängige Lothringer . .	36 356	„	„ 10,4	„
Deutsche Reichspartei . . .	7 373	„	„ 2,1	„
Wilde	7 341	„	„ 2,1	„

627 Stimmen oder 0,2 Proz. waren zersplittert.

Bei den Landtagswahlen vom 22. Oktober 1911 hatte die Sozialdemokratie erhalten 71 476 Stimmen oder 23,8 Proz. Bei den Reichstagswahlen von 1907 erzielte die Partei 81 589 Stimmen oder 28,7 Proz. der abgegebenen gültigen Stimmen, sie hat ihre Stimmenzahl sonach in den fünf Jahren um 29 086 oder 35,6 Proz. vermehrt.

Angesichts der Bemühungen der reaktionären Presse, die Stichwahlparole der Liberalen Landespartei in Elsaß-Lothringen zugunsten der Sozialdemokratie gegen die reichsländische Regierung als das direkte oder mittelbare Produkt der Haltung der Regierung auszubeuten, verdient Beachtung, daß in Metz der Deutsche Kriegerbund am Stichwahltage durch Plakate vor der Abgabe sozialdemokratischer Stimmzettel warnen ließ. Den Erfolg kennt man. Aber das Beispiel zeigt, wie wenig von einem Drucke von oben zugunsten der sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten die Rede sein kann; denn die blindwütende Warnung vor der Unterstützung des Sozialdemokraten konnte in diesem Falle in der Person des Stichwahlgegners Lasolgne nur einem Mitbegründer des Elsaß-Lothringischen Nationalbundes zugute kommen, der nicht nur, wie die Sozialdemokratie, die Ablehnung aller neuen Militär- und Marineausgaben, sondern für Elsaß-Lothringen auch den himmelschreienden Unsinn der Ablehnung jeder Vermehrung der Ausgaben überhaupt (so z. B. für die Schule) auf seine Fahne geschrieben hat. Tatsächlich marschierte in Metz der Deutsche Kriegerbund bei Ausgabe dieser Stichwahlparole Arm in Arm mit dem berüchtigten „französischen Erbfeind“ — denn der Kandidat Lasolgne war auch der Stichwahlkandidat der nationalistischen französischen Bourgeoisie! . . . So ist's in Wirklichkeit um die Unterstützung der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen durch die Regierung von Elsaß-Lothringen und ihre treuesten Untergebenen bestellt!

Freiherr v. Heyl vor fünf Jahren.

Der als Reichstagsabgeordneter wiedergewählte Wormser Lederkönig und Großgrundbesitzer Frhr. Heyl zu Herrnsheim sandte bekanntlich ein Danktelegramm an den Zentrumsführer Frhrn. v. Hertling für die ihm zuteil gewordene Zentrumswahlhilfe. Die „Wormser Volksztg.“ ist boshaft genug, daran zu erinnern, daß v. Heyl vor fünf Jahren dasselbe „patriotische“ Zentrum als „vaterlandsfeindlich“ bezeichnete. Am 5. Februar 1907 wurde Herr v. Heyl in der Stichwahl mit Hilfe von freisinnigen und sozialdemokratischen Wählern gegen den Zentrumskandidaten gewählt. Am Abend des Stichwahltages sprach Herr v. Heyl in öffentlicher Versammlung von einem glänzenden Siege „über die vaterlandsfeindlichen Gegner“, über die Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“, der nur möglich gewesen sei durch das Eintreten „unserer linksliberalen Brüder für unsere Sache. Wir müssen nun den Versuch machen, die scharfe Trennung von den Linksliberalen zu überbrücken.“ — Derartige Wandlungen Bürgerlicher sind nichts Neues; es ist aber doch angebracht, sie zu registrieren.

Trimborn bleibt dem Reichstag erhalten.

Der neue Wahlkreis für den Kölner Zentrumsführer Justizrat Trimborn ist bereits gefunden. Landgerichtsrat Dr. Becker-Köln, der seitherige Vertreter des Wahlkreises Siegburg-Waldbröl, hat sich bereit erklärt, zugunsten des Herrn Trimborn auf sein Mandat zu verzichten. Dr. Becker erhielt am 12. Januar in diesem kohlschwarzen Kreis 16 602 Stimmen. Auf einen „wilden“ Zentrumskandidaten entfielen 3182, auf drei andere Kandidaten zusammen 5990 Stimmen. Wenn die Leitung der Zentrumspartei dem Verzicht Beckers zustimmt, dann ist die Wahl Trimborns gesichert.

Aus dem badischen Landtag.

In einer scharfen Rede gab am Donnerstag Genosse Frank seinem Mißtrauen gegen das Ministerium Ausdruck. Frank verlas dann die durch Zentrumsblätter veröffentlichte Korrespondenz mit dem nationalliberalen Abg. Wittum, worin letzterer sich als Gegner des Großblocks bekannte und um die Wahlhilfe des Zentrums bat, wie sie ihm die Konservativen und der Bund der Landwirte bereits zugesagt hatten. Die Liberalen müßten unter diesen Umständen den Abg. Wittum zwingen, sein Mandat niederzulegen. Der nationalliberale Fraktionschef Abg. Rebmann lehnte ein derartiges Vorgehen ab. Vorher nahm der Staatsminister v. Dusch Anlaß, die Solidarität des Gesamtministeriums zu betonen.

Wieder ein Spionageprozeß.

Vor der hiesigen Strafkammer hatte sich der Polizeikommissar a. D. Emil Reich, geboren in Suhl, Kreis Schleusingen, wegen Spionage zu verantworten. Unter den geladenen Zeugen befand sich auch der vom Reichsgericht vor kurzem wegen Spionage zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilte Schiffshändler Schulz. — Der Prozeß fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Nach achtstündiger Verhandlung wurde der Angeklagte wegen Vergehens gegen § 49a des Strafgesetzbuchs zu 1½ Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Gleichzeitig wurde auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren erkannt.

Schweiz.

Zur Volksabstimmung über die Kranken- und Unfallversicherung.

Zürich, 29. Januar. (Eig. Ber.)

Der monatelange Kampf um die Kranken- und Unfallversicherung nähert sich seinem Ende und am Sonntag, den 4. Februar, fällt die Entscheidung. Viele Hunderte von Volks- und Vereinsversammlungen haben in den letzten Wochen und Monaten in allen Teilen des Landes und von allen Parteien stattgefunden, eine umfangreiche Broschüren- und Flugblätter-Literatur wurde in das Volk hinausgeworfen. Der größte Teil dieser umfangreichen Agitation in Wort und Schrift ist von den Freunden des Gesetzes geleistet worden, insbesondere von der sozialdemokratischen Partei, die unermüdlich und eifrig für das Gesetz wirkt.

Die Gegner des Gesetzes sind in der Hauptsache die Aktionäre der Unfallversicherungsgesellschaften, ihre Agenten und sonstigen beteiligten Interessenten, die offensichtlich große Summen aufwenden, um ihre reichfließende Quelle von Dividenden, Tantiemen und Gratifikationen nicht durch die Verstaatlichung der Unfallversicherung verstopfen zu lassen. Da die vom Gesetz vorgesehene staatliche Unfallversicherung eine für Arbeiter wie Unternehmer ganz bedeutende Verbesserung gegenüber dem bestehenden Haftpflichtgesetz bringt, so können die Gegner nur mit Lügen und Schwindel die proletarischen Stimmberechtigten bearbeiten und auch die Unternehmer verwirren. Dazu kommen ferner verschiedene Handelskammern, deren Mitglieder in ihrer Mehrheit Gegner des Gesetzes sind, Unternehmer, die wohl zu einem großen Teil identisch mit den Aktionären der Unfallversicherungsgesellschaften sind. Dabei ist die vom Haftpflichtgesetz festgesetzte Maximalentschädigung von 6000 Frank selbst für den tödlichen Unfall, welche Summe erst noch von den Gesellschaften unter verschiedenen Vorwänden um mehrere Hunderte gekürzt wird, viel zu gering.

Ist die Unfallversicherung mit der Staatsanstalt an sich der Hauptangriffspunkt der Gegner, so dann insbesondere noch die obligatorische Versicherung der Nichtbetriebsunfälle und die selbstverständliche Einbeziehung der ausländischen Arbeiter in die Versicherung. Letzterer Umstand wird benutzt, um den zu allen schlechten Streichen tauglichen Chauvinismus der Schweizer gegen die Ausländer zu entfachen.

Die offenen Gegner des Gesetzes bilden eine kleine Schar und würde nicht ihr Rubel seine verderblichen Wirkungen äußern, so könnte man der Volksabstimmung mit froher Siegeszuversicht entgegensehen, umsomehr, als auch die Bauernführer in Erkenntnis der für die ländliche Armenpflege wohltätigen und entlastenden Folgen der Kranken- und Unfallversicherung in zahlreichen Bauernversammlungen für die Annahme des Gesetzes eingetreten sind. Die meisten Gegner jedes sozialen und demokratischen Fortschritts halten sich seit jeher feige und hinterlistig im Hinterhalte, um dann am Abstimmungstage mit dem Stimmzettel in der Hand das Gesetz zu meucheln. Darum läßt sich auch schwer etwas über den Ausgang dieser Volksabstimmung vorhersagen.

Würde das Gesetz wiederum verworfen, nachdem schon vor zwölf Jahren die erste Versicherungsvorlage in der Volksabstimmung abgelehnt wurde, so wäre das geradezu eine Niederlage der bürgerlichen Demokratie, die sich so als unfähig für den sozialen Fortschritt erweisen würde.

Die Verwerfung des Versicherungsgesetzes würde den Verzicht auf den vorhandenen Versicherungsfonds von 45 Millionen Franken bedeuten und ferner auch den jährlichen Bundesbeitrag von acht Millionen an die Versicherung, welche Summen dann mit dem größten Vergnügen die Militaristen und die subventionshungrigen Agrarier unter sich verteilen würden, während die Arbeiter leer ausgingen.

Gewerkschaftliches.

Arbeitslosenzählung im Bauarbeiterverband.

In der Nr. 5 des „Grundstein" wird das Resultat der ersten vom Bauarbeiterverband vorgenommenen Arbeitslosenzählung veröffentlicht, die in allen Zweigvereinen im ganzen Reiche am Sonnabend, den 15. Dezember stattfand. Bei dem milden Wetter, das den ganzen Dezember hindurch herrschte, war von vornherein zu erwarten, daß der Prozentsatz der Arbeitslosen nicht allzu groß sein würde. Diese Erwartung wurde denn auch bestätigt. Von den 281 114 befragten Mitgliedern waren 35 173 oder 13,84 Proz. arbeitslos, und zwar 24 339 oder 9,57 Proz. wegen tatsächlichen Arbeitsmangels, 1453 oder 0,57 Proz. wegen schlechter Witterungsverhältnisse und 9381 oder 3,70 Proz. wegen Krankheit.

In den einzelnen Landesteilen ist der Grad der Arbeitslosigkeit sehr verschieden, und zwar haben die ganz oder vorwiegend industriellen Gebiete eine erheblich niedrigere Arbeitslosenziffer aufzuweisen, als die vorwiegend ländlichen Gebiete. Am niedrigsten ist die Arbeitslosenziffer in der Provinz Westfalen mit den Fürstentümern Lippe und Waldeck. Hier wurden nur 6,5 Proz. Arbeitslose gezählt. In der Rheinprovinz waren es 7,2 Proz., in Hamburg und in Lübeck 8,1 Proz., im Herzogtum Braunschweig, dem Großherzogtum Oldenburg, dem Staatsgebiet Bremen und der Provinz Hannover 8,3 Proz., im Großherzogtum und in der Provinz Hessen 9,2 Proz., im Königreich Sachsen sowie in Württemberg, Baden und der bayerischen Pfalz je 10,4 Proz. und in der Provinz Sachsen mit den thüringischen Staaten und Anhalt 11,1 Prozent. In allen übrigen Landesteilen stand die Arbeitslosenziffer über dem Reichsdurchschnitt, und zwar in der Provinz Pommern auf 16,3 Proz., im Königreich Bayern (ohne die Rheinpfalz) auf 18 Proz., in der Provinz Schlesien auf 19,4 Proz., in Elsaß-Lothringen auf 23 Proz., in der Provinz Brandenburg mit Berlin auch 23,1 Proz., in Ostpreußen, Westpreußen und Posen auf 29 Proz. und in Mecklenburg auf 30,6 Proz.

Es kann also gesagt werden, daß die Bauarbeiter im Dezember mit der Arbeitsgelegenheit im allgemeinen Glück gehabt haben; denn in den ländlichen Gebieten wird die Bauarbeit um diese Zeit teilweise ganz eingestellt, so daß die hohen Prozentzahlen in diesen Gebieten nichts Außergewöhnliches sind. Dafür besteht aber, wenn der Winter nicht noch strenger einsetzt, allerdings die Gefahr, daß die Arbeitsgelegenheit im Frühjahr viel schlechter sein wird, als sie nach einem strengen Winter gewesen wäre. Die Bauarbeiter wissen das, und deshalb sehen viele von ihnen eine kurze Ruhepause infolge starken Frostes nicht ungern; es ist, wenn schon gefeiert werden muß, für sie immer noch angenehmer, im Winter bei Frost und Schnee zu feiern, als dies im schönen warmen Frühling zu müssen. Im Winter ist ja der Verdienst infolge der kurzen Tage und der häufigen Unterbrechungen so wie so sehr niedrig und die Arbeit im Freien sehr unangenehm. Auch läßt die Tatsache, daß man im Winter wegen rauhen Wetters aussetzt, den Mut der Bauarbeiter nie so tief sinken, wie die sommerliche Arbeitslosigkeit infolge schlechter Konjunktur. Die bei Frost oder starkem Schneefall Aussetzenden wissen, daß sie sofort wieder weiterarbeiten können, wenn der Frost nachläßt oder der Schnee schmilzt, ja, sie haben sogar die Gewißheit, daß dann erst recht viel Arbeit vorhanden ist. Die bei schlechter Konjunktur wegen tatsächlichen Arbeitsmangels Feiernden müssen dagegen immer mit Angst und Grauen in die Zukunft sehen.

Freilich, für den einzelnen Winterarbeitslosen und seine Familie wird durch solche Erwägungen die Not nicht gemildert. Sie macht sich zumeist schon bei ganz kurzer Arbeitslosigkeit bemerkbar, und für viele Bauarbeiter bedeutet Frostwetter bei guter Konjunktur nichts weiter, als daß sie mit besserem Gewissen die im Winter so wie so notwendigen Schulden machen können, weil sie die Möglichkeit der baldigen Abzahlung vor Augen sehen.

Sehr zu bedauern ist, daß sich von den 1048 Zweigvereinen des Verbandes 125 nicht an der Statistik beteiligt haben, und daß auch in anderen Vereinen ein großer Teil der Mitglieder nicht von der Zählung erfaßt worden ist. Dadurch wird naturgemäß der Wert der Statistik stark beeinträchtigt, und es kann nur dringend gewünscht werden, daß sich an den künftigen Zählungen nicht nur jeder Zweigverein beteiligt, sondern auch Einrichtungen trifft, die die Gewähr dafür bieten, daß bei den Zählungen alle Mitglieder erfaßt werden.

Berlin und Umgegend.

Ein Formerstreik.

Bei der Firma Hartung A.-G., Lichtenberg, haben die Former heute, Freitag, die Arbeit niedergelegt, weil die Firma die Vereinbarungen, unter denen der allgemeine Formerstreik beendet wurde, nicht eingehalten hat. Die Wiedereinstellung der Streikenden sollte bis zum 31. Januar vollzogen sein. Das ist auch in allen Betrieben außer drei, darunter Hartung A.-G., Lichtenberg, geschehen, so daß alle, bis auf 41 Mann, darunter 20 Former, wieder in Arbeit treten konnten. Im ganzen handelte es sich um 2200 Streikende in 23 Betrieben. In 7 Betrieben wurden innerhalb der ersten 6 Tage alle Streikenden eingestellt. Es wurde darauf geachtet, daß betriebsfremde Leute zurückstehen mußten, bis die Streikenden wieder Arbeit hatten. Bei Hartung ist dies nicht gelungen; eine Anzahl Leute wurden absichtlich, wie es schien, außer Arbeit gehalten, denn die Gründe, welche die Firma für die Nichteinstellung derselben angab, waren sehr fadenscheinig. Als nun am 31. Januar und am 1. Februar 5 betriebsfremde Former eingestellt wurden, sahen die Arbeiter darin einen Bruch der Vereinbarung. Die eingeleiteten Verhandlungen zerschlugen sich und die Arbeiter versammelten sich am Donnerstagabend in den Borussia-Sälen, Ackerstraße, und beschlossen mit 95 gegen 9 Stimmen, die Arbeit niederzulegen.

In einer Branchenversammlung der Former und Berufsgenossen, die zu gleicher Zeit in den Borussia-Sälen tagte, wurde die Nachricht von der Erklärung des Streiks mit großem Beifall begrüßt.

Eine Lohnbewegung der Gärtner.

Die Landschaftsgärtner von Groß-Berlin sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Auf Veranlassung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins fand bereits eine Besprechung zwischen Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer statt, und zwar am 25. Januar in Schöneberg. Die Unternehmer erklärten, daß sie einer Regelung der Arbeitsverhältnisse im Gewerbe sympathisch gegenüberstehen. Bisher verhielten sie sich sehr ablehnend. Eine Zuschrift vom 28. März 1911, in der die organisierte Arbeiterschaft den Unternehmerverband auf große Mißstände im Beruf aufmerksam machte, fand keinerlei Beachtung, und bei der neulichen Einleitung von Unterhandlungen bezogen sich die Arbeiter wieder auf diese Zuschrift. Zu der Besprechung vom 25. Januar hatten die Unternehmer auch die Christlichen eingeladen und wünschten von diesen 2 Vertreter und vom Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein 3 Vertreter zu sehen. Die Arbeiter einigten sich dahin, daß die freie Gewerkschaft durch 4 und die Christlichen durch einen Mann vertreten waren, entsprechend den Stärkeverhältnissen der Organisationen. Die Besprechung hatte kein bestimmtes Ergebnis; sie bedeutete nur die Einleitung von Verhandlungen. Einen Gegenstand der Aussprache bildete unter anderem das Verlangen der Unternehmer, daß die Arbeiter dafür sorgen sollten, daß die Konkurrenz der Stadtgärtnereien ausgeschaltet werde.

Am 31. Januar fand dann eine Versammlung der Landschaftsgärtner in Oeffs Festsälen in Schöneberg statt, in der die Arbeiter ihre Forderungen aufstellten. Walter Kwasnik referierte und legte den Entwurf eines Tarifvertrages zur Beratung vor. Der Referent berichtete über den Verlauf der stattgefundenen Besprechung und betonte dann, daß man nur die alten Forderungen vom Jahre 1907 wieder aufstelle. Er forderte dringend zu eifriger Agitation unter den unorganisierten Kollegen auf, denn man könne nur auf einen Erfolg der Bewegung rechnen, wenn eine starke Organisation dahinter steht. — Die Versammlung war recht gut besucht. Der Vorsitzende der christlichen Organisation war ebenfalls erschienen und versicherte, daß seine Organisation mithelfen werde, die bestehenden Verhältnisse zu verbessern; er führte als Tatsache an, daß viele Landschaftsgärtner nur 45 Pf. pro Stunde verdienen.

Die Versammelten erklärten sich nach längerer Diskussion mit den folgenden Forderungen eines Tarifvertrages einverstanden:

Die tägliche Arbeitszeit beträgt vom 1. Februar bis 30. Oktober 9 Stunden ausschließlich 2 Stunden Pause; sie beginnt um 7 Uhr morgens und endet um 6 Uhr abends. In der Zeit vom 1. November bis 31. Januar beträgt die Arbeitszeit 8 Stunden mit einer Stunde Pause.

Das Fahrgeld zur Arbeitsstelle ist vom Sitz der Firma zu berechnen. Alle Fahr- und Laufzeit ist in gleicher Weise zu berechnen und zu bezahlen.

An Sonnabenden ist eine Stunde und an Tagen vor hohen Festen zwei Stunden früher Feierabend ohne Lohnabzug.

Der Mindestlohn beträgt für Gärtnergehilfen 60 Pf., für Gartenarbeiter 50 Pf., für Gartenfrauen 30 Pf. pro Stunde. Ueberstunden und Sonntagsarbeiten sind mit 20 Pf. Aufschlag pro Stunde zu bezahlen, sollen aber möglichst vermieden werden. Die Lohnzahlung soll Freitags stattfinden, aber nicht in Gastwirtschaften. Als Landzulage sollen 3 M. bezahlt werden, wenn die Arbeitsstelle außerhalb des Vorortverkehrs liegt. Die Fahrzeit ist als Arbeitszeit zu berechnen.

Es folgen dann eine Reihe von weiteren Bestimmungen, wie sie in Tarifverträgen üblich sind. Der Vertrag soll gelten vom 1. März 1912 bis 28. Februar 1913.

Deutsches Reich.

Tarifverträge in der Steinindustrie.

Der Steinarbeiterverband hat im Jahre 1911 auf dem Gebiete des Tarifwesens anerkennenswerte Erfolge aufzuweisen. Es konnten 58 Tarife, die für 4268 Arbeiter Gültigkeit haben, neu abgeschlossen werden. Erneuert wurden 43 Tarife für 3729 Personen. Besonders in der Granitindustrie wollen die Unternehmer gar nicht daran, auf Tarifverträge einzugehen, trotzdem gerade diese Herren sehr stark auf die Aufträge des Staates und der Kommunalverwaltungen angewiesen sind. Die Starrköpfigkeit der Granitindustriellen erklärt sich wohl daraus, daß sie durchweg mit ungeheueren Kapitalien arbeiten.

Auf die einzelnen Branchen in der Steinindustrie verteilen sich die Tarife folgendermaßen:

Gesteinsarten	Tarife	Betriebe	Personen	Verbandsmitglieder
Sandsteinindustrie . . .	83	755	7426	6709
Granitindustrie	67	290	6269	5272
Marmorindustrie	24	165	1927	1598
Pflastersteinindustrie . .	21	42	1540	1158
Kalksteinindustrie	9	106	1565	1303
Kunststeinindustrie . . .	4	27	120	92
Summa	208	1395	18847	16132

Diese Tabelle zeigt zur Genüge, daß auch in der Steinindustrie das wilde Akkordwesen immer mehr zurückgedrängt wird. Allerdings mußte der Verband in den letzten 4 Jahren etwa 600 000 M. für Streikunterstützungen aufbringen. Fürwahr, eine respektable Summe! Die Verbandsleitung wird künftig bestrebt sein, daß in die Tarife selbst mehr Einheitlichkeit im technischen Aufbau kommt.

Vor einigen Tagen konnte — wie wir schon berichteten — für etwa 1000 Sandsteinmetzen im Königreich Sachsen ein Normaltarif zum Abschluß gebracht werden.

Der Streik in der Margarinefabrik von Gebr. Baum zu Elberfeld ist nach 7½wöchiger Dauer zugunsten der Arbeiter beendet. Es wurde ein Tarifvertrag auf 2 Jahre abgeschlossen, der für die beteiligten Arbeiter wesentliche Verbesserungen enthält. Der Anfangslohn für Arbeiter über 21 Jahre beträgt 24 M., wodurch einige Arbeiter sofort eine Lohnaufbesserung von 3 M. pro Woche erhalten. Der Höchstlohn geht bis 30 M. pro Woche hinauf. Die Arbeitszeit wurde auf 57 Stunden pro Woche herabgesetzt. Ferner wird allen Arbeitern nach einjähriger Beschäftigungsdauer ein Erholungsurlaub von 2 Tagen gewährt unter Fortzahlung des Lohnes, der für jedes weitere Jahr um einen Tag steigt bis zu 6 Tagen. Außerdem enthält der Tarif noch mehrere Verbesserungen. Sämtliche Streikenden werden wiedereingestellt.

Ausland.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1911.

Nach dem soeben erschienenen Rechenschaftsbericht der Wiener Reichsgewerkschaftskommission haben im Jahre 1911 47 von den 54 Zentralverbänden an Mitgliedern zugenommen, und zwar insgesamt um 26 500 Mitglieder. Allerdings haben die vom Separatismus erst später angesteckten Verbände der Berg-, Glas- und Holzarbeiter, sowie einige kleine Organisationen zusammen 8400 Mitglieder verloren. Man darf sagen, daß die Angriffskraft des Separatismus nunmehr überholt ist von den Tendenzen, die den Arbeitern die Notwendigkeit des stärksten einheitlichen Zusammenschlusses lehren. Die beginnende Prosperitätsperiode mit ihren großen Kämpfen — Prager Metallarbeiteraussperrung! — dürfte nicht unwirksam für die gewerkschaftliche Entwickelung bleiben. — Die Zentralverbände hatten Ende 1911 420 000 Mitglieder gegen 400 000 ein Jahr zuvor; allerdings waren es 1907, ehe der Separatismus hereinbrach, 500 000! Der Vermögensstand der Verbände beträgt 12 Millionen Kronen (10 Mill. Mark). Freilich stehen die Kämpfe um die Tarifverträge für 1913 bevor!

Die Justiz gegen die Gewerkschaften.

Eine für die Gewerkschaftsbewegung außerordentlich wichtige Entscheidung hat das Appellgericht in Montpellier gefällt. Es hat nämlich das Urteil des Gerichts in Millau, das die Handschuhmachergewerkschaft wegen des Boykotts eines „Gelben" zu Schadenersatz verurteilte, bestätigt und die Ersatzsumme noch von 1600 auf 3000 Fr. erhöht. In der Entscheidung heißt es, die Kollegen des Klägers hätten, indem sie seine Entlassung durch die Streikdrohung durchgesetzt hätten, seine individuelle Freiheit verletzt, die ihm das Recht verbürge, sich von der Gewerkschaft fernzuhalten. Sie hätten ein gewerkschaftliches, aber kein professionelles Interesse verfolgt. Sie hätten vexatorisch, aus Rachsucht und Gehässigkeit gehandelt und dem Kläger die Mittel entzogen, für sich und seine Familie zu sorgen.

Es ist klar, daß diese tendenziöse Justiz die Aktion der Gewerkschaften ernstlich bedroht. Leider sind die französischen Organisationen schlechter zur Abwehr gerüstet als die englischen. Sicher ist auch, daß diese Rechtsprechung der Gewerkschaftstaktik zugute kommt, die die Widerstandsfonds durch „direkte Aktion", Streikbrecherjagd usw. überflüssig machen will. Angriffe auf das Gewerkschaftsvermögen züchten die syndikalistischen Methoden, über die sich die Bourgeoisie dann heuchlerisch beklagt.

Generalstreik in einer australischen Stadt.

Das internationale Sekretariat der Transportarbeiter erhielt über London die telegraphische Mitteilung, daß in Brisbane (Queensland) ein Generalstreik fast sämtlicher Berufe ausgebrochen ist. An dem Ausstand sind nicht weniger als 50 Organisationen beteiligt. Ueber die Ursachen des Streiks wird leider nichts Näheres mitgeteilt, lediglich, daß derselbe zur Verteidigung der Prinzipien, also offenbar in der Abwehr, geführt wird. Es sind nicht weniger als 100 000 Menschen an der Sache beteiligt. Die Streikenden hoffen bei Unterstützung der Gesamtarbeiterschaft auf einen baldigen sicheren Sieg.

Aus der Frauenbewegung.

Lehrerinnen-Zölibat.

Von den Lehrerinnen Wiens ist ein schweres Unrecht genommen worden. Das Eheverbot, das in den neunziger Jahren für die Lehrerinnen von Wien und Niederösterreich eingeführt wurde, ist nun vom Landtag wenigstens für Wien aufgehoben worden. Gegen die Aufhebung des Eheverbots auf dem Lande, liefen die Bauern Sturm und da sie Dank der christlichsozialen Wahltaktik allmächtig im Landtag sind, haben sie ihren Willen durchgesetzt.

In einer Protestversammlung führte eine Lehrerin aus, daß jeder Bauer in der Lehrerin, die heiraten darf, eine Konkurrentin für seine Tochter sieht, daher das Zölibat für die Lehrerinnen. Nun, so wie es gelungen ist, Dank der großen Agitation, die seit zwei Jahren von den Lehrerinnen, unterstützt von den Lehrern, entfaltet wurde, das Eheverbot für die Wiener Lehrerinnen zu beseitigen, so wird es auch gelingen, die Reaktion im Lande zu besiegen. Geht doch jetzt eine besonders große Bewegung durch die Reihen der Lehrerinnen in Niederösterreich, die auch als ein Kampf um das Wahlrecht der Frauen in der Gemeinde geführt werden wird. Die Christlichsozialen haben jetzt, da sie in Wien vor Gemeindewahlen stehen, die Gehaltsverhältnisse der Lehrer verbessert. Sie brauchen die Stimmen der Lehrer, um wieder das Rathaus zu erobern. Die Lehrerinnen werden mit einem Trinkgeld abgefertigt mit der Motivierung, daß Lehrerinnen keine Familie zu erhalten haben. Die freisinnigen und sozialdemokratischen Lehrer treten aber für ihre Kolleginnen ein. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß auch die Katecheten (katholische Priester) offiziell keine Familie zu erhalten haben und doch hat man sie den Lehrern gleichgestellt. Es wurde von den Lehrerinnen ganz richtig erkannt, daß man sie brutalisiert, weil sie keine Wähler sind.

Auch unsere Genossinnen bereiten sich vor, bei den Gemeinderatswahlen in eine Agitation für das Gemeindewahlrecht der Frauen einzutreten.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 5. Februar 8½ Uhr in Kellers „Neue Philharmonie", Köpenicker Straße 96/97. „Das deutsche Volkslied" (mit musikalischen Erläuterungen). Vortragender: Herr Dr. Alfred Guttmann. Gäste, Herren und Damen willkommen.

Versammlungen.

Die Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes hielt am Mittwoch im großen Saale der „Arminhallen" eine Generalversammlung ab, in der das neue Ortsstatut durchberaten wurde, das die Zahlstelle schon seit längerer Zeit beschäftigte. Die von einer besonderen Kommission ausgearbeitete Vorlage wurde nun in einzelnen Punkten abgeändert und fand so die Zustimmung der Versammlung. Die stärksten Meinungsverschiedenheiten waren über die Bestimmungen zur Besetzung der Ortsverwaltung hervorgetreten, und hierzu wurde nun ein Vorschlag angenommen, wonach jede Branche aus ihrer Branchenleitung einen Beisitzer zu wählen hat, wobei der Generalversammlung das Bestätigungsrecht vorbehalten ist, und die Generalversammlung den ersten Vorsitzenden, die beiden Kassierer sowie, aus den Reihen der weiblichen Mitglieder, vier weitere Beisitzer wählte. Die Brancheneinteilung bleibt wie bisher, so daß also nach wie vor sieben Branchen vorhanden sind. Im übrigen ist aus dem 16 Paragraphen umfassenden Ortsstatut als eine Neuerung hervorzuheben, daß die Januar-Generalversammlung einen Jugendausschuß von drei Mitgliedern zu wählen hat, der das Recht der Ergänzung aus den Reihen der jugendlichen Mitglieder der Zahlstelle hat. — Das neue Ortsstatut ist sofort in Kraft getreten. Im übrigen wurde noch beschlossen, daß die Frage der Zusammensetzung der Generalversammlung aus Delegierten von neuem erwogen und einer Urabstimmung zur Entscheidung überwiesen werden soll.

Letzte Nachrichten.

Das Wahlmärchen der Heinzeanhänger.

Dresden, 1. Februar. Die von verschiedenen Blättern gebrachte Nachricht, der Staatsanwalt habe eine Untersuchung darüber eingeleitet, ob 2000 Wähler in Dresden-Altstadt doppelt gewählt haben, ist absolut unzutreffend.

Wie die Alten sungen . . .

Detmold, 1. Februar. (P.-C.) Wie aus Lage berichtet wird, wurde dort heute zwischen zwei Gymnasiasten ein Säbelduell ausgefochten, wobei dem einen Duellanten der Brustkorb durchstochen wurde, während der andere unverletzt blieb. Die Ursache des Zweikampfes ist unbekannt.

Ein verhängnisvoller Familienstreit.

Dessau, 1. Februar. (P. B.) Infolge ehelicher Zwistigkeiten kam es heute nachmittag zwischen dem Kaufmann Krüger und seiner Ehefrau in seiner Wohnung in der Wilhelmstraße zu einem Streit, in dessen Verlaufe der Mann seine Gattin erwürgte. Darauf erhängte er sich.

Die Agramer Studentenunruhen.

Wien, 1. Februar. Die „Neue Freie Presse" meldet zu den Studentenunruhen aus Agram: Die Studenten kamen heute an die Universität, verrammelten die Eingänge und ließen niemand passieren. Die Studenten haben an der Universität eine große schwarze Fahne aufgehängt. Sie versorgten sich mit Proviant und erklärten, sich nur mit Gewalt aus der Universität führen zu lassen.

Die Studenten sind am Tage zuvor gelegentlich einer Versammlung von der Polizei auseinandergetrieben worden und veranstalteten dann Demonstrationszüge, die zu blutigen Konflikten mit der Polizei führten.

Bandenwesen in der Türkei.

Saloniki, 1. Februar. (W. T. B.) Zwei vom Markt in Rakowa heimkehrende Kaufleute sind heute ermordet worden. Ausgeschickte Gendarmen begegneten einer 12köpfigen Arnautenbande, die sich ergeben mußte. Bei Mukrate fand ein Kampf mit einer Bulgarenbande statt, wobei zwei Bulgaren getötet wurden, während die übrigen entkamen.

Mexikanisches.

El Paso, 1. Februar. Dem gestrigen Aufruhr in Ciudad Juarez folgten in der Nacht weitere Unruhen. Betrunkene Empörer plünderten Gastwirtschaften, Läden und Privatwohnungen. Fünfzehn Personen, darunter Fremde und Frauen, sind ins Gefängnis gebracht. Die Plünderungen dauern an. General Orozco ist mit 600 Soldaten unterwegs von Chihuahua. Ein Zug der Mexiko-Zentralbahn, der nach Mexiko fahren sollte, ist auf dem Bahnhof Juarez angehalten worden, und die Fahrgäste sind nach El Paso zurückgeschickt worden. **Die Aufrührer haben die Bahnlinie nach Süden zerstört.**

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Abgeordnetenhaus.

5. Sitzung vom Donnerstag, den 1. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lentze, v. Breitenbach, v. Dallwitz, v. Trott zu Solz, Dr. Sydow.

Die

erste Lesung des Etats

wird fortgesetzt.

Abg. Gyßling (Vp.): Die späte Einberufung des Landtags müssen wir aufs tiefste beklagen; es wäre Pflicht der Regierung gewesen, diesem einhelligen Wunsche beider Häuser des Landtags nachzukommen. Das Wassergesetz hätte sehr gut vor Weihnachten in erster Lesung erledigt werden können. Auch haben wir genug Initiativanträge und Petitionen zu erledigen. (Sehr richtig! links.) Eine Durchpeitschung des Etats werden wir nicht mitmachen; um so weniger, da die Aufrechterhaltung der Steuerzuschläge verlangt wird. Die Finanzlage ist eine geradezu glänzende. Die Schwarzseherei des früheren Finanzministers hat sich als unberechtigt erwiesen. Um so weniger Grund liegt vor, die Steuerzuschläge beizubehalten. — Die Stellung des Handelsministers zum Kohlensyndikat begrüßen wir; vor allem muß hier auch das Interesse der Konsumenten gewahrt werden. Statt der Beibehaltung der Steuerzuschläge verlangen wir eine Quotisierung der Einkommensteuer und eine bessere Deklarierung der Steuern. Die Landräte dürfen nicht mehr Vorsitzende der Veranlagungskommissionen sein. Wie steht es mit der Verwaltungsreform? Darüber haben sich die Minister ausgeschwiegen. Für die innere Kolonisation sollten viel mehr Mittel aufgewandt werden. Die Eisenbahngemeinschaft fordern wir im deutsch-nationalen Sinne. Mit Bedauern haben wir gesehen, daß in Berlin den Unterbeamten verboten worden ist, in Versammlungen ihre materiellen Interessen zu vertreten. Das ist ihr gutes Recht. Ebenso verwahren wir uns gegen die Ausführungen des Ministers über das Wahlrecht der Beamten. Die Unterstützung der Sozialdemokratie durch Stimmenthaltung ist bei den letzten Wahlen auch von vielen Konservativen und darunter sicher auch Beamten ausgeübt worden (Sehr richtig! links), an diese möge sich daher der Minister des Innern mit seinen Ausführungen über Heuchelei und Lüge wenden. (Sehr gut! links.) — Die Fahrtentschädigungen für die Landräte begrüßen wir deshalb, weil wir wünschen, daß auch unvermögende Leute Landräte werden können. (Sehr richtig! links.) Das neue Motu proprio greift in unsere staatsrechtliche Gesetzgebung ein. Wir erwarten eine authentische Erklärung des Ministers, ob das Motu proprio auf Deutschland Anwendung findet oder nicht. Die Beunruhigung im deutschen Volke wäre vermieden worden, wenn das von vornherein klar ausgesprochen worden wäre.

An eine

Reform des Wahlrechts

ist nach den Erklärungen des Ministers nicht zu denken. Das wird neues Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie führen. Tatsache ist, daß hier im Hause eine Mehrheit für das geheime und direkte Wahlrecht vorhanden ist. Sie kam bei der Beratung des Antrags Aronsohn nur deshalb nicht zustande, weil die Konservativen entgegen ihren Anschauungen für das gleiche Wahlrecht stimmten. (Sehr richtig! links.) Die Reform des Wahlrechts entspricht dem Willen des Volkes. (Lebhafte Zustimmung links, Lachen rechts.) Die Ablehnung der Wahlrechtsreform ist auch ein wesentlicher Grund für den Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie gewesen. (Sehr wahr! links.) Durch den Ausfall der Reichstagswahlen hat sich die Divergenz in der Zusammensetzung des Reichstages und des Abgeordnetenhauses noch verstärkt. Diese Kluft muß endlich überbrückt werden. (Sehr wahr! links.) Wir halten an der Forderung der Uebertragung des Reichstagswahlrechts fest, aber wir versteifen uns nicht darauf, wenn es gilt, eine anderweitige Reform durchzusetzen und hoffen, daß auch die Sozialdemokraten dafür zu haben sein werden. Ebenso muß die Wahlkreiseinteilung geändert werden. Wir sollen im Reichstagswahlkampfe eine maßlose Hetze getrieben haben. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben aber nichts weiter vorgebracht, als was Herr v. Zedlitz gestern gesagt hat, er hätte mit seinen Ausführungen ruhig in unsere Wahlversammlungen kommen können. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Sie (nach rechts) nennen es Hetze, wenn man Anschauungen im Volke vertritt, die Ihren Anschauungen nicht entsprechen. (Sehr wahr! links.) Herr Herold stellte sich gestern als Friedensapostel hin, nachdem er die schwersten Angriffe gegen uns gerichtet hatte. Es meinte wohl: Roma locuta, causa finita (Rom hat gesprochen, damit ist die Sache erledigt). Auf den Leim gehen wir nicht. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Der Abg. Hirsch hat unwiderlegliches Material gegen das Zentrum vorgebracht. Auch die Konservativen haben nicht das mindeste Recht, uns wegen unseres Verhaltens bei den Wahlen Vorwürfe zu machen. Infolge ihrer Politik haben die Sozialdemokraten in der Hauptwahl so und soviel Mandate gewonnen und weitere in der Stichwahl durch die konservative Stimmenthaltung. (Sehr wahr! links.) Unsere Stellung den Sozialdemokraten gegenüber hat sich durch unser Verhalten bei den Wahlen nicht im mindesten geändert. (Lautes Lachen rechts.) Unsere Haltung war lediglich eine Konsequenz unseres Zieles, die Mehrheit der Konservativen und des Zentrums zu werfen. (Sehr richtig! links.) Eine „namenlose Hetze“ ist nicht von uns, aber von der konservativen Presse betrieben worden. (Sehr wahr! links.) Redner führt Beispiele dafür an. Wir protestieren dagegen, daß wir mit den Sozialdemokraten in einen Topf geworfen werden. (Lachen rechts.) Herr v. Heydebrand hat am wenigsten Anlaß, uns wegen unseres Eintretens für die Sozialdemokraten zu schmähen, denn er hat Stichwahlbedingungen aufgestellt, die kein Liberaler unterschreiben konnte. (Sehr wahr! links.) Wir werden auch in Zukunft kämpfen für eine gerechte Steuerpolitik, eine gerechte Wirtschaftspolitik und Gerechtigkeit bei der Verteilung der politischen Staatsbürgerrechte ohne Ansehen der Person und der Partei. So glauben wir am besten dem Vaterlande zu dienen, auch der Monarchie, dem Staatsganzen und allen seinen Gliedern. (Bravo! links.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Es ist höchst seltsam, daß das Zentrum und die Konservativen mich als ersten Redner der zweiten Garnitur zu Worte lassen. Die Herren fühlen sich offenbar nicht in der Lage, etwas auf die Angriffe meines Freundes Hirsch zu erwidern. Nachdem Graf Praschma durch einen Zuruf geleugnet hat, daß ein förmliches

Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie

abgeschlossen worden sei, stelle ich nochmals kurz fest, daß dieses nach dem von dem Abg. Hirsch vorgebrachten Material tatsächlich der Fall gewesen ist. Herr Müller-Fulda hat zwar später in der „Kölnischen Volkszeitung“ erklärt, daß er die Verhandlungen mit der Sozialdemokratie aus eigener Initiative gepflogen habe. Wenn aber feststeht, daß in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen die Sozialdemokratie tatsächlich vom Zentrum Stichwahlhilfe erfahren hat, so kann man unmöglich glauben, daß Herr Müller-Fulda so ganz als Privatmann gehandelt hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das kann höchstens ein Zentrumsanhänger glauben nach dem Grundsatz credo quia absurdum (ich glaube es, weil es absurd ist). Zu derselben Zeit, wo Herr Müller-Fulda den Sozialdemokraten ein Zusammengehen gegen die Reaktion anbot, ist er auch mit den Nationalliberalen in Verhandlungen eingetreten wegen eines Zusammengehens gegen die Sozialdemokratie. Diese gingen darauf ein und wurden so lange hingehalten, bis sie schließlich die wirkliche Sachlage durch ein Flugblatt erfuhren, worin es hieß: „Zentrumswähler, keine Stimme den Liberalen!“ und das unterzeichnet war von demselben Herrn Müller-Fulda. Das ist die famose Stichwahltaktik des Zentrums. Eine Partei, deren angesehener Vertreter so vorgeht, hat wirklich

keine Ursache zur sittlichen Entrüstung

über das diesmalige Zusammengehen zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten. Aber das Zentrum streitet immer die klarsten Tatsachen mit den unglaublichsten Mätzchen ab. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere nur an die Abstreitung des im Dom zu Speyer abgeschlossenen Wahlbündnisses, die dann von dem Zentrumsabgeordneten Dr. Jaeger selbst als unrichtig zurückgewiesen wurde. Die Konservativen erinnere ich an das bekannte Wort des Ruprecht auf Ranfern vor Erfindung des Bundes der Landwirte: „Ich schlage Ihnen nichts mehr und nichts weniger vor, als daß wir unter die Sozialdemokraten gehen.“ (Zuruf rechts: Es ist keiner gegangen!) Von Ihnen würden wir auch keinen genommen haben, Agrarier können wir nicht brauchen!

Herr Herold hat dann auch wieder von dem „großen Werke“ der Reichsfinanzreform gesprochen. Es gehört ein eigenartiger Mut dazu, daß das Zentrum stolz ist auf ein solches Werk, wobei der Löwenanteil der Lasten nicht auf die Schultern der Besitzenden, sondern derjenigen gelegt worden ist, die unter der elenden Lebenslage am schwersten zu leiden haben. Es ist nicht zu bestreiten, daß sich gerade die großen Vermögen in den letzten Jahren ganz außerordentlich erhöht haben. Das hätte dem „volksfreundlichen Zentrum“ die Verpflichtung auferlegen müssen, neue Steuern auf die Schultern der besitzenden und nicht der arbeitenden Klassen zu legen. Das wäre vor allem die Pflicht der sogenannten Arbeitervertreter des Zentrums gewesen. Herr Gronowski erklärte gestern aus seinem bösen Gewissen heraus, er habe hier für die Neueinteilung der Wahlkreise gestimmt. Gewiß, aber das Zentrum hat dagegen gestimmt und da genügt es nicht, wenn die „Arbeitervertreter“ des Zentrums, um ihre Person ihren Wählern gegenüber zu rechtfertigen, dafür stimmen, sondern es wäre ihre Pflicht, die volksfeindliche Haltung des Zentrums innerhalb der Partei selbst zu brandmarken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun, die Taten des Zentrums werden vom Volke verstanden, das beweist das

Zurückgehen der Zentrumsstimmen trotz aller religiösen Verhetzung

der katholischen Arbeiter. Die Arbeitervertreter des Zentrums sind gewissermaßen nur die Hehler der Volksfeindlichkeit und Wahlrechtsgegnerschaft des Zentrums; es ist traurig genug, daß die Arbeiter sich dazu hergeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Zedlitz hat zur Sparsamkeit gemahnt. Er meinte, namentlich an höheren Beamten könne gespart werden. Er muß ja wissen, daß viele höhere Beamte sehr viel Zeit übrig haben; hat er doch seinerzeit selbst als vortragender Rat im Handelsministerium und Seehandlungspräsident mit einem Gehalt von 14000 Mark so viel Zeit übrig gehabt, daß er 1897 für 10 590 Mark, 1898 für 8650 Mark Artikel für die „Post“ schreiben konnte. Er erwarb sich damals auch das Recht, gegen eine regierungsfeindliche Tätigkeit von Beamten zu wettern, indem diese Artikel der

Organisierung der Kanalrebellen

galten. (Hört! hört! links.) Diese Angriffe richteten sich damals gegen die Person des Monarchen selbst, der sich aufs schärfste für das Zustandekommen der Kanalvorlage ins Zeug gelegt hatte. Das sind die Stützen der Regierung! Ein höherer Beamter hat danach also das Recht, die Politik des Monarchen in rücksichtslosester Weise zu bekämpfen, aber ein Unterbeamter, der von den ihm verfassungsmäßig zustehenden Recht der freien Wahl Gebrauch macht, verdient nach Herrn v. Zedlitz **gemaßregelt zu werden.** Herr v. Zedlitz hüllte sich damals bei seinen Angriffen auf die Regierung sorgfältig in den Mantel der Anonymität. Hätte der „Vorwärts“ damals nicht die Skandalaffäre aufgedeckt, so säße heute vielleicht Herr v. Zedlitz an Stelle des Herrn v. Dallwitz, was allerdings kein großer Unterschied wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die „Post“ hat sich inzwischen anderweitigen Ersatz verschafft. Manche Artikel in ihr machen den Eindruck, als ob sie **aus Dalldorf stammten, eine so**

wahnsinnige verbrecherische Kriegshetze

wird in ihnen betrieben. Auf derselben Höhe steht es, wenn im Wahlkampf in einem freikonservativen Flugblatt geschrieben wurde: „Wer Hoffmann wählt, sorgt dafür, daß der Krieg unter das deutsche Volk kommt, wer aber den Friedensfreund Dr. Arendt wählt, sorgt für die Sicherung des Friedens. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Sozialdemokratie hat mit ihrem Friedensprogramm

eine Million neue Stimmen

gewonnen. Wenn der Kaiser das Wort gesprochen hat, er wolle sein Volk herrlichen Zeiten entgegenführen, so ist das dasselbe Ziel, was sich die Sozialdemokratie gesetzt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es ist ärgster Schwindel, wenn man behauptet, die Sozialdemokratie wolle das Volk wehrlos machen. Wir sind stets für militärische Jugenderziehung, für Volksbewaffnung eingetreten, aber wir verlangen dann auch, daß alle Kräfte, die im Volke vorhanden sind, in den Dienst der Wehrhaftigkeit des Vaterlandes gestellt werden. Was wir bekämpfen, ist die Abrichtung zum Kadavergehorsam, die Verwendung der Soldaten gegen den inneren Feind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Dann einige Worte über die Ausführungen des Ministers v. Dallwitz. In der Thronrede vor bald vier Jahren ist die

Reform des Wahlrechts

als dringendste Aufgabe der Gegenwart bezeichnet worden. Wenn die Regierung wirklich Ernst machen wollte mit der Einlösung dieses Versprechens, so brauchte sie nur den Landtag aufzulösen, und wenn dann der Kampf so geführt werden würde, wie er bei den Reichstagswahlen geführt worden ist, so würden sehr viele aus den Reihen der Konservativen und des Zentrums auf der Strecke bleiben. Also die Möglichkeit, das Versprechen der Krone einzulösen, besitzt die Regierung, wenn sie davon keinen Gebrauch macht, so beweist sie damit nur, daß es ihr nicht Ernst damit ist, dies Königswort einzulösen. (Sehr wahr! links.) Wenn Sie glauben, die Wahlreform ins Endlose verschleppen zu können, so

Kleines Feuilleton.

Feinde der modernen Literatur in London. Die Prüderie in den englischen Kunst- und Literaturverhältnissen wird von Tag zu Tag beängstigender. Während vor nicht sehr langer Zeit die gute englische Philisterwelt in Aufruhr geriet, weil zwei nackte, jedoch durchaus harmlose Statuen aufgestellt werden sollten, macht jetzt wieder eine löbliche Deputation über „demoralisierende Literatur“ viel von sich reden. Diese Deputation repräsentiert die Presse und eine Reihe von großen Verlegern und wurde vom Minister des Innern, Mr. McKenna, empfangen. An ihrer Spitze stand der Herausgeber des altberühmten Wochenblattes „The Spectator“, Mr. Strachey. Die Deputation selbst war vom „Nationalen Rat für öffentliche Moral“ entsandt worden. Und dieser Feldzug „gegen die öffentlichen Moral“, die im Grunde genommen eine große Gefahr für die gesunde Fortentwickelung der modernen englischen Literatur bedeutet und sie im Lebensnerv trifft, dauert schon über ein Jahr. Vor mehr als Jahresfrist hatten die bedeutendsten Londoner Buchhändler und Leihbibliothekare, darunter das bekannte Institut von Mudie, beschlossen, alle Literaturwerke, welche nach irgendeiner Richtung hin etwas „Anstößiges“ enthielten, auf den Index zu setzen.

Trotz dieser reaktionären Strömungen besitzt das moderne England glücklicherweise noch eine Reihe von Autoren, die der Wahrheit dienen und jenseits jeder Möglichkeit dieses Literaturboykotts stehen. Bernhard Shaw genießt genug Ansehen, um die Ränkeschmiedereien einer lächerlichen Theaterzensur und die Prüderie der Buchhändler verlachen zu können. Ein anderer führender Romanschriftsteller und Dramatiker, John Galsworthy, der in seinen vielgelesenen Werken bis jetzt den öffentlichen Schäden der Siebenmillionenstadt unbarmherzig zu Leibe rückte, steht auch außerhalb des Machtbereiches der genannten Herren. Shaw und Galsworthy haben sich durchgesetzt, besitzen ihr Publikum und ihre Stellung ist nicht mehr zu erschüttern. Sie sind verhältnismäßig unabhängig und können allen Dunkelmännern trotzen. So trifft dieser Feldzug gegen die moderne Literatur nur die Jugend, die ringenden Talente, die sich noch nicht durchgesetzt haben. Die Jugend wird mundtot gemacht, aufblühende junge Talente werden geknebelt und besonders junge Künstler in ihrer Schaffenskraft gelähmt und ihrer Charakterfestigkeit gefährdet. Wenn die Moralisten ihre Prinzipien konsequent durchführen würden, müßten sie auch Thomas Hardy, Wells und Masefield als „unmoralisch“ in Grund und Boden verdammen, was zu tun sie sich natürlich hüten.

Ein versteinerter Liberaler. Zum Tode Molinaris wird uns aus Paris geschrieben: Molinari hat 93 Jahre gelebt. Wie alt er war, das kommt einem aber erst zum Bewußtsein, wenn man daran denkt, daß er zusammen mit dem von Lassalle in seinem deutschen Nachtreter abgetanen Bastiat die „Harmonie“ von Kapital und Arbeit gepredigt, mit dem seligen Thiers wetteifernd die „Heiligkeit“ des Eigentums verkündet, den Sozialismus zu einer Zeit, als dieser sich erst anschickte, sein wissenschaftliches Gewand anzulegen, „widerlegt“ und die französische Freihandelsbewegung mitbegründet hat. Und volle 70 Jahre ist der Mann dabei stehen geblieben, die „moralisatorischen“ Aufgaben der Konkurrenz und die Wunder des heiligen Manchester zu preisen. Er hat unendlich viel geschrieben — Bücher und Zeitungsartikel — über Fortschritt, Freiheit und Frieden — und seit seinen Jugendtagen so wenig gelernt und vergessen, daß er eine Walze: „Ultima verba“ noch vor Jahresfrist einlegte und den Leierkasten drehen konnte: „Freie Konkurrenz ist Fortschritt und Völkerfrieden . . .

Ein Chinese über Liberalismus. Der hochgebildete chinesische Literat Ku Hung Ming urteilt in seiner Schrift „Chinas Verteidigung gegen europäische Ideen“ über unseren Liberalismus:

„Der europäische Liberalismus des 18. Jahrhunderts hatte Kultur, der Liberalismus von heute hat seine Kultur verloren. Der Liberalismus der Vergangenheit las Bücher und verstand Ideen, der moderne Liberalismus liest höchstens Zeitungen und benutzt die großen liberalen Phrasen der Vergangenheit als Schlagworte für seine selbstischen Interessen. Der Liberalismus des 18. Jahrhunderts focht für Recht und Gerechtigkeit, der Pseudo-Liberalismus von heute ficht für Recht und Handelsprivilegien. Der Liberalismus der Vergangenheit kämpfte für die Sache der Menschheit, der Pseudo-Liberalismus von heute sucht die investierten Interessen von Kapitalisten und Finanzleuten zu fördern. Wenn wir uns vorstellen, wie einer der großen Liberalen des 18. Jahrhunderts, die das grausame Werk des Königsmordes, ja beinahe die Zerstörung des Königtums überhaupt zu vollbringen hatten, von den Toten auferstünde, so würde er über den Pseudo-Liberalismus unserer Tage wohl mit den Worten von Shakespeares Brutus ausrufen:

Wie, soll nun einer derer, die den ersten
von allen Männern dieser Welt erschlugen,
bloß weil er Räuber schützte: sollen wir
mit schnöden Gaben uns're Hand besudeln
und uns'rer Würden weiten Kreis verkaufen
für soviel Plunders, als man etwa greift?
Ein Hund sein lieber und den Mond anbellen,
als solch ein Römer!

Die Tragödie des Reihers. Auch bei uns in Deutschland wird der Kampf gegen den Vogelmord, durch den die Hüte der „Damen“ ihren Schmuck erhalten, eifrig geführt, aber leider nicht mit großem Erfolg. Wer sich aber die Fülle von Qualen und Grausamkeiten vorstellt, mit denen solch prächtige Reiherfedern erkauft werden, der wird sich beim Anblick dieser Zier eines Schauers nicht erwehren können. Deshalb ist auch für uns der Bericht eines australischen Vogelfreundes über „Die Tragödie des Reihers“ interessant, der in der Zeitschrift für Vogelhändler „Emu“ erschienen ist.

Der Reiher, dieses graziöse Tier, das von den Federjägern als kostbarste Beute so heiß begehrt wird, ist zwar in den verschiedenen Staaten Australiens durch Gesetze geschützt, aber die ungeheure Ausdehnung des Landes und die geringe Dichtigkeit der Bevölkerung begünstigen die Beutezüge der Federjäger. Der Verfasser des Aufsatzes, A. H. Mattingley, hatte sich die Aufgabe gestellt, das Leben eines Reihers in Photographien festzuhalten. Zum Studium wählte er eine große Niederlassung von Reihern in den Sümpfen von Riverina in Nordsüdwales. Vor zwei Jahren hatte er hier 700 Reiherpaare gefunden, aber dann waren die Federjäger gekommen und hatten die Zahl der Nester auf 150 verringert. Als er in diesem Jahre wiederkam, welch ein Anblick bot sich ihm dar! „In dem trüben Wasser des Sumpfes lagen die nackten Leichname von etwa 50 Reihern, die dicht bei ihren Nestern getötet worden waren, als sie Futter für ihre Jungen holten. 50 Vögel getötet um ein paar Federn und ihre 200 Kleinen dem Hungertode überantwortet! Eine große Anzahl der jungen Vögel war bereits tot; die anderen zu Skeletten abgemagert, stießen jammervolle Schreie aus.“ — Da die Federn den Höhepunkt ihrer Schönheit und ihres Kaufwertes in der Zeit erhalten haben, wenn die Reiher ihren Elternpflichten obliegen, so will es die Grausamkeit der menschlichen Habgier, daß die Tiere zu dieser Zeit getötet werden und so mit den Alten auch die junge Brut zugrunde gehen muß. Von dem traurigen Schauspiel, das sich ihm darbot, nahm Mattingley sieben Photographien auf. Die Bilderserie wurde als Agitationsmittel gegen den Vogelmord benutzt und hatte den denkbar größten Erfolg. Die Photographien wurden vergrößert und in „Protestversammlungen“ in den wichtigsten Städten Australiens vorgeführt. Dieser Bewegung ist es zu danken, daß in Australien der Export von Reiherfedern völlig verboten wurde, und dieses Verbot wird mit großer Strenge durchgeführt. Auch in den Vereinigten Staaten und in England machte „Die Tragödie des Reihers“ starken Eindruck. Die Vereinigten Staaten bedrohten jedem, der Reiherfedern zu Handelszwecken verkauft, mit schweren Strafen. Die gewaltige Propaganda, die in Großbritannien gegen den Vogelmord betrieben wurde, führte ebenfalls zu einem greifbaren Erfolg: die Regierung versprach, ein Gesetz einzubringen, das den Verkauf von Reiherfedern untersagt.

Notizen.

— **Theaterchronik.** Das Russische Ballett hat sein Gastspiel im Theater des Westens nochmals verlängert, es wird noch am 4., 6., 8., 10. und 11. Februar auftreten.

— **Ein Dichtergrab.** Hermann Bang hatte vor einigen Jahren einem Freunde einen Brief übergeben, der erst nach seinem Tode geöffnet werden sollte. Wie sich jetzt herausstellt, wünscht Bang, daß er auf Bangkö, wo er die glücklichsten Stunden verlebt habe, beigesetzt werde. Er verbittet sich jedes christliche Begräbnis und verlangt, daß weder Photographie, Zeichnung noch Totenmaske von ihm genommen werde. Auch soll auf seinem Grabe kein Gedenkstein errichtet werden.

befinden Sie sich im Irrtum. Das Volk, die Wahlrechtsheloten Preußens werden sich

noch energischer rühren als bisher

und wir hoffen diesmal auf die ernstliche Unterstützung der Herren Liberalen im Wahlrechtssturm. Hat doch Herr Naumann schon vor wenigen Tagen erklärt: „Es ist nun Zeit, daß die Wahlrechtsfanfaren geblasen werden". Wenn jetzt die Sozialdemokratie wiederum in die Trompeten zu stoßen beginnt, werden die Freisinnigen hoffentlich folgen. Das Volk muß von außen zum Sturm gegen die preußischen Junker aufgerufen werden. Glauben Sie doch nicht, daß durch alle möglichen Kompromißselelen mit den Konservativen schließlich ein Reförmchen herauskommt; dafür sind wir nicht zu haben und auch das Volk wird sich nicht damit begnügen. Der Angriff muß konzentrisch von außen wiederholt werden, bis die Junkerfeste zusammenbricht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Uns warf der Minister Verdrehungen und Entstellungen vor. Die finden Sie auf unserer Seite nicht, aber wie auf der anderen Seite mit Hilfe der Regierung gearbeitet wird, das beweist der

Aufruf an die Staatsarbeiter,

der ein trauriges Stück Wahlmache von der verlogensten Sorte darstellt. Die Vertreter der Staatsarbeiter sind nicht aus freien Stücken zusammengekommen, sondern sie sind im letzten Augenblick telegraphisch zusammengerufen worden und dann hat man ihnen

die Pistole auf die Brust gesetzt,

damit sie unterschreiben. Sie haben sich zuerst geweigert unter Hinweis auf die Neutralität ihrer Organisationen, aber die Vertreter der Regierung haben ihnen erklärt, sie sollten nicht für oder gegen eine Partei Stellung nehmen, sondern nur gegen die Sozialdemokratie. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Beamtenvertreter haben gesagt: Wir können es den Beamten unter Umständen nicht verdenken, wenn sie für die Sozialdemokratie eintreten, hat doch auch die Regierung wiederholt die Sozialdemokratie gebraucht, um Gesetze zustande zu bringen. Ich erinnere an die Feuerbestattungs-Vorlage und die elsaß-lothringische Wahlreform. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Vertreter wiesen auch darauf hin, daß die Sozialdemokratie vielfach für die Beamten eingetreten ist, und in der Tat ist gerade bei der Beamtenbesoldungsreform die Sozialdemokratie die einzige Partei gewesen, die sich der Interessen der Beamten und Unterbeamten mit aller Entschiedenheit angenommen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Pappenheim, wenn Sie lachen (Abg. Hoffmann: Dann ist es immer richtig! Heiterkeit), so ist das eine scheußliche Heuchelei. (Vizepräsident Dr. Krause ruft den Redner zur Ordnung.)

Als wir damals forderten, daß Gehälter unter 1200 M. nicht gezahlt werden dürfen, haben alle anderen Parteien dagegen gestimmt. Im Reichstag traten dann, als die Reichstagsauflösung bevorzustehen schien, auch die Konservativen für die Unterbeamten ein. Aber als die Finanzreform zustande kam und die Gefahr der Reichstagsauflösung vorbei war, fielen die Konservativen und das Zentrum wieder um. Das haben sich die Unterbeamten gemerkt und haben deshalb trotz des famosen Aufrufs, der ihnen abgepreßt worden ist, in Massen sozialdemokratisch gestimmt. In jener Sitzung erzählte man den Beamtenvertretern, der französische Kriegsminister hätte schon einen Plan ausgearbeitet, nach dem im Kriegsfall von der deutschen Sozialdemokratie der Generalstreik erklärt würde. Durch solche und ähnliche Argumente suchte man die Beamten zur Unterschrift zu bewegen. Das ist

Terror allerschlimmster Art,

wenn man seine Macht ist dieser Weise mißbraucht. Nirgends habe ich noch einen solchen Sturm jubelnden Beifalls gefunden, als bei meinen kurzen Worten in der Versammlung der Staatsarbeiter in der Hasenheide. Die Minister v. Dallwitz und v. Breitenbach sollten sich einmal in solche Versammlungen hinein begeben, um die wirkliche Stimmung des Staatsarbeiter kennen zu lernen. Wenn die Herren glauben, mit geistigen Waffen uns besiegen zu können, so mögen sie doch in höchst eigener Person es wagen, in solchen Versammlungen die Klinge mit den Sozialdemokraten zu kreuzen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In England tun das die Minister, bei uns in Preußen haben sie noch immer die Vorsicht als den besseren Teil der Tapferkeit gewählt.

Wir haben keine Furcht, aber Sie beweisen, daß Sie Furcht vor der sozialdemokratischen Aufklärung haben durch den skandalösen Terror gegenüber den Beamten. Es ist unbegreiflich, daß die Regierung den Wählermassen mit solchen Dallwitzlosigkeiten kommen konnte. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Minister behauptet, daß kein Beamter sozialdemokratisch wählen dürfe, so bedeutet das, einem großen Teil der Staatsbürger sein verfassungsmäßiges Recht zu rauben. (Sehr wahr! links.) Ueber eine Million Wähler, der zwölfte Teil aller Wähler würde dadurch seines verfassungsmäßigen Wahlrechtes beraubt. Selbst Bismarck und der frühere Kultusminister v. Goßler haben das Recht der Beamten auf Wahlfreiheit anerkannt. Ich erinnere an die bekannte Parole Bismarcks: „Fürst wünscht Sabor." Danach hätte also auch er gemaßregelt werden müssen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Bayerische Minister haben niemals das Wahlrecht der Staatsbeamten angetastet, und der bayerische Thronfolger Prinz Ludwig hat gesagt: „Es gibt leider gewissenlose Menschen, die ihre Untergebenen zwingen, gegen ihre Ueberzeugung zu wählen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Berufung auf den Diensteid ist völlig hinfällig. Dieser Eid verpflichtet nur zu treuer Dienstleistung und hat nichts zu tun mit der außerdienstlichen Ausübung der Staatsbürgerrechte. (Sehr gut! links.) Es ist

schmählichste Rechtsberaubung,

wenn den Staatsarbeitern und Beamten das freie Wahlrecht verkümmert wird. Herr v. Dallwitz hat den Eid auf die Verfassung geschworen, die auch das freie Wahlrecht verbürgt. Wenn Herr v. Dallwitz trotzdem den Beamten das freie Wahlrecht nimmt, so hat der Minister selbst damit auf seine eigene Stirn

das Mainsmal des Eidbruchs

gedrückt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten; große Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Krause: Ich rufe Sie wegen dieser Beleidigung des Ministers wiederholt zur Ordnung. (Abg. Hoffmann (Soz.): Aber der Minister darf beleidigen!) Nach dem mir vorliegenden Stenogramm haben Sie im Laufe Ihrer Rede gesagt: Das ist der Patriotismus, der sich lakaienhaft an den Thron herandrängt, der Patriotismus der Afterpatrioten, die da drüben sitzen. Da Sie damit Mitglieder dieses Hauses gemeint haben, rufe ich Sie auch wegen dieser Bemerkung zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Hennigs-Techlin (k.): Die Steuerzuschläge können nicht entbehrt werden. Auf das Wahlrecht hier einzugehen, ist sehr undankbar. (Heiterkeit links.) In meinem Wahlkreise, einer Universität mit viel Bildung und politischem Interesse, spreche ich sehr gern über das Wahlrecht. Wird gründlich im staatsrechtlichen Sinne darüber gesprochen, dann sieht die Sache ganz anders aus, als wie Sie das agitatorisch hinstellen. (Bravo! rechts.) Was die Wahlkreiseinteilung anlangt, so würde ja die Konzentration in den Großstädten, in der Industrie, wenn man an die reinen Zahlen denkt, eine Aenderung rechtfertigen. Will man aber Gerechtigkeit üben, so muß die Wahlkreiseinteilung auch das platte Land und die kleinen Städte berücksichtigen. Sie wollen das platte Land totmachen. (Widerspruch links.) Wohin der Weg der Wahlrechtsänderung führt, hat ja Herr Hirsch angedeutet. Er hat mit so schämigem Lächeln zu den Nationalliberalen gemeint: wenn wir die erst hinter uns haben, dann geht das alte Preußen in Trümmern, aus denen das neue Preußen emporkommt. Also ein Preußen von Sozialdemokraten. (Bravo! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Nun gut, wir nehmen den Kampf auf.

Wir halten das jetzige Wahlrecht in Preußen für gut

und seine Aufrechterhaltung für um so notwendiger, nachdem die Zustände sich im Reich in demokratischer Richtung entwickeln. (Bravo! rechts.) Zu unserem Erstaunen haben wir in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gelesen, diesmal würde der Wahlkampf ruhig verlaufen. Hoffentlich hat das Material auf die Regierung aufklärend gewirkt. Dieser Schmutz, diese Hetze, diese Verlogenheit (große, andauernde Unruhe links) hat in mir ein Gefühl des Widerwillens erweckt. (Bravo! rechts.) Wir haben seinerzeit das Odium neuer Steuern auf uns genommen. Als aber der Großkapitalismus herangezogen werden sollte, da kam wie der Phönix aus der Asche der Hansabund hervor. (Sehr gut! rechts; Lachen links.) Das Stichwahlbündnis mit den Sozialdemokraten wird den Liberalen noch unbequem werden. Wir wußten genau, daß wir Einbuße an Mandaten haben würden, als wir die Finanzreform machten. Wir sagten uns aber: das Staatswohl über die Partei! (Lebhafter Beifall rechts; stürmisches Gelächter links und Zurufe: Erbschaftssteuer! Liebesgabe!) Unsere Verluste werden wir wieder gutmachen; wir haben ein gutes Gewissen. Nun hat uns Freiherr v. Zedlitz vorgeworfen, daß unsere Politik nicht volkstümlich genug sei. Er hat von Liebesgaben, von Standesvorrechten und anderen Dingen gesprochen, die wir schon bis zum Ekel gehört haben. (Bewegung und Unruhe links.) Wir werden ja sehen, wie weit Freiherr v. Zedlitz seine Partei hinter sich hat. (Hört! hört! links.) Wir können nur unser Befremden darüber ausdrücken, daß er gerade in diesem Augenblick uns unberechtigte Vorwürfe gemacht hat. (Hört! hört! links.)

Nun ein besonderes Moment. Als wir die Finanzreform machten, konnten wir nicht voraussehen, daß die Regierung dann schweigen würde. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Regierung hat ihre Pflicht nicht getan.

Machen Sie sich die Folgen klar! Wie soll eine Partei sich durch Steuern unbeliebt machen, wenn sie nicht die Gewißheit hat, daß die Regierung durch dick und dünn mit ihr geht. Wie soll eine Partei dann hier oder im Reichstage der Regierung ihre Vorlage bewilligen. (Aha! links.) Die Regierung mußte unser Verdienst bei der Finanzreform hervorheben. (Lebhafter Beifall rechts; Gelächter links.) Dazu kam der unerhörte Vorgang, daß der abgehende Kanzler sich dazu verstiegen hat, das Verhalten der Mehrheit als den Volksinteressen entgegengesetzt zu charakterisieren. (Beifall rechts.) Das hätte die nachfolgende Regierung entsprechend kennzeichnen müssen. — Wie wollen die Liberalen jetzt

mit der roten Kette um den Hals

nationale Politik treiben! (Lachen links.) Wir sind dem Block von Bassermann bis Bebel immer näher gekommen. (Abg. Schiffer (natl.): Wir haben vom Zentrum gelernt.) Wir werden ja sehen, wohin die Reise geht. Der Freisinn wird nur noch galvanisiert durch die Sozialdemokratie. In der Provinz mußte ihnen die Sozialdemokratie helfen und in Berlin die höchsten Staatsbeamten. (Große Heiterkeit.) Uns trifft nicht der Schatten eines Vorwurfes wegen unserer Haltung zur Sozialdemokratie. Wenn in Löwenberg ein Mann den Sozialdemokraten Geld für die Verbreitung von Flugschriften gegeben hat, so hatte er dazu keinen Auftrag von der Partei. Wir schauen ohne Furcht in die Zukunft; wir haben schlimmere Zeiten überwunden. Was der Minister des Innern über den Kampf gegen die Sozialdemokratie gesagt hat, unterschreiben wir Wort für Wort.

Aber die Reden genügen nicht, wenn nicht die feste Absicht der Tat dahinter steht.

(Sehr richtig! rechts; Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da haben wir die schlimmsten Erfahrungen mit der Reichsregierung gemacht, z. B. bei der elsässischen Wahlreform. Das hat die Patrioten schwer betrübt. Und wenn wir sehen, daß süddeutsche Beamte für die Sozialdemokraten eintreten, so sagen sich die Leute bei uns: das kann ja alles nicht so schlimm sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" hat der Reichskanzler erklärt, er mache keine Ausnahmegesetze. — Gut, wenn es ohne sie geht, um so besser. Aber nach dem Gewinn der Sozialdemokratie im Wahlkampf sieht es nicht so aus, als ob nun alles gut ist. (Sehr richtig! rechts.) Vor allem müssen die bestehenden Gesetze mit aller Energie angewandt werden. Ich erinnere nur an Moabit, wo einige Tage lang der Pöbel die Straße beherrschte. (Zuruf bei bei den Sozialdemokraten: In Uniform!) Es ist ganz sicher, daß damals die Möglichkeit vorhanden war,

durch energisches Eingreifen der bewaffneten Macht, sei es auch durch Blutvergießen, die Unruhen sofort zu dämpfen.

(Stürmische Unruhe links; Pfuirufe bei den Sozialdemokraten. Abg. Dr. Liebknecht ruft: Freche Provokation! und wird dafür vom Vizepräsidenten Krause zur Ordnung gerufen.) — Es ist traurig, wenn es nicht ohne Ausnahmegesetze geht, aber die Schuld tragen diejenigen, die die Gesetze überschreiten. Wir verlangen die Aufrechterhaltung der Ordnung, eventuell mit Gewalt. (Großer andauernder Lärm links.) Wir haben das beispiellose Schauspiel erleben müssen, daß in Moabit die Aufrührer vor dem ganzen Publikum vor Gericht es so darstellten, als wenn die Schutzleute es gewesen seien. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Abg. Hirsch (Soz.): Die Rede verbreiten wir als Flugblatt!) Vor allem ist

der unbedingte Schutz der Arbeitswilligen

notwendig und weiter der Schutz der persönlichen Ehre. (Bravo! rechts. Erneute Unterbrechungen links. Vizepräsident Dr. Krause: Ich bitte, die Zurufe zu unterlassen; der Redner spricht doch jetzt ganz objektiv. Heiterkeit links.) Wir wollen eine feste Politik, dann werden die politisch Müden sich wieder für das politische Leben interessieren. Unsere politischen Ziele sind klar. (Abg. Hoffmann: Ausplünderung des Volkes, Füllung Ihres Portemonnaies!)

Vizepräsident Dr. Krause: Durch solche Zurufe schädigen Sie das Parlament. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Hennigs (fortfahrend): Unsere erste Aufgabe ist, einzutreten für eine starke Monarchie,

nicht eine Monarchie mit verfassungsmäßigem Ausbau.

Wir wollen kein Scheinkönigtum, sondern einen König, der die führende Rolle im Staate spielt. Geben wir das auf, dann ist es mit Deutschland zu Ende. (Bravo! rechts.) Wir wollen auch den Schutz der christlichen Religion. Nicht wir haben die Religion in den Wahlkampf hineingezogen, sondern Sie. (Lachen links.) Wie hat die jüdische Presse das Christentum geschmäht, in den Kot gezogen!

Das ist Revolution,

diese Art Preßfreiheit. (Große Unruhe links.) Weiter wollen wir Schutz der nationalen Produktion, auch im Interesse der Konsumenten. Unsere Wehrkraft muß gestärkt werden und wir müssen den Mut haben, Opfer dafür zu bringen. Vor allem müssen wir uns ein starkes Preußen erhalten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Auf diesem Wege werden wir uns wohl mit der Regierung begegnen. Aber wir buhlen nicht um diese Begegnung; wir werden allein und auf eigenen Füßen stehen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff (fk.): Freiherr v. Zedlitz hat seine Ausführungen unter Zustimmung all meiner politischen Freunde gemacht. (Hört! hört! — Abg. v. Fischbeck zu den Sozialdemokraten: Die wollen in den Großblock!) Was Herr v. Hennigs über den notwendigen Schutz der persönlichen Ehre, den Schutz der Arbeitswilligen und der nationalen Arbeit gesagt hat, unterschreiben meine Freunde. Bedauern aber muß ich den Ton, den Herr v. Hennigs gegenüber dem Abg. v. Zedlitz eingeschlagen hat. Ich muß Verwahrung gegen diesen Ton einlegen. (Sehr gut! bei den Freikonservativen. Hört! hört! links.) Die Konservativen zeigen leider für modernes Empfinden kein allzu großes Verständnis. (Hört! hört! links.) Von dem Artikel in der „Post", den Herr Ströbel erwähnte, ist unsere Partei abgerückt. Ein unerträglicher Zustand ist es, daß der konfessionelle Friede fortgesetzt durch solche Edikte wie das jüngste Motu proprio in Frage gestellt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben den ernsten Willen, aus unseren Niederlagen zu lernen. Wo etwas morsch geworden ist, wollen wir es durch modernes Material ersetzen. Nur dann bleibt Preußen der Fels, auf dem das Reich gegründet ist. (Bravo! bei den Freikonservativen.)

Abg. Fischbeck (Vp.): Für das geheime und direkte Wahlrecht ist eine Mehrheit in diesem Hause vorhanden. (Bravo! links.) Die Konservativen werfen uns Wahlterrorismus vor, was sie aber an Verlogenheit und persönlicher Verunglimpfung an uns geleistet haben, steht einzig da. (Beifall links.) Die Konservativen verlangen Hilfe von der Regierung, während sie es doch sind, die den Reichskanzler gestürzt haben. (Beifall links.) Wir haben bei der Reichstagswahl 300 000 Stimmen gewonnen, wenn wir nicht mehr Mandate haben, so beweist das die

Unsinnigkeit der Wahlkreiseinteilung.

(Sehr richtig! links.) Gegen die Vorschläge des Herrn v. Zedlitz nehmen Sie Stellung, weil der Kastengeist das Rückgrat Ihrer Politik ist. Den Kriegslockungen der Rechten wird die Regierung hoffentlich nicht folgen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Herold (Z.): Das Motu proprio findet auf Deutschland keine Anwendung und geht auch nur die Katholiken an. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Behauptung des Abg. Hirsch von einem Wahlbündnis der Elsässer mit den Sozialdemokraten ist unrichtig. Auch davon, daß das Zentrum in Oberschlesien an die Sozialdemokraten herangetreten, ist kein wahres Wort. (Heiterkeit rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Herr Müller-Fulda hat ausschließlich aus eigener Verantwortung gehandelt. (Unruhe links.) In der „Humanité" ist über ein Interview mit Herrn Liebknecht berichtet, wonach er gesagt haben soll, wenn der Krieg erklärt werden sollte, so müssen wir uns dem einfach widersetzen. (Hört! hört!) Das ist die Partei, mit der Sie (nach links) zusammengehen. (Bravo! im Zentrum. Stürmische Zurufe links: Und Sie früher auch!)

Abg. Lehmann (natlib.) polemisiert gegen den Abg. Herold. Die nationalliberale Partei ist von der Sozialdemokratie nicht abhängig. Herr v. Hennigs hat allen Parteien ein Mißtrauensvotum ausgestellt, nur dem Zentrum nicht, das ist ja verständlich. Das Anschwellen der Sozialdemokratie halte ich für eine sehr traurige Erscheinung. Das einzige Mittel dagegen ist die Vermeidung jeden Scheins von Ungerechtigkeit. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Die Debatte wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fk.) betont, er habe es als eine Unterstellung bezeichnet, daß die Großgrundbesitzer Vorteil aus der Liebesgabe zögen und die Erbschaftssteuer abgelehnt hätten, um sich vor Steuerdrückereien zu schützen.

Dr. Liebknecht (Soz.): Von dem von Herrn Herold erwähnten Interview ist mir nichts bekannt; ich muß den Bericht des W. T. B. als unzutreffend und unwahr bezeichnen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hirsch (Soz.): Mit den Bündnissen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie verhält es sich so, wie ich es vorher geschildert habe. Herr Herold hat seine Ausführungen darüber zu einer Zeit gemacht, als er wußte, daß ich nicht mehr erwidern konnte.

Der Etat geht an die Budgetkommission.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (Steuervorlage.)

Schluß 5¾ Uhr.

Der Krieg.

Kämpfe an der türkisch-montenegrinischen Grenze.

Salonik, 31. Januar. (Meldung des Wiener K. K. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Einige von den Türken wegen der strengen Kälte verlassene Blockhäuser an der montenegrinisch-türkischen Grenze bei Berane sind von den Montenegrinern in Brand gesteckt worden. Ferner wird aus Plava gemeldet, daß sich zwischen der türkischen Grenzwache und einer Gruppe Montenegriner ein Streit entspann und auf beiden Seiten gefeuert wurde. Ein Montenegriner wurde erschossen

Soldatenelend.

Rom, den 29. Januar. (Eig. Ber.)

Einen Einblick in die Mühsal des Lagerlebens gewähren mehrere Briefe von Soldaten, die das Genueser „Lavoro" unter dem 28. Januar veröffentlicht. Ein Soldat schreibt aus Tobruk: „Ich bin an einen bösen Platz gekommen, mitten in der Wüste, wo man nichts sieht als Himmel und Sand. Dabei regnet es immerzu, und in der Nacht ist es sehr kalt. Wir leben wie die Hammel, und wie die Hammel müssen wir uns von Gras nähren, denn andere Speise haben wir vier volle Tage lang nicht bekommen. Fast jeden Tag gibt es Gefechte mit diesen Arabern, die überall aus ihren Höhlen hervorkommen, ohne daß wir sie auch nur sehen können. Sie sind [illegible] wie Tiere, und Neger gibt es massenweise, daß man sich [illegible] entsetzen kann. Das Wasser, das wir trinken, ist sehr [illegible]."

Ein zweiter Soldat schreibt aus Bu Meliana an seinen Bruder: „Ich schreibe Dir diese wenigen Zeilen, um Dich wissen zu lassen, was es für uns zu essen gibt. Das Fleisch stinkt und ist ganz voll Erde. Wenn wir zur Ausbesserung marschieren, dann müssen wir vier bis fünf Stunden hintereinander Laufschritt machen, mit dem Tornister auf den Schultern, bis uns die Zunge aus dem Halse hängt, wie den Hunden, wenn ihnen warm ist. Wie kann man das aushalten bei der Verpflegung und mit dem Tornister in der Wüste marschieren, wo man bis zum Knie in den Sand sinkt? Ich bin schon so weit, daß ich am liebsten das Gewehr gegen mich selbst richte. [illegible] Bruder, Du liest die Zeitungen in Italien, die machen alles [illegible], aber Du solltest wissen, daß ich nicht mehr die Wäsche gewechselt habe, seit ich von Genua abgefahren bin. Wie soll man das aushalten?"

Der Brief eines Dritten ist an seine Schwester gerichtet und lautet: „Ich teile Dir mit, daß wir nach 32 Tagen in den Verschanzungen jetzt abgelöst worden sind, so daß wir nun bei den Brunnen von Bu Meliana im Lager sind zur Unterstützung des 82. Regiments. So wie wir heute leben, merken wir gar nicht daß Krieg ist, denn seit mehreren Tagen hört man keinen Schuß mehr, aber lange wird das wohl nicht dauern. Liebe Schwester, wenn Du mich jetzt sähest, wo ich schon so lange unter den Arabern lebe, ich bin noch häßlicher als sie. Hier wäscht man sich nicht, nicht das Gesicht und nicht die Kleidung, man schläft auf dem nackten Boden, aber jetzt bin ich daran gewöhnt und merke es gar nicht mehr."

In einem anderen Briefe heißt es: „Ich habe eine Zeitung gelesen, wo darin steht, daß es uns beinahe gut geht. Du wirst auch so etwas gelesen haben, aber wenn Du wüßtest, was wir für ein Leben führen! Läuse haben wir eine Unmasse. Du kannst Dir denken, daß wir nicht einmal Zeit haben nach Hause zu schreiben. Die Schildwachen schießen jede Nacht. Die Opfer sind die Araber, die gar nicht wissen, um was es sich handelt. Sie gehen an dem Lager vorbei, die Schildwache ruft sie an, sie verstehen natürlich kein Wort, und so bekommen sie einen Schuß in den Leib . . . ."

So sieht das fröhliche Lagerleben für die aus, die es erleben müssen.

Die Revolution in China.

Vor der Abdankung.

Peking, den 1. Februar. Die Unterhandlungen in bezug auf die Abdankung der Mandschudynastie machen große Fortschritte. Der Thron hat sich dem Unvermeidlichen gefügt, da er einsieht, daß es zwecklos ist, sich den Forderungen und Drohungen des Volkes zu widersetzen. Prinz Ching, ein Anhänger der Abdankungserklärung, ist in Peking vor Ablauf des Urlaubs, den er infolge Krankheit erhalten hatte, angekommen. Die Zeitungen halten die Abdankung für bevorstehend. Juanschikai hat die loyalen Truppen der drei Divisionen nach Peking berufen, um in erster Linie das Leben und Eigentum der Ausländer zu beschützen, im Falle daß durch das demnächstige Edikt, das den Wechsel der chinesischen Regierung ankündigen wird, Unruhen entstehen sollten. Thieh Liang, der schärfste Gegner Juanschikais, hält sich in der ausländischen Besitzung von Tientsin versteckt.

Finanzielle Operation der republikanischen Regierung.

Schanghai, 1. Februar. Die Eisenwerke von Hanyang haben auf Anweisung der republikanischen Regierung und durch Vermittelung der Yokohama Specie Bank einen vorläufigen Vertrag mit japanischen Finanzmännern unterzeichnet. Der Zweck ist die Zulassung japanischen Kapitals in die Gesellschaft unter Bedingungen, welche die chinesischen Interessen sicherstellen. Die Gesellschaft wird später der republikanischen Regierung eine Anleihe von fünf Millionen Taels gewähren.

Aus der Partei.

Mehr Rücksicht auf die Gesamtpartei!

In Württemberg scheint man das Bedürfnis zu haben, die durch den Wahlkampf unterbrochenen Streitereien von neuem und in verschlechterter Auflage wieder aufzunehmen. Der K-Korrespondent just der „Mannheimer Volksstimme", die vielleicht in größerer Nähe Stoff zu Untersuchungen über Ursachen von Mandatsverlusten finden könnte, hat einen ebenso provozierenden wie überflüssigen Artikel über die württembergischen Wahlen geschrieben, worin er die Göppinger Genossen und die Redaktion ihres Blattes für die bedauerliche Tatsache verantwortlich machen will, daß wir das Mandat nicht erobert haben. Was Genosse K — der Buchstabe bezeichnet diesmal das Karnickel, das anfängt — begonnen hat, wird in dem „Neckar-Echo", das überhaupt zur Verbitterung der württembergischen Parteiverhältnisse einen guten Teil beigetragen hat, in einer Schimpfkanonade gegen das Göppinger Parteiblatt fortgesetzt. Den Zweck der Uebung erkennt man, wenn man weiß, daß die Göppinger Redaktion in sehr scharfer Opposition zu der opportunistischen Haltung der Fraktion und des Landesvorstandes steht und daß die Genossen Westmeyer und Bullmer an der Agitation während des Göppinger Wahlkampfes hervorragend beteiligt waren. Es scheint da die Absicht bei einigen Fanatikern zu bestehen, die radikalen Genossen, um es einmal deutlich herauszusagen, niederzuhetzen. Wir meinen, es genügt, das auszusprechen, um solche Absichten zu durchkreuzen. Einen Dienst erweisen diejenigen, die gerade jetzt den Streit von neuem aufzurühren beginnen, der Partei in keiner Weise.

Ueberflüssig. In badischen Parteiblättern veröffentlichte kürzlich Herr Professor Schulze-Gävernitz eine Danksagung an unsere Genossen, die ihn bei der Stichwahl in Freiburg unterstützt haben. Jetzt fühlt gar Genosse Dr. Erdmann das Bedürfnis zu folgenden gefühlvollen Worten:

> Aus Anlaß meiner Wahl zum Reichstagsabgeordneten von Dortmund-Hörde sind mir aus meinem Wahlkreise von Genossen und Freunden so zahlreiche Glückwünsche und sonstige Beweise der Zuneigung zugegangen, daß ich mich bewogen fühle, für das alles meinen besten und aufrichtigsten Dank auszusprechen. Wir Westfalen geraten nicht leicht in einen Ueberschwang der Gefühle; aber wo wir uns mal gefunden und erprobt haben, da halten wir fest zu einander. Und das soll, so hoffe ich, auch der Fall sein mit dem Wahlkreis Dortmund-Hörde und seinem jetzigen Reichstagsabgeordneten.
>
> Ich danke bei dieser Gelegenheit auch den Herren von der Demokratischen Vereinigung, die sich in der Stichwahl offen und entschieden auf die Seite meiner Partei gestellt haben. Ich danke ferner den Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei, die der von ihrer Hauptleitung gegebenen Anweisung: Gegen Rechts! in Dortmund wirksame Geltung verschafft haben. Ich danke endlich dem kleinen, aber dafür um so wertvolleren Teil der nationalliberalen Wähler, der in der Stichwahl für mich eingetreten ist und damit bekundet hat, daß ihm der Liberalismus mehr ist als ein politisches Paradewort oder ein Mittel zu politischen Handelsgeschäften. Zu den wichtigsten und dringendsten Aufgaben unserer Politik rechne ich die Erkämpfung und Sicherung der bürgerlichen Freiheiten, und wer im liberalen Lager die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser Aufgabe erkannt hat, wird es nicht zu bereuen brauchen, in der Stichwahl sich nach links gewandt zu haben.

Wir meinen zu solchen Danksagungen liegt gar keine Veranlassung vor. Wir haben die Liberalen unterstützt, um die Interessen des Proletariats zu wahren; denn die blauschwarze Herrschaft erschien uns als eine Gefahr, die unter allen Umständen beseitigt werden mußte. Wir haben also auf liberale Dankbarkeit gar keinen Anspruch. Ebenso wenig liegt in der liberalen Unterstützung sozialdemokratischer Kandidaten irgend ein Grund zur „Dankbarkeit". Die Liberalen haben dort, wo sie uns unterstützt haben, das getan, aus der richtigen Erwägung heraus, nur auf diese Weise zu einer einflußreicheren Stellung im Reichstage gelangen zu können. Das ist alles, und für Sentimentalitäten scheint uns da kein Raum.

Genossin Altobelli im italienischen Reichsarbeitsrat.

Rom, 29. Januar. (Eig. Ber.) Auf den Vorschlag des Zentralverbandes der italienischen Landarbeiter hat der Minister für Ackerbau und Industrie die Genossin Argentina Altobelli zum Mitglied des Reichsarbeitsrates ernannt. Dieser Körperschaft, deren Mitglieder alle drei Jahre ernannt werden, liegt es ob, die Arbeiterschutzgesetzentwürfe auszuarbeiten und Erhebungen über die Lage der arbeitenden Klassen zu organisieren. Sitz haben im Arbeitsrat die Vertreter der großen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen sowie des Genossenschaftsverbandes, des Verbandes der Hilfskassen, der Handelskammern usw. Diese Organisationen bringen ihren Vertreter in Vorschlag, worauf die Ernennung durch den Minister erfolgt. Die Genossin Altobelli, die rührige Sekretärin des Landarbeiterverbandes, tritt als erste Frau dieser Körperschaft bei.

Aus Industrie und Handel.

Die Einfuhr von Eisenerzen ist im Jahre 1911 von 98 168 922 Doppelzentner auf 108 125 951 Doppelzentner gestiegen. Dem Werte nach ergibt sich eine Zunahme von 161,00 auf 177,33 Millionen Mark. In den Jahren 1907 bis 1911 entwickelte sich die Zufuhr von Eisenerzen aus dem Auslande in Millionen Doppelzentner, wie folgt:

Januar—Dezember	1907	1908	1909	1910	1911
Einfuhr	84,76	77,33	83,66	98,17	108,13
Zu- resp. Abnahme .		—7,43	+6,33	+14,51	+9,96

Von 1907 auf 1911 ist der Import um 23 365 191 Doppelzentner gestiegen. Auf die wichtigsten Erzländer verteilte sich die Einfuhr in den Jahren 1907 und 1911 in nachstehender Weise:

	1907	1911	Zu- resp. Abnahme
Schweden . . .	36 035 051	32 489 945	— 3 545 106
Spanien . . .	21 492 993	28 612 283	+ 7 119 290
Frankreich . .	7 915 202	17 738 090	+ 9 822 888
Rußland . . .	6 645 364	7 794 023	+ 1 148 659
Belgien . . .	3 801 523	3 266 432	— 535 088

Die Einfuhr aus Schweden hat besonders im letzten Jahre stark nachgelassen. Der Import aus Frankreich und Spanien hat in den letzten fünf Jahren kräftig zugenommen. Als wichtige Lieferanten kommen neuerdings noch Nordafrika und Neufundland in Betracht.

Das englische Kapital in Rußland.

Die „Handels- und Industriezeitung" veröffentlicht im Hinblick auf den Besuch der englischen Deputation in Petersburg eine Aufstellung über den Import der englischen Kapitalien nach Rußland. Insgesamt sind in Rußland 35 Mill. Lstr. (700 Mill. M.) placiert, davon 8 Mill. Lstr. in Naphthaunternehmungen, 5 Mill. Lstr. in Bergwerken, 16 Mill. Lstr. in Regierungsanleihen. Im Jahre 1910 importierte Rußland 3,9 Mill. Lstr. englischen Kapitals, von denen placiert wurden 1,13 Mill. Lstr. in Eisenbahnanlagen und 2,8 Mill. Lstr. in verschiedenen Industrieunternehmungen. Das russische offiziöse Blatt ist von dem langsamen Zustrom des englischen Kapitals nach Rußland nicht ganz befriedigt, obgleich es sich andererseits damit tröstet, daß etwa die Hälfte sämtlicher englischer Kapitalien (17 Mill. Lstr.) bloß in den letzten drei Jahren in Rußland eingeführt wurden. Es klagt darüber, daß Rußland in der Reihe der Staaten, wo das englische Kapital Anlage findet, erst an achter Stelle rangiert. Was tut's, daß das englische, wie überhaupt das ausländische Kapital, in erster Linie die Bodenschätze Rußlands plündert und seine Profite aus dem Mark der russischen Arbeiter saugt! Die Zarenregierung bedarf eben der Unterstützung des ausländischen Kapitals, und deshalb ist sie, die sonst den wütenden Chauvinismus als „Patriotismus" verherrlicht und begünstigt, hinsichtlich der Profitmacherei — international!

Gerichts-Zeitung.

Vorgänge auf der Polizeiwache

standen im Mittelpunkt einer Verhandlung, die sich gestern vor der 141. Abteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte abspielte. Die vom Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn verteidigten Angeklagten Blankenburg, Beck, Vollak, Koppen und Küken sollen nächtlicherweile durch lautes Singen und Schreien groben Unfug verübt haben.

Schutzmann Voß will ihnen vergebens Ruhe geboten haben. Dann ergriff er den Angeklagten Vollak, um ihn zu sistieren. Die übrigen Angeklagten gingen ebenfalls mit nach der Polizeiwache in der Albrechtstraße, ihrer Meinung nach als Zeugen für Vollak. Auf der Wache angekommen, wurden auch sie vom Schutzmann Voß als Ruhestörer bezeichnet. Nach Angabe dieses Schutzmanns und des Telegraphisten Schrimmer sind die Angeklagten unter furchtbarem Lärm zur Wache hereingekommen und auch nach wiederholter Aufforderung nicht ruhig gewesen. Die Angeklagten gaben dagegen an, der „Lärm" habe nur darin bestanden, daß sie bei dem Telegraphisten eine Beschwerde über den Schutzmann Voß anbringen wollten, der auf der Straße zu ihnen gesagt habe: „Euch Schweinehunde werden wir schon kriegen." — Unbestritten ist, daß vier der Angeklagten bald nach ihrer Ankunft auf der Wache in zwei Zellen gesperrt wurden. Nur Küken entging diesem Geschick. Er wurde nach Feststellung seiner Personalien sogleich entlassen. In einer der Zellen fanden die Angeklagten bereits einen Arrestanten, dem man auf der Wache Ueberzieher und Rock abgenommen hatte und der nun jammerte, daß ihn friere und energisch seine Kleidungsstücke verlangte. Die Angeklagten pochten an die Zellentüren und verlangten ihre Freilassung, denn sie hielten ihre Einsperrung mit vollem Recht für eine unstatthafte, da sie als Billettshändler schon öfter mit der Polizei zu tun hatten und deshalb den Beamten des Reviers gut bekannt waren. Wegen der Personalienfeststellung war also die Festhaltung auf der Wache nicht nötig. — Nach einiger Zeit wurde Vollak aus der Zelle geholt, seine Person festgestellt und entlassen. Die übrigen Angeklagten ließ man noch länger in der Zelle. Beck ist sogar gefesselt worden. Nun kam auch der Vorsteher des Reviers, Polizeileutnant Schmitke hinzu. Als er hörte, daß die Eingesperrten ihre Freilassung verlangten, kommandierte er: „Eins, zwei, drei, zu Boden!" Darauf wurden Beck und Blankenburg von Schutzleuten zu Boden geworfen und an Händen und Füßen gefesselt. Erst nach drei bis vier Stunden wurden die letzten drei Angeklagten von der Wache entlassen.

Auf Fragen des Verteidigers gab der Telegraphist Schrimmer, der die Einsperrung angeordnet hatte, zu, daß diese drei Angeklagten ihm genau bekannt waren, eine Feststellung ihrer Personalien also gar nicht nötig war. — Auf die Frage, warum sie denn eingesperrt und gefesselt wurden, gab Telegraphist Schrimmer unumwunden zu, daß das nur deshalb geschehen sei, weil sich die Angeklagten renitent benommen und gelärmt hätten. Eigentlich hätten nicht nur zwei, sondern alle Angeklagten die Schließung verdient, aber wir haben nicht so viel Schließzeug, sagte der Telegraphist Schrimmer. — Es war also, wie der Verteidiger ganz richtig bemerkte, nicht so, daß die Angeklagten hätten eingesperrt und gefesselt werden müssen weil anders die Feststellung ihrer Persönlichkeit nicht möglich gewesen wäre, sondern die Beamten maßen sich ein disziplinares Straf- und Züchtigungsrecht über Personen an, die sich nach Ansicht der Schutzleute ungehörig benehmen.

Uebrigens behauptet der Angeklagte Beck, er habe, schon ehe er in die Zelle gesperrt wurde, den Telegraphisten nach seiner Nummer gefragt. Darauf habe der Telegraphist Schrimmer verfügt: „Den fesseln wir gleich." Beck sei dann auch sofort gefesselt und eingesperrt worden. — Schrimmer bestreitet das und behauptet, Beck sei erst in der Zelle gefesselt worden weil er gelärmt habe.

Nur mit vieler Mühe gelang es dem Verteidiger, die Vorgänge auf der Wache soweit festzustellen, als sie hier angegeben sind. Fast bei allen dahin gerichteten Fragen hatte der Verteidiger erst den entschiedenen Widerspruch des Vorsitzenden zu überwinden, der bei allen derartigen Fragen den Einwand machte, die Polizei sei ja nicht angeklagt, nur, ob die Angeklagten groben Unfug verübten, sei festzustellen. — Der Verteidiger beantragte die Ladung des Polizeileutnants Schmitke. Nach anfänglichem Sträuben ordnete der Vorsitzende die telephonische Ladung des Polizeileutnants an.

Der Polizeileutnant war telephonisch nicht zu erreichen. Der Antrag des Verteidigers, die Verhandlung zu vertagen und den Polizeileutnant zu laden, wurde abgelehnt. —

Da die Angeklagten behaupteten, nicht sie, sondern andere, in ihrer Gesellschaft befindliche Personen, die sie namhaft machen könnten, hätten auf der Straße gesungen, so beantragte der Verteidiger die Ladung dieser Personen, durch deren Zeugnis ja erwiesen werde, daß nicht die Angeklagten groben Unfug verübt hätten. — Auch diesen Beweisantrag lehnte das Gericht ab. Selbst drei Schutzleute, die noch als Zeugen zur Stelle waren, wurden nicht vernommen.

Angesichts dieser Situation erklärte der Verteidiger, er werde zur Sache selbst nicht plädieren, denn es sei nicht in der Ordnung, daß das Gericht über einen noch völlig unaufgeklärten Vorgang ein Urteil fälle. Die beiden vernommenen Zeugen hätten sich in ihren Angaben selbst widersprochen, die Protokollierung dieser Widersprüche sei abgelehnt worden. Diese beiden Zeugen hätten die Unwahrheit gesagt. Die noch anwesenden übrigen drei Zeugen seien nicht vernommen. Die Ladung derjenigen Zeugen, welche die Angeklagten völlig entlasten können, sei abgelehnt worden. Nach alledem könnten die Angeklagten nicht die Auffassung haben, daß ihnen hier ein gerechtes Urteil gesprochen werde. Bei dieser Sachlage sei es mit den Aufgaben der Verteidigung aus, jedes weitere Wort würde überflüssig sein.

Nach einer Beratung, die ungefähr 2 bis 3 Minuten dauerte, verkündete der Vorsitzende das Urteil dahin: Das Gericht habe sich auf Grund der Angaben der beiden Schutzleute von der Schuld der Angeklagten überzeugt. Das Gericht halte zwei Fälle von grobem Unfug für erwiesen: Erstens den Lärm auf der Straße, zweitens den Lärm auf der Wache vor der Einsperrung. Gegen jeden der Angeklagten ist wegen des ersten Falles eine Geldstrafe von 10 M., wegen des zweiten eine solche von 30 M., zusammen 40 M. festgesetzt worden.

Der Amtsanwalt hatte in Uebereinstimmung mit dem amtsrichterlichen Strafbefehl je zwei Wochen Haft beantragt.

Grober Unfug, begangen durch Lärm auf einer Polizeiwache, ist eine neue, eigenartige Konstruktion, die nur durch völlige Begriffsverwirrung erklärlich ist. Der Oeffentlichkeit interessiert weniger die unausbleibliche Korrektur dieses amtsgerichtlichen Urteils als die Frage: wann werden die Schutzleute und der Polizeileutnant wegen Amtsmißbrauchs und Körperverletzung angeklagt werden und werden endlich Einrichtungen getroffen werden, um der Unsicherheit auf Polizeiwachen ein Ende zu bereiten?

Heiratsschwindeleien

hat der Zugführer Ignatz Wucherpfennig in großem Umfang verübt, gegen den gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Goebel eine Anklage wegen Betruges und Nötigung verhandelte. — Der Angeklagte, welcher als Zugführer den Dienst zwischen Stendal und Berlin hatte, lernte vor einiger Zeit eine Arbeiterin Lindner kennen, der er sich unter dem Namen Schulz vorstellte. Obwohl er verheiratet und Familienvater ist, versprach er der L. die Ehe. Er erklärte aber dabei, daß er sie erst zwei Jahre auf die Probe stellen müsse. Die L. mußte auf den Wunsch des Angeklagten ihre Stellung aufgeben, ferner schloß er selbst die guten Kleider des Mädchs ein, um dadurch zu verhindern, daß sie auf die Tanzböden ginge. Er fuhr mit ihr auch zweimal in ihre Heimat und wohnte zwei Wochen bei ihrem Vater, der ihn auch als Schwiegersohn betrachtete. Einige Monate nach der offiziellen Verlobung mußte die L. dem Angeklagten einen Schein unterschreiben, nach welchem er ein Recht habe, sie zu erschießen, wenn sie sich mit einem andern Manne einließe. Zu gleicher Zeit knüpfte W. auch mit einer Schneiderin Wruck ein Liebesverhältnis an, von der er ebenfalls Geldbeträge erhielt. Als der Schwindel des Angeklagten zutage kam und gegen ihn Anzeige erstattet worden war, wurde er eines Tages angeblich bewußtlos auf den Schienen gefunden. Schon damals tauchte der Verdacht auf, daß W. simuliere, da er sich vorsorglich an einer Stelle niedergelegt hatte, die, wie er wußte, bald darauf kontrolliert wurde. Er wurde jedoch nach der Charité übergeführt, wo er 1½ Jahre als angeblich geisteskrank behandelt wurde. In der Verhandlung vor Gericht spielte der Angeklagte den „wilden Mann" weiter. Er saß stumpfsinnig da und gab auf die Fragen des Vorsitzenden überhaupt keine Antwort. Die vernommenen Sachverständigen bekundeten, daß von einer Anwendung des § 51 bei dem Angeklagten, der ein äußerst geschickter Simulant sei, keine Rede sein könne. Das Gericht erkannte auf nur 9 Wochen Gefängnis.

Ansprüche einer Schauspielerin gegen den Direktor.

Am 5. Mai 1908 hatte die Schauspielerin Kayßler-Fehdmer mit dem damaligen Direktor des Hebbel-Theaters in Berlin einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge sie von Robert für die Zeit vom 1. September 1908 bis zum 31. Oktober 1911 auf eine Spielzeit von jährlich 5 Monaten engagiert wurde. Gleichzeitig kam zwischen ihr und dem Direktor Reinhardt des Deutschen Theaters in Berlin ein Vertrag zustande, der bis zum Jahre 1909 ging, und der auch dem Direktor Reinhardt das Recht einräumte, von der Frau Fehdmer jährlich eine 5monatige Spielzeit zu verlangen. In einem Vertrage mit dem Schauspieler Kayßler, dem Ehemann der Klägerin, kam zum Ausdruck, daß die beiden Direktoren sich wegen der Spielzeit zu verständigen haben. Als der Direktor Reinhardt zum 1. Oktober 1909 der Frau Kayßler-Fehdmer kündigte, wollte der Direktor Robert ebenso das Vertragsverhältnis lösen. Er beschäftigte die Schauspielerin zunächst nicht und behauptete nach Ablauf des zweiten Spieljahres, daß er nicht zu weiteren Zahlungen verpflichtet sei, weil er sich in dem Irrtum befunden habe, daß Frau Kayßler-Fehdmer bis zum Oktober 1911 auch für das Deutsche Theater engagiert sei. Nur aus diesem Grunde habe er seinen Vertrag abgeschlossen. Als seine Vertragskontrahentin Klage auf Zahlung von 6000 M. Gage erhob, machte Robert weiterhin geltend, daß die Klägerin übrigens im Februar 1910 längere Zeit krank gewesen sei, und daß er sie dann nicht hätte beschäftigen können. Nach § 5 des Bühnenvertrages aber sei er zur Kündigung ohne weiteres berechtigt, wenn eine Krankheit des Schauspielers länger als 3 Wochen anhalte.

Das Landgericht und Kammergericht zu Berlin erkannten auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung der fälligen Gage. Das Kammergericht führte zur Begründung aus, daß der Vertrag nach Treu und Glauben auszulegen sei, und daß die Spielzeit nach billigem Ermessen hätte bestimmt werden müssen, wenn die Parteien sich vorher nicht geeinigt hatten. Der Beklagte habe jedoch eine Spielzeit gar nicht vorgeschrieben. Es sei deshalb unbestimmt, ob die Klägerin gerade im Februar, als sie krank war, bei dem Beklagten hätte spielen sollen. Das Kammergericht hält mit Recht ein Zurückgreifen auf einen Einwand, der dem Beklagten vonnutzen hätte sein können, wenn er sich gleich auf den Vertrag eingelassen hätte, nicht für gerechtfertigt. — Das Reichsgericht hat am Dienstag das Urteil des Kammergerichts bestätigt. Die Revision des Direktors Robert, der sich zurzeit in München befindet, ist zurückgewiesen worden.

Klassenjustiz kennen wir nicht!

Aus Halle a. S. berichtet man uns: Bekanntlich wurde unser Genosse Redakteur Rasparek vor einiger Zeit wegen Beleidigung einiger Fabrikanten unter Leitung des hiesigen Amtsrichters Steger zu der exorbitanten Strafe von 1400 M. verurteilt. Heute stand ein Arbeiter vor derselben Schöffengerichtsabteilung unter Anklage, weil er durch lautes Sprechen auf der Straße — „groben Unfug" verübt haben sollte. Als der „Angeklagte" sagte, das Gericht möge ihm doch beistehen und richtig rechtsprechen, denn er sei ganz und gar unschuldig, da entgegnete der Herr Amtsrichter Steger: „Das ist ganz selbstverständlich, daß im Gericht Recht gesprochen wird. Klassenjustiz kennen wir nicht!" Tatsächlich wurde der Arbeiter auch freigesprochen und die Polizei, die das widersinnige Strafmandat erlassen hatte, erhielt eine kräftige Belehrung. — Herr Steger wird voraussetzen, daß diejenigen, die bisher an Klassenjustiz glaubten, nun ein für allemal belehrt sind. — Speziell in Halle sind seine gutgemeinten Worte sicher auf fruchtbaren Boden gefallen.

Eine absonderliche Prügelaffäre.

In der Prügelaffäre, über deren Verhandlung wir am 27. Januar berichteten, hat der Klempnergeselle Issen, wie er uns mitteilt, Berufung eingelegt.

A. Wertheim G.M.B.H

Leipzigerstr. 132-37
Königstrasse 31-32

Versand-Abteilung: Berlin W. 66, Leipziger Str. 132/37
Bei Briefen ist die genaue Adresse erforderlich.
Die Firma A. Wertheim hat zu ähnlich lautenden Firmen Keinerlei Beziehungen.

Rosenthalerstr. 28-31
Oranienstrasse 52-55

Freitag und Sonnabend soweit vorhanden:

Lebensmittel-Angebot

Obst und Gemüse, Fische, Räucherwaren, Wild sind von der Zusendung ausgeschlossen.

Frisches Fleisch

Schmorfleisch Pfund 80, ohne Knochen 90 Pf.
Rinderfilet im ganzen, unausgeschält . . . . Pfund 95 Pf.
Roastbeef Pfd. 90 Pf., ohne Knochen 1.20
Brust und Fehlrippe Pfd. 70 Pf.
Kamm u. Querrippe Pfd. 60 Pf.
Gulasch Pfd. 70, Gehacktes 60 Pf.
Pökelzunge . . . . . Pfund 1.20
Frischer Schinken ca. 10 Pfund schwer . . Pfund 70 Pf.
Schulterblatt ca. 4 Pfund schwer . . Pfund 65 Pf.
Schweinebauch . . Pfund 60 Pf.
Schweinefilet . . . . . Pfund 1.10
Schweinekamm u. Schuft Pfund 75 Pf.
Schweinekotelettes Pfd. 85 Pf.
Rückenfett . . . . Pfund 55, 60 Pf.
Pökelkamm . . . . . Pfund 75 Pf.
Kasseler Rippespeer Pfd. 75 bis 90 Pf.
Kalbskeule u. -Rücken im ganzen Pfund 90 Pf.
Kalbsbrust 70, -Spitze 85 Pf.
Kalbskamm u. -Bug 70, gestellt 75 Pf.
Hammelkeule u. -Rücken im ganz. Pfund 75 Pf.
Dicke Rippe Pfd. 65, Dünnung 55 Pf.

Fleischwaren

Rotwurst . . . . . Pfund 45, 70 Pf.
Landleberwurst . . Pfund 85 Pf.
Feine Leberwurst . . Pfund 95 Pf.
Pastetenleberwurst . Pfund 1.00
Jagdwurst . . . . . Pfund 90 Pf.
Bauernmettwurst mit Knoblauch. Pfd. 1.00
Teewurst . . . . . Pfund 1.10
Zervelatwurst . . . . . Pfd. 1.10
Salamiwurst . . . . . Pfd. 1.10
Mausschinken ca. 1½–6 Pfund schwer . . Pfd. 1.15
Rollschinken ca. 6–9 Pfund schwer . . . Pfd. 1.20
Frühstückszungen Dose 2 St. Inhalt . . 85 Pf.

Tischbutter . . . . . Pfund 1.38
Tafelbutter Pfund 1.44, ½ Pfd. Stück 72 Pf.
Sanitäts-Yoghurtkäse Stück 15 Pf.
Deutscher Gervaiskäse St. 18 Pf.
Stangenkäse . . . . . Stück 10 Pf.
Romatour-Käse . . . . Stück 28 Pf.
Camembert . . . . . Stück 23 Pf.
Faust- und Spitzkäse 3 Stück 25 Pf.
Land- und Kuhkäse 2 Stück 35 Pf.
Briekäse Pfd. 75, Bierkäse 55 Pf.
Limburger Käse . . . Pfund 58 Pf.
Emmenthaler Käse . . Pfund 1.10
Schweizer Pfd. 88, Tilsiter 68 Pf.
Vollfetter Münsterkäse Pfd. 78 Pf.
Bratenschmalz . . . . Pfund 56 Pf
Pflaumenmus . . . . . Pfund 28 Pf

Lachs in Stücken . Pfund 75, 85 Pf.
Lachsbücklinge . . . 4 Stück 15 Pf.
Kieler Bücklinge . . 4 Stück 10 Pf.
Bücklinge . . . . . Kiste 38 Pf.
Kieler Sprotten . . . . Pfund 65 Pf.
Kieler Flundern . . . Pfund 50 Pf.
Geräuch. Aale Pfd. 1.10, Bund 40 Pf.
Goldfische . . . . . Stück 10 Pf.
Dorsche . . . . . Stück 15 Pf.
Makrelenbücklinge 2 Stück 15 Pf.
Matjesheringe Stück 10, 15, 20 Pf.
Sardellen . . . . . Pfund 75, 90 Pf.

Hirschfleisch Pfund	Keule	Rücken	Blatt	Ragout
	85	75	55	20 Pf.

Starke Hasen gestreift . Stück 3.25
Wilde Kaninchen gestreift . . . Stück 80 Pf. bis 1.00

Fische

Grüne Heringe . . . 2 Pfund 10 Pf.
Schellfische Pfund 10, 15, 28 Pf.
Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen . . . . . Pfund 14 Pf.
Lachs in ganzen Fischen . . . . . Pfund 43 Pf.
Lebende Hechte Pfd. 85, über 6 Pfd. schwer . . 65 Pf.
Lebende Plötzen . . Pfund 40 Pf.
Lebende Bleie . . . . Pfund 40 Pf.
Lebende Aale . . . . . Pfund 76 Pf.
Lebende Schleie . . Pfund 88 Pf.

Geflügel

Wildenten . . . . . Stück 1.25, 1.75
Birkhähne Stück 1.75, -hennen 1.20
Suppentauben . . . . . Stück 46 Pf.
Suppenhühner 1.50 bis 2.75
Brathühner 1.10, 1.65, 2.25
Poulets . . . . . Stück 1,75, 2.25
Wolgahühner Stück 1.65, 1.80
Tilsiter Puten . . . . . Pfund 53 Pf.
Ungarische Mast-Puten Pfd. 75, 88 Pf.

Verkäufe.

Hermannplatz 6. Pfandleihhaus. Jedermanns allerbilligster Wareneinkauf. Riesenauswahl Pelzjacken. Herrenpaletots. Jackettanzüge. Gehrockanzüge. Herrenhosen. Damensachen. Extrabilliger Bettenverkauf. Aussteuerbetten. Vermietungsbett. Aussteuerwäsche. Bettwäsche. Reichhaltige Gardinenauswahl. Portieren. Teppichauswahl. Plüschtischdecken. Steppdecken. Wanduhren. Wandbilder. Schmucksachen. Taschenuhren. Kettenauswahl. Ringeauswahl. Festgeschenke. Warenverkauf ebenfalls Sonntags. †50*

Taschenbuch für Gartenfreunde Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Zier-, Gemüse- und Obstgartens von Max Hesdörfer. Zweite vermehrte Auflage. Mit 137 Textabbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Vorwärtsleser erhalten fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstraße 160, Oranienplatz; Rosenthalerstraße 54. 926R*

Federbetten. Stand 10,00, 15,00, 25,00, feinste Brautbetten, Wäsche, Winterpaletots, Decken. Pfandleihhaus, Küstrinerplatz 7. 904R*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. (Leser des „Vorwärts" erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet! *

Kanarienvögel. Heckbauer, Neue Königstraße 24, Seitenflügel. 212/11*

Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums", von August Bebel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69 Laden.

Tambouriermaschinen Hokemeyer, alteingesessener Fabrikant Bellmann, Gollnowstraße 26. Preise billig, Abzahlung günstig. 2059R*

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavalieren wenig getragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9–18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschjacketts, Kostümen, Röcken, hochelegant, bedeutend unter Wert. Großer Posten Pelzstolas, früher bis 100 Mark, jetzt 15–40 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Aussteuerwäsche, Betten, nur Moritzplatz 58a. 2841R*

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer. Gebunden 3 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Zehn Prozent Rabatt Vorwärtslesern.

Teppiche, Farbenfehler, jetzt fabelhaft billig. Riesen-Fabriklager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik; billiger wie überall. Vorwärtslesern noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

Gardinen, Fabrikreste, Fenster 1.65, 2.35, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.

Totalausverkauf von angeschmutzten Gardinen, Stores, Bettdecken, staunend billig. Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschportieren, Garnitur 3.85, 4.50, 5.25, 6.50, 8.25, 10.50. Fabriklager Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken billigst, Fabrik Große Frankfurterstraße 125.

Tuch- und Plüschdecken mit kleinen Fehlern zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbelfabrik.

Möbelstoff-Läufer, Linoleumreste, fabelhaft billig.

Sport- und Schlafdecken 1.25, 1.40, 1.85, 2.45, 2.85 usw. Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelfabrik. 931R*

Umbauplüschsofa. Lederstühle, Bierzugtisch, Gaskrone, Teppich, Betten, Wäsche, Schlafzimmer (neu) spottbillig Naunynstraße 52 I. *

Fensters Leihhaus. Skalitzerstraße 103 (Hochbahn): Verkauf aus Auktionen herrührender Waren, Betten, Wäsche, Gold-, Silberwaren, Herrengarderobe, Damengarderobe, Steppdecken, Tischdecken, Portieren, Gardinen zu billigen Preisen. 911R*

Monatsanzüge und Winterpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Naj, Muladstraße 14. *

Teppiche (Farbenfehler), Steppdecken, Gardinen, Tischdecken, Tülldecken, Uebergardinen, Sofastoffreste spottbillig Fabriklager Masterhoff, Große Frankfurterstraße 9 Hofeingang. Vorwärtslesern zehn Prozent. Sonntags geöffnet. 2488R*

Damenhemden mit gestickter Passe 1,15, Herrenhemden 1,15, Normalwäsche, Arbeiterhemden sowie elegante Reisemuster bis zur Hälfte des Wertes. Wäschefabrik Salomonsky, Dircksenstraße 21, Alexanderplatz.

Gute Nähmaschine zu verkaufen, 25 Mark, Borbagener Chaussee 24, vorn IV links. †58

Geschäftsverkäufe.

Lokal preiswert zu verkaufen. Neukölln, Thomasstraße 26. †46

Gemüsegeschäft Pasteurstraße 36.

Lokal mit Tanzsaal, östlicher Vorort, zu verkaufen; erforderlich 1000 M. A. W., Postamt 76. 27715

Lokal verkauft krankheitshalber billig, erforderlich 650,00. Revalerstraße 12. Vermittler verbeten. †5*

Milch-, Kolonialwarengeschäft sofort sehr billig verkäuflich, weil Frau krank, übernehme eventuell Wohnung. Pasewalkerstraße 7. †63

Möbel.

Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten kauft bei uns. Kretschmann u. Co., Koppenstraße 4. (Schlesischer Bahnhof.) *

Möbel-Lechner, Brunnenstr. 7, zwischen Rosenthaler Tor und Invalidenstraße. Riesen-Auswahl in Möbeln jeder Art. Billige Preise auf Kredit und gegen bar. Kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf 5 Mark gutgeschrieben. Sonntag nur von 12–2 geöffnet. *

Achtung! Brautleute! Möbel kaufen Sie jetzt preiswert: Ganze Wohnungseinrichtung von 200 Mark an. Kleiderspinde, Vertikos, englische Bettstellen, Trumeaus, Plüschsofas, Chaiselongues, eigener Fabrik. Teilzahlung gestattet, kein Abzahlungsgeschäft. Höfer, Dresdenerstraße 13/14

Plüschsofa wie neu, spottbillig. Herbst, Große Hamburgerstraße 13/14.

Möbelhandlung Mariannenstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. „Vorwärts"-Leser 3 Prozent Rabatt. 39R*

Arbeiter-Musterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Provisionsvergütung, kleine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabbert Tischlermeister, Ackerstraße 54. *

Umgehend verkäuflich (Händler zwecklos!): Nußbaumwirtschaft, modern, Kücheneinrichtung, elegantes Plüschsofa, Umbau, Herrenschreibtisch, Ankleideschrank, Englischbetten, Chaiselongue, Trumeau, Prachtwandbilder, Gaskrone, Verschiedenes. Königsbergerstraße 11, vorn I rechts, bei Fischer. 16/16

Bettstelle, mahagoni, Matratze 15, Wegel, Elsenstraße 83, IV. †148

Bilder.

Meine Inventurpreise, nur bis 15. Februar, erregen allgemeines Aufsehen, und bitte ganz besonders zu beachten Bilder-Bogdan, Weinmeisterstraße 2. 912R*

Kaufgesuche.

Zahngebisse, Goldsachen, Silber, Platina, Stanniol, Quecksilber, höchstzahlend. Edelschmelze, Dresdenerstraße 9 (Hochbahn). 879R

Platinabfälle, Gramm 5,75, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Blümel, Auguststraße 19.

Zahngebisse. Zahn bis 1 Mark, Goldsachen, Stanniol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 212/7*

Kupfer, Messing, Platinabfälle Silberabfälle. Goldschmelze Nieper Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 205R*

Unterricht.

Unterricht in der englischen Sprache. Für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, wird englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Swientz-Liebknecht Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9 Gartenhaus III. 44R*

Verschiedenes.

Patentanwalt Beßel, Gitschinerstraße 94a.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 81. 24396R*

Kunststopferei Lepser, Große Frankfurterstraße 67. 2396R*

Sommerausschank, kleiner, zu pachten gesucht. Grabow, Charlottenburg, Osnabrückerstraße 19. †33*

Lewandowsky-Gesellschaft Quitzowstraße 105. †100*

Die gegen Frau Rogowski, Pestalozzistraße 42, ausgesprochene Beleidigung nehme ich hierdurch zurück. Marie Schotter, Windscheidstraße 37.

Pfandleihe Marktusstraße 27. *

Vereinszimmer, größeres, zu vergeben Urbanstraße 87. †68

Firmenschilder jeder Art, Anschriften, Lackplakate, Renovierungen billigst. Erdmann, Teltowerstraße 31 II. Hof. 2706b

Vermietungen.

Restauration mit Wohnung, Laden mit Wohnung sofort Lychenerstraße 13.

Wohnungen.

Balkonwohnung, 2 Stuben, Küche 32,00. Kleine Markusstraße 3. 15/14*

Hofwohnungen, 20 Mark monatlich an, auch für Werkstätten. Erste Geschäftslage. Rosenthalerstraße 39, Kontor. 16/15*

Zimmer.

Möbliertes Vorderzimmer für zwei Herren Naunynstraße 51, Krause.

Schlafstellen.

Schlafstelle, auch Kost, vermietet Witwe Kisling, Waldemarstraße 16 IV.

Filialleiter gesucht!

Wegen Todesfall ist die **Geschäftsführerstelle** in unserer Berliner Filiale neu zu besetzen. Bewerber, die in genossenschaftlichen Betrieben tätig waren und event. Branchenkenntnisse besitzen, wollen schriftlich Bewerbung mit Angabe der Gehaltsansprüche bis spätestens den 15. Februar an das **Fahrrad-Haus „Frisch auf", Offenbach (Main),** einreichen.

102/8 Die Geschäftsleitung des
Fahrrad-Haus „Frisch auf", Offenbach (Main).

Werkzeugmacher für Zierleisten.

Es wird für **Zieherei-Werkzeuge** als Vorarbeiter ein Werkzeugmacher gesucht, der mit der Herstellung sämtlicher **Ziehwerkzeuge** vertraut und durchaus bewandert in der Fabrikation von **Profilstangen (Zierleisten)** ist. Die Stellung ist dauernd und bietet einem tüchtigen Manne ein gutes Auskommen. Offerten sind zu richten an **Rud. Mosse in Berlin SW. sub K. P. 7624.** 16/12*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Hausschneiderin hat Tage frei. 2,—. Postlagerkarte „149" Postamt Berlin W. 35. 2764b

Arbeiter, intelligent, 35, sucht Beschäftigung. Leimgrübler, Straßmannstraße 38. †71

Stellenangebote.

Arbeiter-Gesangverein sucht Dirigenten. Uebungsstunde Freitags von 9–11. Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten an **E. Kolbow,** W. 15, Kaiserallee 209. 9409

Geübte Durchschnitt-Arbeiter, nur solche, verlangt Michaelis Knopffabrik, Mohrenstraße 40. 2765b

Arbeiterinnen auf Geschäftskleider im und außerm Hause, auch einzeln, vergibt Ziefieg, Koppenstraße 100, Hof I. 2772b*

Blusenbetrieb verlangt Arbeiterinnen. Clement, Bannierstraße 34.

Zeitungsfrauen sofort verlangt Schiffbauerdamm 1. 15/90*

Künstliche Blumen. Lehrmädchen gegen monatliche Vergütung fünfundzwanzig Mark, Schindelhauer, Alte Jakobstraße 156. 2748b*

Tüchtige
Verkäuferinnen
der **Delikateß- und Kolonialwarenbranche** werden angestellt.
Persönliche Vorstellung mit Zeugnissen von 9–5 Uhr. 102/9
Konsumgenossenschaft Berlin u. Umg., Lichtenberg, Rittergutsstr. 22/26.

Achtung! Mützenmacher.

Wegen Lohndifferenzen sind die **Mützenfabriken**
G. A. Hoffmann, Gneisenaustraße 33,
G. A. Hoffmann, Urbanstr. 67,
Adolf Winter, Marktusstr. 10,
Adolf Winter, Lebuser Str. 9,
Lachmann & Pinkus, Bellstraße 11/12,
Gustav Kahlbow, Marktusstraße 21,
Emil Schebeler, Prenzlauer Allee 39,
gesperrt. 101/1*
Zuzug ist streng fernzuhalten!
Deutscher Kürschnerverband.
Filiale Berlin.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Stadtverordneten-Versammlung.

4. Sitzung vom Donnerstag, den 1. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher **Michelet** eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr.

Die Interpellation unserer Genossen, das **Achtklassensystem der Gemeindeschulen** betr., wird über 14 Tage auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Das Ergebnis der Ausschußverhandlungen zur Vorbereitung der

Neuwahl der ständigen Ausschüsse,

der Abordnung der Mitglieder in die Verwaltungsdeputationen und Kuratorien, der Zuteilung der Stadtbezirke an die Mitglieder behufs der Ausführung von Recherchen, Erledigung der Wahlsachen usw., und der Besetzung freigewordener Stellen in den von 1911 übernommenen Sonderausschüssen und gemischten Deputationen liegt vor. Die bisherige Zusammensetzung der Ausschüsse für Besoldete und Unbesoldete bleibt bestehen und sind nur verschiedene Personenveränderungen vorgeschlagen, denen nach den Ausschußanträgen zugestimmt wird.

Der Vertrag mit der A. E. G. wegen des Baues einer

Schnellbahn Gesundbrunnen—Rixdorf

ist von dem niedergesetzten Ausschusse unter unerheblichen Modifikationen mit allen gegen drei Stimmen angenommen worden. Die wichtigste Aenderung ist der Zusatz: „Die an dem Bau beschäftigten Arbeiterkategorien sind nach den in diesen Berufen bestehenden und vom Magistrat als allgemein gültig anerkannten Tarifverträgen zu entlohnen."

Von den Stadtverordneten Dr. Arons u. Gen. (Soz.) geht der Antrag ein, die Bahn in **städtischer Regie zu bauen und zu betreiben.**

Stadtv. **Heimann** (Soz.): Bei der ersten Beratung im März 1911 habe ich bereits betont, daß der Vertragsentwurf juristisch sehr sorgfältig durchgearbeitet und so gut ist, wie ein solcher Entwurf nur sein kann; aber es besteht unter der Herrschaft des Kleinbahngesetzes nicht die geringste Gewähr, daß die berechtigten Interessen der Beteiligten nicht durch sie geschädigt oder gefährdet werden. Nur wenn die Kommunen selbst Eigentümer sind, können sie hoffen, sich auch den Aufsichtsbehörden gegenüber durchzusetzen. Das haben uns ja in der Verkehrsdeputation gerade die Juristen des Magistrats sehr oft und höchst eindringlich vor Augen geführt. Der für uns wichtigste Zusatz ist die Erweiterung des § 5 hinsichtlich der **Tarifverträge**; wir hoffen, daß diese neue Bestimmung den beschäftigten Arbeitern eine größere Sicherheit geben wird.

Erfreulich ist es auch, daß **vier direkte Uebergänge auf andere Linien** festgelegt worden sind; die allgemeinen Verkehrsinteressen verlangen das gebieterisch. Leider aber ist es nicht gelungen, eine Tarifgemeinschaft auf breiter, umfassender Basis festzulegen; eine solche ist nur in der kümmerlichsten Weise, in der Ausdehnung bis zu drei Stationsabschnitten, vorhanden, und auch diese kleine Konzession zu erreichen, hat schon unglaubliche Mühe gekostet. Bedauerlich ist auch, daß die Vergünstigung der Ausdehnung der Frühkarten bis auf 8 Uhr morgens nicht zu erlangen war; Tausende oder Zehntausende von Handlungsangestellten hätten dann die A. E. G.-Linie mit Frühkarten benutzen können. Die Handelsangestellten werden nun eben notgedrungen auf die konkurrierenden Straßenbahnlinien übergehen müssen und der A. E. G. vollständig verloren gehen. Auch für den

Einheitssatz von 10 Pf.

bis zur fünften Haltestelle ist die A. E. G. leider nicht zu gewinnen gewesen. Von der Christianiastraße kann man also nur bis zur Bernauer Straße fahren, wo aber nur ein geringer Teil der Reisenden seine Reise beenden dürfte, während ein sehr großer Teil der Reisenden Interesse hat, an der fünften Haltestelle, Rosenthaler Tor, auszusteigen. Die schwersten prinzipiellen Bedenken aber haben wir gegen die Vorlage, insofern sie

Bau und Betrieb aus der Hand geben will.

Wir verstehen gar nicht, wie die Stadt nach allem, was wir in 20 Jahren von den großen Monopolgesellschaften und von den Aufsichtsinstanzen erlebt haben, dazu kommt, für drei Menschenalter ihre Straßen und Plätze einer dritten Monopolgesellschaft auszuliefern. Der Oberbürgermeister hätte da doch auf unserer Seite stehen müssen; er zog sich aber darauf zurück, daß die Stadt mit großen Bauprojekten so überlastet sei, daß sie nicht auch noch diese Arbeit übernehmen könne. Wir haben da ein größeres Vertrauen zum Magistrat als er selbst. Die Nord—Südbahn soll ja gar nicht in eigener Regie der Stadt gebaut werden, sondern im Wege der Vergebung an Unternehmer in einzelnen Abschnitten; **Moabit—Rixdorf liegt noch in weiter Ferne**, da spielt der Bau des neuen Opernhauses mit, der erst völlig geklärt werden soll. Die Verkoppelung dieser beiden Fragen mag man für falsch, ja für unerhört halten; aber wir stehen hier vor einer Mauer, über die wir zunächst nicht hinwegkommen. Von den **beiden Häfen** befindet sich der eine noch in den Anfängen, der andere geht seiner Vollendung bereits entgegen. Man könnte daher, ohne Unbilliges oder Unmögliches zu verlangen, der Tiefbauverwaltung den Bau auch dieser Linie Gesundbrunnen—Rixdorf noch übergeben.

Bleibt die Frage der Kapitalbeschaffung.

Jeder Privatunternehmer ist glücklich, wenn er neue Kapitalien aufnehmen kann, wenn er die Sicherheit hat, sie in gewinnbringende Unternehmungen zu stecken; warum sollte die Kommune Berlin also davor zurückschrecken? Die neue Linie ist ein dringendes Verkehrsbedürfnis. Die riesige Benutzung wird sich wahrscheinlich nicht in entsprechend riesige Betriebsgewinne umsetzen, weil der Bau recht kostspielig ist; die A. E. G. ihrerseits wird angelockt durch die Riesengewinne, die sie an dem Bau zu machen hofft. Dennoch ist klar, daß die Gewinne des Betriebes derartige und derartig sichere sein werden, daß die Kommune mit der größten Ruhe ihre Kapitalien hineinstecken kann. Wir gehen aber noch einen großen Schritt weiter. Unsere Ueberzeugung ist unerschütterlich, daß die **Regelung des Verkehrswesens in die Hände der Stadt gehört**; es ist zwar eine der schwierigsten, aber auch eine der wichtigsten kommunalen Aufgaben; die Erträge solcher Unternehmungen, die von der Allgemeinheit aufgebracht werden, gehören auch in den allgemeinen Säckel. Private Erwerbsgesellschaften vertreten naturgemäß rückhaltlos die Interessen ihrer Aktionäre; wir können davon ein trauriges Lied singen; die Geschichte der Verkehrsdeputation ist ja nichts als eine große Leidensgeschichte. Wir nehmen diesen Monopolgesellschaften ihre Stellungnahme gar nicht übel.

Die hier vorliegenden inneren Widersprüche müssen sich aber immer mehr erweitern, je weiter die Verkehrsanlagen auf die benachbarten Gemeinden übergreifen; diese Widersprüche sind auch durch die schönen Verträge nicht zu überbrücken, ebenso wenig wie durch den Hinweis auf den Zweckverband, der vom 1. April 1912 ab an die Stelle der Vielheit der Gemeinden von Groß-Berlin tritt. Es scheint uns auch nicht richtig, gerade jetzt, unmittelbar vor dem Inkrafttreten des Verbandes, einen so weitschichtigen Vertrag zum Abschluß zu bringen. Alle meine Bemühungen, in den Vertrag eine Erweiterung der Erwerbsmöglichkeiten durch den Zweckverband hineinzubringen, sind erfolglos geblieben. Mit unserem Antrage sind wir ja gar nicht an den Stichtag des 1. April gebunden. Die Unzulänglichkeit der Erwerbsrechte, die 90jährige Konzession, alles das muß letzten Endes **die Interessen der Stadtgemeinde und der Bürgerschaft schädigen.** Mit nur etwas Entschlußfähigkeit und Tatkraft können Sie getrost unseren Antrag annehmen. (Beifall.)

Stadtv. **Jacobi** (A. L.): Die prinzipielle Stellung der Herren kennen wir ja; auch die Stadt ist ja dem Prinzip des Baues in eigener Regie nicht abhold. Hier aber liegt die Sache anders. Die Rentabilität für die Stadt steht nach autoritativer Ansicht in Zweifel; die technischen Ansprüche, die ein solches Werk stellt, kann die Stadt nicht erfüllen. Kollege Heimann ist in beiden Punkten anderer Meinung; ich halte mich an die Fachmänner des Magistrats. Es gibt hier keinen anderen Ausgang, wenn wir nicht den Bau auf 10 Jahre und länger verschieben wollen.

Stadtrat **Alberti** teilt noch mit, daß die A. E.-G. die Aenderungen des Vertrages akzeptiert, bezüglich der Rückfahrtkarten aber weitere Konzessionen nicht machen könne.

Der Antrag Arons wird abgelehnt, der Vertrag in der Ausschußfassung mit großer Mehrheit angenommen.

Die Magistratsvorlage wegen Vornahme einer **Ersatzwahl** für den verstorbenen Stadtrat Bohm gibt dem Stadtv. Körte (Fr. Fr.) Veranlassung, aufs neue auf die Stellung des Postens eines selbständigen städtischen Medizinalrats als stimmberechtigten Magistratsmitgliedes zu dringen.

Oberbürgermeister **Kirschner**: Die Versammlung kann darüber nicht allein bestimmen; es ist dazu ein Gemeindebeschluß erforderlich. Im Magistrat bestehen in der überwiegenden Mehrheit dagegen die größten Bedenken. Ueber einen Ausweg, der beiden Teilen konvenieren könnte, hat eine Magistratskommission beraten, ist aber noch nicht zum Abschluß gelangt. Daß ein Laie die Kühnheit hat, den Gedanken zu vertreten, dafür eine juristische Stelle im Magistrat eingehen zu lassen, muß mich wundern. Nicht von Verminderung, höchstens von Vermehrung könnte die Rede sein.

Stadtv. Dr. **Weyl** (Soz.): Wir betrachten die Anregung des Kollegen Körte als dankenswert. Wir sagen nicht, daß die Juristenzahl vermindert werden soll; mögen die Juristen vermehrt werden, namentlich wenn der Zweckverband das erfordern sollte. Aber wir haben zurzeit keinen hervorragenden, den heutigen Anforderungen des Sanitätswesens gewachsenen Mediziner im Magistrat. Wir müssen diese Gelegenheit benutzen, um sozusagen eine Art Erpresserpolitik zu treiben. (Heiterkeit.) Ein Jahr ist verflossen, seit wir den bezüglichen Beschluß gefaßt haben; die Sache ist verschleppt worden, und wir hören auch heute noch nicht, wann sie aus der erwähnten Kommission herauskommen wird. **50 Jahre** schon läuft diese Medizinalratsfrage. Vielleicht veranlaßt die Stellungnahme Körtes, der wir uns anschließen, den Magistrat, etwas schneller zu arbeiten. Wenn wir den Medizinalrat bekommen, möge er seinen Juristen bekommen. Als wesentlichsten Grund gegen den Medizinalrat wurde vom Oberbürgermeister der Platzmangel im Magistrat angeführt. Nun gut, jetzt ist ein Posten frei, da könnte doch der Medizinalrat eintreten.

Stadtv. **Körte**: Der Oberbürgermeister hat überhört, daß ich erklärte, wir seien durchaus nicht abgeneigt, auch einen Juristen zu wählen, hielten aber den Medizinalrat für wichtiger. Gegen die „Kühnheit", d. h. Ueberhebung, verwahre ich mich. Ich habe betreffs solcher Anregungen und Mißverständnisse allerdings ein besonderes Glück; ich erinnere nur an die Nord-Südbahn.

Stadtv. **Sonnenfeld** (A. L.): Kollege Körte hat gerechten Grund, sich gekränkt zu fühlen. (Stadtv. Hoffmann (Soz.): Sonnenfeld als Samariter! Große Heiterkeit.) Aber Herr Körte hat auch bei Dr. Weyl Mißverständnis gefunden. Für „Erpresserpolitik" ist die Mehrheit der Versammlung nicht zu haben.

Stadtv. **Ladewig** (N. L.) spricht sich gegen den Antrag Körte aus.

Stadtv. **Cassel** hält den Antrag Körte für sachlich völlig berechtigt, und kein jupiter tonans könne dagegen etwas ausrichten. Er lehnt die „Erpressertaktik" ab.

Aehnlich plädiert noch Stadtv. **Galland** (A. L.).

Stadtv. Dr. **Nathan** (Fr. Fr.) nimmt den Kollegen Körte als „Laien" in Schutz. Mit dem „Laien" im Sinne des Vorwurfs negiere der Oberbürgermeister geradezu den modernen Parlamentarismus.

Der **Oberbürgermeister** erklärt, es sei ihm gar nicht eingefallen, die Berechtigung des Antrages Körte zu bezweifeln; er habe nur gesagt, ein Sachverständiger würde die Behauptung, es wäre möglich, die Zahl der Juristen im Magistrat zu vermindern, als eine kühne bezeichnen.

Stadtv. Dr. **Weyl**: Es handelt sich hier doch tatsächlich um eine durchaus berechtigte do ut des-Politik; ob man das „Erpressertaktik" oder sonst wie nennt, ist von sekundärer Bedeutung. Wir hören doch heute, daß die große Mehrheit des Magistrats von dem Medizinalrat nichts wissen will; um so mehr müssen wir die heute gegebene Anregung ergreifen und können uns dabei von sentimentalen Erwägungen nicht leiten lassen.

Die Angelegenheit geht an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern; auch die Anregung Körte wird durch eine Mehrheit, bestehend aus Sozialdemokraten und Freier Fraktion, dem Ausschuß übergeben.

Die vorgeschlagene

Zusammenlegung von Armenkommissionen

in der City Berlins sieht auch die Aufteilung der Armenkommission 81a vor.

Stadtv. **Hoffmann** (Soz.) erinnert daran, daß diese Kommission seinerzeit zwei von ihm vorgeschlagene Mitglieder, die sie für Sozialdemokraten hielt, nicht einzuberufen die Dreistigkeit gehabt hat. Als einer der beiden starb, habe er eine Dame vorgeschlagen; die Kommission lehnte aber auch diese ab. Nach Eintritt einer weiteren Vakanz habe er **2 Damen vorgeschlagen**, die bestätigt und eingeführt wurden. Darauf hätten alle bürgerlichen Mitglieder einzeln ihre Aemter niedergelegt. Die Kommission sei dann von ihm mit einem Bürgerlichen, dem einzigen, den er gewinnen konnte, und mit Gesinnungsgenossen besetzt worden. Die Frau Gerndt sei einstimmig zur Vorsteherin gewählt und wiedergewählt worden, auch der bürgerliche Herr habe sich eifrig und anerkennend dafür erklärt. Jetzt sehe man, entgegen allen bisherigen Nachrichten, daß die Kommission aufgelöst werden solle! Sie habe einen Etat von über 2000 M., 81b nur 1500 M. Der Vorsteher von 81b sei auch noch Bezirksvorsteher und Schiedsmann. Jetzt aber wolle man gerade 81a auflösen, um die einzige Armenvorsteherin in Deutschland aus der Welt zu schaffen!

Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter **Cassel** rügt den Ausdruck „Dreistigkeit"

Stadtrat **Kalisch** bestreitet, daß hier irgendwie aus Vorurteil gehandelt worden sei; die Dame werde in einer anderen Kommission den Vorsitz erhalten.

Stadtv. Dr. **Paul** (N. L.) bleibt völlig unverständlich.

Stadtv. **Hoffmann**: Die Kommission war wiederholt von der Armendirektion und vom Magistrat zur Einberufung aufgefordert worden und hat dies doch nicht getan; das konnte ich nicht anders als mit „Dreistigkeit" bezeichnen. Aus der 81a-Kommission ist 81b erst hervorgegangen; wie kann man da die ältere und größere auflösen wollen?

An der weiteren Besprechung beteiligen sich Stadtv. **Schulze** (A. L.), **Friedberg** (Fr. Fr.) und **Hintze** (Soz.). Letzterer bestätigt, daß in der Armendirektion ausdrücklich versichert worden sei, daß die Kommission 81a bei der Aufteilung gar nicht in Frage komme.

Stadtrat **Kalisch**: Die Kommissionen müssen doch örtlich zusammengelegt werden. Hier war die Teilung der größeren Kommission praktischer.

Stadtv. **Hoffmann**: Tatsächlich ist dem früheren Kollegen Rosenow auf seine Anfrage erwidert worden, 81a komme nicht in Frage. Das hat mir Herr Rosenow noch heute im Landtage bestätigt. Jetzt ist 81a doch dabei. Aus 81b, die nur aus bürgerlichen Herren besteht, wird man die neue sozialdemokratische Vorsteherin sehr bald hinausgeekelt haben, darüber geben wir uns ebensowenig wie Sie Illusionen hin. Mindestens müssen Sie die Sache noch in einem Ausschuß näher ansehen.

Stadtrat **Kalisch**: Ich muß auf das Entschiedenste gegen die Unterstellung protestieren, daß man da eine „Genossin" beseitigen wolle.

Auch Stadtv. **Hammerstein** (A. L.) erklärt, man habe die Aufteilung nach bestem Wissen und Gewissen vorgenommen.

Der **Vorsteher** stellt anheim, die ganze Sache der Armendirektion zurückzugeben.

Stadtv. **Hoffmann** tritt dagegen nochmals für **Einsetzung eines** Ausschusses ein.

Stadtv. **Dupont** (Soz.): In der Sitzung der **Armendirektion** sagte Herr Schulze: „Die Kommission kommt ja gar nicht in Frage." Sonst wären wir ja doch gar nicht ruhig geblieben.

Die Versammlung beschließt für die 3 in Frage kommenden Bezirke Ausschußberatung.

Die städtischen Straßenbahnen

sollen vom Görlitzer Bahnhof nach Rixdorf (Hermannplatz) verlängert werden. Der Bau der Verbindungsstrecke wird etwa 256 000 Mark kosten.

Die Vorlage wird angenommen.

In **Ladeburg** (Kreis Oberbarnim) soll ein dem Landwirt Wegemund gehöriges Grundstück, das vollständig von städtischem Besitz eingeschlossen ist, gegen eine städtische Fläche eingetauscht werden. Der städtische Besitz in Ladeburg rührt daher, daß die Stadt sich seinerzeit den Landstreifen südlich der Dorflage von Ladeburg zur Verlegung von Druckrohren usw. sichern mußte.

Stadtv. Dr. **Arons** (Soz.) regt an, zu erwägen, ob nicht für den Fall des Weiterverkaufs des von der Stadt abzugebenden wertvollen Grundstücks der Preisunterschied an die Stadt nachgezahlt werden und eine entsprechende Eintragung verlangt werden solle. Er beantragt Ausschußberatung.

Demgemäß wird beschlossen.

Die Vorlage betreffend die für 1912 erforderlichen

Bauausführungen in den städtischen Gaswerken

und am **Röhrensystem** wird ohne Debatte angenommen.

Der Bau der 1905 beschlossenen **drei städtischen Südlinien** Hermannplatz-Dönhoffplatz, Kreuzberg-Markgrafenstraße-Behrenstraße und Großgörschenstraße-Markgrafenstraße-Behrenstraße soll jetzt endlich, nachdem alle Vorverhandlungen erledigt sind, und zwar in etwas abgeänderter Linienführung, in Angriff genommen werden.

Auf Antrag des Stadtv. **Imberg** (N. L.) wird die Einsetzung eines Ausschusses beschlossen.

Schluß ½9 Uhr.

Soziales.

Ersatzpflicht des Lehrlings für Geldverluste.

Die Rechtsfrage, ob der Lehrling bezw. **dessen Vormund** für einen Geldverlust einstehen muß, den der erstere auf einem Botengange erleidet, stand gestern vor der 2. Kammer des Berliner **Kaufmannsgerichts** zur Entscheidung. Eine Drogen-Engrosfirma hatte ihren Lehrling Albert F. regelmäßig zur Bank geschickt, damit er dort größere Beträge abhole. Nachdem der junge Mensch bereits zwei Lehrjahre hinter sich hatte, ohne daß ein Fehler beim Kassieren vorgekommen wäre, kam ihm plötzlich von den bei der Bank kassierten 1500 M. die Summe von 600 M. abhanden. Während die Firma vor Gericht die Ansicht verfocht, der Vater des Lehrlings sei für den Verlust des Geldes ersatzpflichtig, klagte der letztere auf Feststellung, daß eine Ersatzpflicht in diesem Falle nicht gegeben sei. Es sei gar nicht die Aufgabe für einen Lehrling, Arbeiten zu verrichten, die eigentlich zu den Obliegenheiten eines Kassenboten gehörten, und überdies habe die Firma auch insofern leichtsinnig gehandelt, als sie dem Jungen keinen geeigneten Behälter zur Unterbringung des Geldes, wie einen Leinenbeutel usw. mitgab.

In der Verhandlung vermochte der Lehrling darüber, auf welche Art ihm die Summe abhanden gekommen sei, keine Erklärung zu geben. Obgleich ein Beisitzer dem Vertreter der Firma vorhielt, es sei doch unrecht, einem Lehrling eine derartige Summe kassieren zu lassen, ohne für Sicherung des Geldes Sorge zu tragen, kam das Kaufmannsgericht dennoch zur Bejahung der Haftpflicht. Da F. schon zwei Jahre in der Lehre war, so ist er auch für den Verlust des Geldes verantwortlich zu machen, insbesondere, da er keinen plausiblen Grund für das Abhandenkommen des Geldes geben konnte.

Dies Urteil ist zu **Unrecht** gefällt worden. Ein Lehrling oder Angestellter kann nur dann haftpflichtig gemacht werden, wenn ihm ein **Verschulden nachgewiesen** worden ist. Hier war dies nicht der Fall und hätte das Kaufmannsgericht die Frage der Haftpflicht **verneinen** müssen. Kein anderes Gericht dürfte ein derartiges Urteil, ohne die geringsten Beweise für ein Schuldig zu besitzen, gefällt haben.

Prämien für Kassenbetrüger!

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I hatte sich am Montag der **Gürtlermeister Globig** wegen Betruges **und Unterschlagung** von Krankenkassenbeiträgen zu verantworten.

Globig, der mehrere Ziseleurgehilfen beschäftigte, hat seit vielen Monaten diesen die der Ortskrankenkasse der Graveure zustehenden Beiträge in Abzug gebracht, an die zuständige Stelle aber nicht abgeliefert. Die seitens der Kasse beantragte Exekution fiel wiederholt fruchtlos aus. Wie der Rendant jener Kasse als Zeuge aussagte, beträgt der hinterzogene Betrag zirka **440 M.** Der **Staatsanwalt** meinte anerkennen zu müssen, daß es dem Angeschuldigten schwer fiel, regelmäßig Geld einzubekommen, in Anbetracht der hohen hinterzogenen Summe beantrage er — eine **Geldstrafe von 150 M.** eb. 15 Tage Haft. Das **Gericht** erkannte die „Milderungsgründe" in noch höherem Maße an. Es verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe **von 50 M.** ev. 10 Tage Haft.

Wie stellt sich die Rechnung für den Angeklagten? Hinterzogene Beiträge: 440 M., hierfür Strafe: 50 M., Reingewinn: 390 M.

Solche niedrigen Strafen wirken geradezu **als Anreiz** zu neuen Unterschlagungen, als Prämien für dieselben. Handelte es sich nicht um besonders schutzbedürftige öffentliche Institutionen und um Arbeitgeber, sondern etwa um Angestellte, die aus Not den zehnten Teil von 440 M. unterschlugen — **auf wieviel Gefängnis** würde dann erkannt sein?

Marktbericht von Berlin am 31. Januar 1912. nach Ermittelung des königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 10,00—14,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,80 Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,30—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 4,20—7,20. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,40. Aale 1,20—2,80. Zander 1,60—3,60. Hechte 1,20—2,00, Barsche 1,00—2,00, Schleie 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 4,00—30,00.

Unserem Abteilungsführer
Philipp Bernstein
zu seinem 50. Wiegenfeste die herzlichsten Glückwünsche und ein dreimal donnerndes Hoch!
Die Bezirksführer 6. Abt. I. Kreis (Hansaviertel).
Philipp, wir halten fest zusammen. 27636

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Frankfurter Viertel. (Bezirk 313.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Bauarbeiter
Emil Kiekeber
Palisadenstr. 52
gestorben ist. 212/16
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. Februar, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause aus auf dem Städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Den Genossen des 313. Bezirks zur Nachricht, daß unser Genosse
Emil Kiekeber
am 30. Januar verstorben ist.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 3. Februar, nachm. 2½ Uhr, vom Trauerhause, Palisadenstraße 52, aus nach dem städtischen Friedhof in Friedrichsfelde statt. 18022
Um rege Beteiligung ersuchen
Die Bezirksführer.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein für Bau- und gewerbliche Arbeiter Berlins und Umgegend.
Am 30. Januar verstarb unser Mitglied, der Bauarbeiter
Emil Kiekeber.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. Februar, nachmittags 2½ Uhr, vom Trauerhause, Palisadenstraße 52, aus auf dem städtisch. Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Rege Beteiligung erwartet
37/2 **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Sektion der Putzer.
Am Dienstag, den 30. Januar, verstarb nach langen Leiden unser Mitglied
August Linke
im Alter von 64 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Elsasser Straße 45/46, aus nach dem St. Evangelist-Kirchhof Barfusstraße, statt.
Rege Beteiligung erwartet
136/15 **Die örtliche Verwaltung.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meines unvergeßlichen Ehemannes
Richard Pritzkow
sage ich allen Freunden und Bekannten, besonders seinen Mitarbeitern der Wagenfabrik Erdmann u. Rossi und dem Deutschen Holzarbeiterverbande meinen innigsten Dank.
Witwe **Anna Pritzkow** geb. Stolzenburg, Pfalzburger Str. 5.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 31. Januar, verstarb unser Genosse, der Drechsler
Karl Bendin
Rheinsberger Str. 20.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. Februar, nachmittags ½3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drechsler
Karl Bendin
Rheinsberger Straße 20
im Alter von 50 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. Februar, nachmittags ½3 Uhr, von der Halle des Städt. Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
78/7 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 30. Januar verstarb unser Genosse, der Kassenbeamte
Julius Hesse
Schönhauser Allee 173.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
225/3 **Der Vorstand.**

Verband der Bureauangestellten
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß der Kollege
Julius Hesse
(Ortskrankenkasse der Schneider) am 30. Januar an Herzschlag verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
47/1 **Die Ortsverwaltung.**

Am 30. Januar verschied plötzlich unser lieber Kollege
Julius Hesse
infolge eines Herzschlages im besten Mannesalter. 2778b
Sein offener lauterer Charakter wird ihm bei seinen Kollegen ein dauerndes Andenken bewahren.
Die Angestellten der Ortskrankenkasse der Schneider, Berlin.

Am Dienstagabend entschlief nach kurzem schweren Leiden meine liebe Frau und herzensgute Mutter
Elise Thiem geb. Sauer.
Dies zeigt tiefbetrübt an
Hermann Thiem
Rixdorf, Idealpassage 4.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofs, Mariendorfer Weg, aus statt.

Am Montag, abends 11½ Uhr, folgte nach längerem Leiden unser bisheriger hochverehrter Chef
Herr Geheimer Kommerzienrat
Julius Pintsch
seinem erst kürzlich verstorbenen Bruder Oskar in den Tod.
Sein persönliches, liebenswürdiges Wesen hat viel zur Erhaltung des bestehenden patriarchalischen Verhältnisses zwischen der Firma und uns beigetragen.
Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Arbeiterschaft der Julius Pintsch Aktiengesellschaft
2762b **Berlin und Fürstenwalde.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und meine gute Mutter
Klara Wiegert
geb. Heyser
am 30. Januar nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Hermann Wiegert und Sohn.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 2773b

Sozialdemokrat. Wahlverein Neukölln.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, Frau
Elise Thiem
Ideal-Passage 4 (5. Bezirk), verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 3. Februar, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeindefriedhofes am Mariendorfer Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine inniggeliebte Frau, meine gute Mutter, unsere liebe Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Luise Schubert geb. Pooplow
am 1. Februar nach langem, schwerem Leiden im 73. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
Dies zeigen, mit der Bitte um stille Teilnahme, tiefbetrübt an
Im Namen der Hinterbliebenen
Ed. Schubert und Sohn.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrich-Werderschen Kirchhofes, Bergmannstr. 42—44, aus statt. 18012

Am Montag, den 29. Januar, verstarb nach langem Leiden der Schriftsetzer 2777b
Hans Rezer.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Verwandten.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr, auf dem neuen Michael-Kirchhof am Mariendorfer Weg statt.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme, welche uns bei dem Ableben unseres Geschäftsführers Herrn
Adolf Petruschke
Berlin, Brunnenstr. 35
von allen Seiten zugegangen sind, sagen wir auf diesem Wege unseren besten Dank. 102/11
Fahrrad-Haus „Frisch auf"
Offenbach a. M.
Der Aufsichtsrat. Die Geschäftsleitung.

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen, des Maurers
Anton Elsemüller
sagen wir allen Verwandten, Freunden, Genossen, insbesondere dem Genossen Schütte für die trostreichen Worte am Grabe sowie allen für die letzte Ehre, die sie ihm zuteil werden ließen, unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die aufrichtige Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden als Zeichen der Liebe und Verehrung bei der Beerdigung meines inniggeliebten Mannes, unvergeßlichen Sohnes, Bruders, Schwagers und Schwiegersohnes, des Kassierers vom Handels- und Transportarbeiter-Verband
Hermann Kartheuser
sage ich hierdurch im Namen der Hinterbliebenen herzlichen Dank allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Funktionären des Handels- und Transportarbeiter-Verbandes, dem Handels- und Transportarbeiter-Verband, dem Wahlverein Rixdorf und dem 20. Bezirk, der Berl. Gewerkschafts-Kommission und dem Bezirk Rixdorf-Britz-Treptow, den Beisitzern des Gewerbegerichts Rixdorf, dem Sparverein „Gute" und besonders den Rednern für die Nachrufe am Grabe des so früh Entschlafenen. 2767b
Rixdorf, 1. Februar 1912.
Elise Kartheuser.

Danksagung.
Für die innige Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres guten Vaters **Adolf Petruschke** sagen wir allen Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank. 2770b
Cl. Petruschke nebst Kindern.

Danksagung.
Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Begräbnisse meines lieben Mannes und unseres guten Vaters sagen wir dem Wahlverein Schöneberg, dem Deutschen Metallarbeiterverband, den Kollegen der Firma **Katzmann** sowie den Anschlägern und Einsetzern unseren tiefgefühlten Dank. Insbesondere dem Herrn **Küter** für die schönen Trostworte. 2769b
Frau Martha Kolbe und Kinder.

Stoffe
Damentuche für elegante Kleider, Paletots usw., Mtr. 2,50, 3,50, 4,50 M.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudtenstr. 20-21, vis-a-vis der Petrikirche.

Dr. Rothschild
Arzt für Nieren-, Blasen-Leiden
Potsdamer Str. 94, von der Reise zurück.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.
Ortsgruppe Berlin.
Touren
zum Sonntag, den 4. Februar:
1. Abt.: 2 Uhr: Pichelswerder (Alter Freund).
2. Abt.: Märkisches Museum. Treffpunkt: 1 Uhr: Stralauer Brücke 3 (Lehmann). Nachdem: Ecke, Schönleinstraße 6.
3. Abt.: 12 Uhr: Fußtour durch den Grunewald. 10/10
4. Abt.: 1½ Uhr: Kaulsdorf (Gesellschaftshaus).
5. Abt.: 1½ Uhr: Ravensteiner Mühle.
6. Abt.: 1½ Uhr: Plötzensee (Brotz).
7. Abt.: 1 Uhr: Glienicke a. Nordb. (Altermann).
8. Abt.: 2 Uhr: Wilhelmsaue (Gesellschaftshaus).
Start an den bekannten Stellen.

Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Die schönsten
Herren-Winter-Paletots u. Ulster und Anzüge in neu sowie speziell erstklassige, auf Seide gearbeitete Garderobe, von 4672L
Kavalieren getragen,
fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauchanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Hochbahnstation Kottbuser Tor.
Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Bekanntmachung.
Mit dem heutigen Tage ist die Allgemeine Ortskrankenkasse für Steglitz und Dahlem mit dem Sitze in Steglitz ins Leben getreten.
Die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer weisen wir auf die vom Bezirksausschuß zu Potsdam am 28. November 1911 genehmigten Statuten vom 25. August 1911 hin. Dieselben liegen der Nummer des Blattes bei, in dem diese Bekanntmachung erscheint.
Außerdem liegen die Statuten im Rathause zu Steglitz Zimmer 11 und im Geschäftshause des Gutsvorstandes zu Dahlem während 14 Tagen zur Einsichtnahme aus.
Das Geschäftslokal der Krankenkasse befindet sich in Steglitz, Martinstraße 8. 270/17
Steglitz, 29. Januar 1912.
Der Gemeindevorstand.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

Frack-Verleih-Institut
Frack-, Gehrock-, Smoking-Anzüge, für jede Größe passend, in großer Auswahl vorrätig. **S. Berg Nachf. Borchardt,**
Friedrichstr 115 i. a. Oranienburg. Tor. Tel. Nord 7402.

Schallplatten Verleih-Institut.
Auch nach auswärts. Prosp. gratis.
Karl Borbs, Berlin 69
Neue Königstrasse 38.

35 **Verkauf nur im Fabrikgebäude!** 35
Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf **nur** im **Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat.** — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35
Kein Laden — Kein Kaufzwang!

Jeder wähle
den durch seine Güte **unerreicht** dastehenden
Kapitän-Kautabak
General-Vertrieb: **Carl Röcker,** Berlin O 27, Grüner Weg 11.

Sie sollten sich elegant kleiden!
Wir stellen zu außergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf: **Posten gebrauchter Maß-Herren-Anzüge,** außerdem **Paletots, Ulster etc.,** für jede Figur (auch den stärksten Herrn) passend, auf Lager. Diese Sachen sind teils in feinsten Werkstätten (auch auf Seide) gearbeitet. Früherer Anschaffungspreis bis 120.— M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen, auch neu.

Jackett-Anzüge . . 9—14—19 M. etc.	Herren-Paletots 7—12—18 M. etc.
Rock-Anzüge . . . 12—16—22 M. etc.	Herren-Ulster . 12—16—20 M. etc.
Geh-Rock-Anzüge . 16—22—27 M. etc.	Herren-Hosen 2—3 bis 6 M.

Einzelne Fracks, Smokings, Jacketts etc.
Verleihung v. elegant. Fracks u. Gesellschaftsanzügen.

J. Wand Haupt-Geschäft: Große Frankfurter Straße 116, a. d. Andreasstr., II. Geschäft: Chausseestr. 89, III. Geschäft: Jägerstr. 11.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 2. Februar 1912.

Anfang 7½ Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der Rosenkavalier.
Kgl. Schauspielhaus. Der Bettler von Syrakus.
Deutsches. Turandot.
Haverland. Spezialitäten.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann. Gala-Vorstellung.
Zirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Dr. Schubotz: Schilderungen von der letzten Zentralafrika-Expedition Seiner Hoheit des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg. Hörsaal: Prof. Eckstein: Winter im Walde.
Kammerspiele. Der Arzt am Scheidewege.
Lessing. Der Biberpelz.
Neues Schauspielhaus. Fiat justitia!
Residenz. Alles für die Firma.
Kurfürstenoper. Der Schmuck der Madonna.
Komische Oper. Der Waffenschmied.
Westen. Russisches Ballett.
Lustspielhaus. Die Damen des Regiments.
Berliner. Große Rosinen.
Neues Operetten. Eva.
Schiller O. König Heinrich.
Schiller-Charlottenburg. Maskerade.
Friedr.-Wilh. Schauspielhaus. Talfun.
Neues. Geschlossen.
Luisen. Sommerspuk.
Rose. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Kleines. Lotchens Geburtstag. Gentz und Fanny Elßler. Hochenjos.
Metropol. Die Nacht von Berlin.
Trianon. Das kleine Café.
Thalia. Polnische Wirtschaft.
Casino. Der Kampf ums Dasein.
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Herrnfeld. Schmerzlose Behandlung. Das Kind der Firma.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Königstadt-Kasino. Ein dunkler Punkt. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.

Anfang 8¼ Uhr.

Folies Caprice. Mandelblüth's Polterabend. Losgelassen. Waffenübung.
Walhalla. Teufel, das hat eingeschlagen!
Noack. Die Bettlerin und ihr Kind.
Voigt. Pfeffer-Rösel.

Anfang 8½ Uhr.

Neues Volkstheater. Fritzchen. — Der zerbrochene Krug.
Belle-Alliance. Trilby.

Sternwarte, Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Wagner-Theater.
Freitag, abends 8 Uhr: **König Heinrich.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Der Probepfeil.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Der Probekandidat.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Der Probepfeil.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr: **Maskerade.**
Sonnabend, nachm. 3½ Uhr: **Prinz Friedrich von Homburg.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Emilia Galotti.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Maria Stuart.**
Sonntag, abends 8 Uhr: **Die Wildente.**

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: **Große Rosinen.**

Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: **Die 5 Frankfurter.**

Neues Theater.
Heute geschlossen. — Morgen 7½ Uhr: Zum 1. Male: **Der liebe Augustin.**
Sonntag 3½ Uhr: **Der fidele Bauer.**

Theater des Westens.
8 Uhr: **Russisches Ballett.** Kleopatra, Geist der Rose, Polowetzer Tänze, Scheherazade.
Sonntag 3½ Uhr: **Fatinitza.**

Luisen-Theater.
Anfang 8 Uhr. **Aus Mangel an Beweisen.**
Sonnabend 4 Uhr: Das Hans und Liesel im Zauberwald erlebten.
Abends 8 Uhr: Sommerspuk.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr: **Alles für die Firma.** (Aimé des femmes.)
Schwank in 3 Akten von M. Hennequin u. G. Mitchell. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Bolten-Backers.
Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr: **Das kleine Café.**

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr: Dr. Schubotz: Schilderungen von der letzten Zentralafrika-Expedition Seiner Hoheit des Herzogs Adolf Friedr. zu Mecklenburg.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Eckstein: **Winter im Walde.**

Belle-Alliance-Theater.

8½ Uhr: Letztes Gastspiel **Ferd. Bonn** in „Trilby".
Ab morgen täglich: Napoleon Bonaparte und seine Frauen. Gastsp. Bonn als Napoleon Bonaparte.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr: **Des Meeres und der Liebe Wellen.**
Trauerspiel in 5 Akten v. Grillparzer.
Sonnabend 4 Uhr: Eiskönig und Goldprinzeßchen. 8 Uhr: Salon und Kloster.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von B. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schultz.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr: **Vollständig neues Programm.**
8 für Berlin neue Debüts!
10 Uhr: Der Gipfel der Komik **Paul Beckers** das „Original".

Herrnfeld Theater

Nur noch bis Montag, 5. Febr.:
Das Kind der Firma
und
Schmerzlose Behandlung.
Dienstag, den 6. Februar:
Premiere der Novitäten:
Wie man Männer bessert.
Komödie in 2 Akten von Anton und Oscar Herrnfeld, und
Der Hausteufel.
Schwank in 1 Akt v. H. Pohlmann.
Billetts ab heute zu haben.

Passage-Theater.

Schneider-Duncker
Carl and Lotty
die berühmt. Excentr.-Tänzer.
Luise Schäfer
Vortragskünstlerin.
The Hevaldos Truppe
d. best. Schleuderbrett-Akrob.
und d. Febr.-Glanzprogr.
14 erstkl. Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.

Das Londoner Mirakel
Die Frau in der Kanne!
Befreiung aus d. Wassergrab.
Lebend! Lebend!
Fakir-Truppe
15 Personen in ihren religiösen **Märtyrer-Produktionen**
Wochentags 4—7 Uhr: **Lichtspiele**
Ohne Extra-Entree.

Voigt-Theater.

Gesundbrunnen Badstraße 56.
Freitag, den 2. Februar 1912:
Pfeffer-Rösel.
Schauspiel in 5 Akten.
Kassenöffnung 7, Anfang 8½ Uhr.
Mittwoch, 7. Februar: Zum Benefiz für Baumeister: Ein armer Edelmann.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Neu! Neu!
Pantoffel-Helden.
Burleske n. Reichardt.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

„CLOU"

Berliner Konzert-Haus.
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert u. Zillerthaler und Tegernseer Sänger, Plattler u. Jodler!
Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen **Wochentagen** nachmittags: **Gr. Promenaden-Konzert** bei **freiem** Eintritt.

Brauerei Friedrichshain

am Königstor.
Größte Sehenswürdigkeit Berlins.
Heute Freitag: Elite-Tag.
Gratisverteilg. von 200 Wertgegenständen.
Größter Bock-Jubel u. Trubel. Auf der Alm.
Die berühmtesten Festwirte **Ehrengruber** und **Weinzierl.**
4 Kapellen. 100 Oberbayern.
Anfang 8 Uhr. Entree 80 Pf.
Passierkarten haben volle Gültigkeit.

6 Tage-Rennen

im

Sport-Palast

3.—9. Februar.

Alleiniger Vorverkauf bei **A. Wertheim,** seinen Theaterkassen und Filialen.

Kammer-Licht-Spiele

Am Potsdamer Platz
Königgrätzer Str. Ecke Köthener Str.
neben dem Potsdamer Bahnhof
Größtes und elegantestes
Lichtspiel-Theater
neu erbaut nach Plänen des Geheimrat Prof. Schwechten

Eröffnung

Sonnabend, den 3. Februar
abends 7¼ Uhr

Prolog: gesprochen von **Josef Giampietro** vom Metropol-Theater und Hofschauspieler **Schmidthäßler**

Der Billettverkauf zur Eröffnungs-Vorstellung beginnt ab Sonnabend 10 Uhr morgens an den Theaterkassen

Telephonische Billettbestellungen können nicht berücksichtigt werden

Von Sonntag, den 4. Februar ab
täglich Vorstellung von 4—11 Uhr
Preise der Plätze:
75 Pf., 1.00, 1.25, 1.50, 2.00, Logen 3.00 M.

Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.

Täglich:

Bockbierfest in den bayer. Alpen

Neu! Gebirgsterrasse. Neu!
Wunderbare Alpendekoration in sämtlichen Sälen.
8000 Personen fassend.
Wochentags 4 Kapellen. Sonntags 5 Kapellen.
30 bayerische Mad'l.
Anfang: Wochentags 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree: Wochentags 30 Pf., Sonntags 50 Pf.

Zirkus A. Schumann

Freitag, den 2. Februar, abends 7½ Uhr:
Das große Galaprogramm und
Neu! **Momy I.**
der Affenmensch vom Kongo, arbeitet selbständig, ohne menschliche Assistenz!
Um 9 Uhr das prachtvolle Ausstattungsstück
Das Motorpferd
in 5 Akten.
Dieses große Ausstattungsstück zu übertreffen ist unmöglich!
Sonntag in beiden Vorstellungen (3 Uhr und 7½ Uhr): Das große Ausstattungsstück: **Das Motorpferd.**

Zirkus Busch

Heute abend 7½ Uhr:
Große Galavorstellung.
Zum 1. Male in Deutschland!
Forts. der großen japanischen **Ringkämpfe!**
20 Teilnehmer der besten japanischen Ringerklasse **20.**
Nähere Einzelheiten über den Ringkampf und die Teilnehmer im Programm.
Clown Armando mit seinen dressierten Tieren.
Das boxende Känguruh
Um 9¼ Uhr: Gastsp. Gertrud Arnold: **Die Hexe.**
Vorher das gr. Galaprogramm.

Sarrasani

Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.
Abends 7½ Uhr: Das berühmte, echte Circus-Programm.
Sonnabend und Sonntag 3 Uhr und 7½ Uhr: **Zwei Vorstellungen**
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen, Militärs bis zum Feldwebel auf allen Sitzplätzen halbe Preise.
Vorverkauf a. d. Circuskasse und an sämtlichen Billettverkaufsstellen von A. Wertheim.
Galerie **40** Pf., III. Platz **70** Pf., II. Platz **1,20** M., I. Platz 2 M., Parkett 3 M., Loge 4 M.

Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Die Bettlerin und ihr Kind.
Schauspiel in 5 Akten von Weißner.
Anfang 8¼ Uhr. Bons usw. gültig.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Casino-Theater

Lothringer Str. 37. Anfang 8 Uhr.
Der größte Theatererfolg!
Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben entnommen. — Sonntag nachm. 3½ Uhr: **Der selige Hollschindsky.**

Königstadt-Kasino.

Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
Täglich Varieté und Theater.
Vom 1.—16. Februar
Riesenprogramm.
In jeder Vorstellung:
Ein dunkler Punkt.
Burleske mit Gesang in 2 Bildern.

Folies Caprice.

Täglich 8¼ Uhr:
Losgelassen.
Waffenübung.
Mandelblüths Polterabend.

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstrasse.
Eis-Arena.
Nachmittags: **Militär-Konzert.**
Kunstlauf-Produktionen.
Abends die Novitäten: Tänze a. d. Eise, Rheinländer, Russisch, Engl., Alt-Wiener Walzer und **Die kleine Charlotte.**
Der norwegische Meister **Harry Paulsen** sowie d. prächt. Eisballett **Alpenzauber.**
Bis 6 Uhr und von 10½ Uhr **halbe** Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

Achtung! **Putzer.** **Achtung!**

Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10½ Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag über das Gewerbegerichtsverfahren. Referent: Arbeitersekretär **Ad. Ritter.**
2. Aufstellung und Diskussion über die Kandidaten zum Sektionsvorstand für das Jahr 1912/13.
3. Wahl eines Wahlkomitees und Verschiedenes.

Hinsichtlich der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jeden Mitgliedes, pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen.

136/14 **Die örtliche Verwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, 1239. Charitéstr. 3. Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, 1987.

Achtung! **Schlosser!** **Achtung!**

Sonntag, 4. Februar, vorm. 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshain, am Friedrichshain 16/23, großer Saal:

Branchenversammlung der Schlosser Berlins u. Umg.

Tagesordnung:

1. Bericht der Tarifkommission. 2. Diskussion.

Kollegen! Da in dieser Versammlung über unsere Tarifvorlage Beschluß gefaßt wird, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Sorgen Sie alle für einen zahlreichen Besuch dieser Versammlung. Keiner von Ihnen darf fehlen, damit ein jeder unterrichtet ist.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

111/16 **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 3:

Versammlung der Dachdeckerhilfsarbeiter.

Tagesordnung:

1. Bericht der Delegierten vom Gautage. 2. Verbandsangelegenheiten.

51/3

Pflicht aller Berufsgenossen ist es, in dieser äußerst wichtigen Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosensaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung!

Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagnachmittag von 3—8 Uhr abends ist der Arbeitslosensaal im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, als Lesesaal für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus.

Auch stehen den Besuchern Unterhaltungsspiele zur Verfügung.

Die Werkstattvertrauensmänner werden gebeten, die Lehrlinge auf den Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen. 78/6

Verband der Lederarbeiter

Filiale Berlin I.

Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, Prinzenallee 33:

Versammlung.

Tagesordnung:

1. Lohnbewegungen. 2. Vereinsangelegenheiten.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt, daß jeder Kollege zur Stelle ist.

143/3 **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Kunststeinversetzer

Montag, den 5. Februar, abends 8 Uhr:

Sektionsversammlung

im Saal 10 des Gewerkschaftshauses, Engelufer Nr. 15.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht. 2. Neuwahl des Sektionsvorstandes. 3. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen aller Sektionsangehörigen erwartet

Der Obmann.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 4. Februar, pünktlich mittags 1½ Uhr:

Außerordentliche

General-Versammlung

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58—59.

Tagesordnung:

Bericht von der Gaukonferenz in Wittenberg. — Beratung und Beschlußfassung der Anträge zum Verbandstage in München.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Mitglieder der Zahlstelle Berlin werden dringend ersucht, zu dieser Versammlung zu erscheinen. **Die Verwaltung.**

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei.

(Eingeschriebene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Reinickendorf-Ost, Willestr. 62.

Sonnabend, den 17. Februar 1912, abends 9 Uhr:

Ordentliche

General-Versammlung

im Versammlungszimmer der Bäckerei.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates. 2. Vorlegung der Bilanz und Beschlußfassung über dieselbe. 3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 4. Statutenänderung. 5. Anträge. 6. Verschiedenes.

Die Bilanz liegt den Genossen im Kontor der Bäckerei zur Einsicht aus.

102/8 **Der Vorstand.**

Anzug-Woche

Schluß Sonntag. — Sonntag nur von 12—2 geöffnet.

Aeußerst günstige Kaufgelegenheit für neueste Frühjahrs-Anzüge zu besonders billigen Preisen!

Hervorragende Leistungen unserer Kleider-Werke

Serie I

Herren-Sakkoanzüge 25.50

1- und 2 reihig. Modernste Cheviots und Kammgarne für jeden Geschmack ..... nur M.

Serie II

Herren-Sakkoanzüge 34.50

1- u. 2 reihig. Englische Muster und vorzügliche Verarbeitung ..... nur M.

BaerSohn

Kleider-Werke ▫ Deutschlands größte Fabrik dieser Art

Chausseestraße 29-30
Gr. Frankfurter Straße 20

11 Brückenstraße 11
Schöneberg, Hauptstr. 10

Jeglicher Nachdruck verboten.

Der Haupt-Katalog Nr. 45 (Letzte Moden) kostenfrei

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Bureau: Melchiorstr. 28, part. Fernspr.: Amt Moritzplatz, 4787. **Filiale Berlin.** Arbeitsnachweis: Rückerstr. 9, Fernspr.: Amt Norden, 6708.

Heute Freitag, den 2. Februar, abends 8 Uhr:

Versammlung der Küchenmöbel-Branche

im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tagesordnung:

1. Bericht und Neuwahl der Branchenleitung.
2. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert:

Wir erwarten, daß die Kollegen vollzählig erscheinen.

127/3 **Die Branchenleitung.**

Mutter und Kinder

kennen die Vorzüge von **Palmin** (Pflanzenfett) und **Palmona** (Pflanzen-Butter-Margarine) als Speisefett und als Brotaufstrich. Diese Produkte sind von absoluter Reinheit, leicht verdaulich (kein Aufstoßen, kein Sodbrennen!), sehr preiswert und gänzlich frei von tierischen Fetten. – Man vermeide die zahlreichen Nachahmungen, betrachte ihr Vorhandensein vielmehr als einen Beweis für die vorbildliche Qualität unserer Produkte.

H. Schlinck & Cie. A.-G.

NB. Palmin setzt auch „weich" (schmalzähnlich) zu haben.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme.

Zentrum: Albert Hahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, W.: Gust. Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hochparterre. S. und SW.: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 120. — Richard Hackelbusch, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15.
5. Wahlkreis: Leo Lucht, Immanuelkirchstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
Wedding: R. Hönisch, Nazarethkirchstraße 49.
Rosenthaler und **Oranienburger Vorstadt:** Wilhelm Baumann, Rheinsbergerstr. 67, Laden.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Greifenhagener Str. 27.
Adlershof: Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Köpenickerstr. 6.
Baumschulenweg: H. Hornig, Marienthalerstr. 18, I.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönow und **Schönbrück:** Heinrich Brose, Mühlenstr. 5, Laden.
Bohnsdorf und **Falkenberg:** Alois Lauf, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus „Paradies".
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seelenheimerstraße 1
Eichwalde: Oskar Mahle, Stubenrauchstr. 92.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Fredersdorf-Petershagen: E. Höfelbarth, Petershagen.
Friedenau-Steglitz-Südende-Groß-Lichterfelde-Lankwitz: H. Bernsee, Alsenstr. 5 in Steglitz.
Friedrichshagen: Ernst Berkmann, Köpenicker Straße 18.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal: Pielicke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6.
Karlshorst: Richard Rüter, Rödestr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Bahnhofstr. 13.
Köpenick: Emil Witzler, Kietzerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifel, Wartenbergstraße 1 (Laden).
Mahlsdorf, Kaulsdorf: P. Hetzberg, Kaulsdorf, Ferdinandstraße 17.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 296, Hof.
Marienfelde: Emil Weinert, Dorfstr. 14.
Neuenhagen: Gustav Ley, Wolterstraße.
Nieder-Schöneweide: Gehrt, Britzerstr. 6.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: Alfred Bader, Wilhelminenhofstr. 17 II.
Pankow-Niederschönhausen: Ritzmann, Mühlenstr. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und **Schönholz:** P. Gurich, Provinzstr. 56, Laden.
Rixdorf: R. Heinrich, Neckarstr. 2, im Laden; Rohr, Siegfriedstraße 28/29.
Rummelsburg, Boxhagen: A. Rosenkranz, Alt-Boxhagen 56.
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 69, im Laden.
Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seegefeld und **Falkenhagen:** Köppen, Breitestr. 64.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und **Reinickendorf-West:** Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstraße 10.
Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16.
Tempelhof: Franz, Berliner Straße 76, Laden.
Treptow: Rob. Gramenz, Kiefholzstraße 412, Laden.
Weißensee: K. Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterre.
Wilmersdorf-Halensee-Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmsaue 26.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Hüttig, Zeuthen, Dorfstr. 15.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Fuss-Schmerzen!

Ermüden Sie leicht, haben Sie Schmerzen in der Hacke, im Mittelfuss, am Ballen, auf der Sohle? — so wenden Sie sich an das einzige **Spezialgeschäft:** Berlin W. 19. **Fuss-Heil-Einlagen-Manufaktur**

Neue Winterfeldtstraße 45, nahe Winterfeldtplatz, und Hochbahn Nollendorfplatz

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Flugblattverbreitung für Berlin und größere Vororte

findet heute Freitag, den 2. Februar, abends 7 Uhr von den bekannten Stellen aus statt.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg. Sonntag, den 4. Februar, früh 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Steglitz. Die Flugblattverbreitung findet nicht heute Freitag, sondern Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10 Uhr von den Bezirkslokalen aus statt.

Treptow-Baumschulenweg. Heute abend 7½ Uhr: Flugblattverbreitung von sämtlichen Bezirkslokalen aus. Der Vorstand.

Adlershof. Am Sonntag, den 4. Februar, vormittags 8 Uhr, vom „Jugendheim“, Bismarckstraße 11, aus: Wichtige Flugblattverbreitung.

Britz. Heute Freitagabend 8 Uhr: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Pankow. Heute abend ½8 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus. Die Bezirksleitung.

Marienfelde. Am Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr bei Schuster, Kirchstr. 68: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Karl Kalinowski: „Die sozialen Zustände im alten Rom vor seinem Untergang.“ 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung sowie zu Groß-Berlin.

Reinickendorf-Ost und West. Heute abend von 7 Uhr ab: Flugblattverbreitung. Am Sonntag findet eine Hausagitation statt. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Heute Freitag 7 Uhr abends: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Franz.-Buchholz. Heute Freitag, den 2. Februar, abends 7½ Uhr: Flugblattverbreitung im ganzen Bezirk. Sonntag, den 4. Februar, vormittags 10½ Uhr ab: Hausagitation.

Staaken. Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 3 Uhr, arrangiert der hiesige Wahlverein in Gnädigs Gasthof eine Siegesfeier unter Mitwirkung des Gesangvereins „Männerchor Moabit“ und des Tamboricalklubs „Edelweiß“. Die Festrede hält Reichstagsabgeordneter Dr. K. Liebknecht. Nachdem Ball. Wir bitten die Spandauer und Seegefelder Genossen, diese Feier recht zahlreich zu besuchen. Das Komitee.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

hatte gestern endgültig zu beschließen über das Projekt der Schnellbahn Gesundbrunnen — Rixdorf, deren Bau und Betrieb der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft überlassen werden soll. Die sozialdemokratische Fraktion machte aufs neue den Versuch, zu verhüten, daß hier wieder einer privaten Erwerbsgesellschaft dieses für das Verkehrswesen Berlins so wichtige Unternehmen auf drei Menschenalter überlassen wird. Genosse Heimann begründete die Notwendigkeit und Möglichkeit der Ausführung durch die Gemeinde in einer Rede, die noch einmal die ganze Verkehrspolitik der Stadt beleuchtete. Er erinnerte an die schlimmen Erfahrungen, die Berlin mit den das Verkehrswesen beherrschenden Gesellschaften gemacht hat. Aber die freisinnige Mehrheit hatte nicht Lust, sich auf große Debatten einzulassen. Nach einer kurzen Erwiderung des Stadtverordneten Jacobi, der dem Freisinn in Verkehrsfragen allemal als der „richtige Mann“ gilt, wurde der Antrag unserer Genossen, der der Gemeinde den Bau und Betrieb der geplanten Schnellbahn als Aufgabe zuwies, abgelehnt. Sodann wurde in der Gesamtabstimmung der ganze Vertrag mit den vom Ausschuß vorgeschlagenen Aenderungen angenommen. Gegen ihn stimmte die sozialdemokratische Fraktion.

Um die Frage der Neubesetzung des Stadtratpostens, der durch Stadtrat Bohms Tod frei geworden ist, entbrannte ein heftiger Redekampf, weil bei dieser Gelegenheit der berechtigte Wunsch, das Magistratskollegium um die schätzenswerte Kraft eines Stadtmedizinalrats zu bereichern, von neuem vorgebracht wurde. Als Stadtverordneter Körte diese alte Forderung begründete, wurde Oberbürgermeister Kirschner nervös und wehrte sich gegen den dem Magistrat zugedachten ärztlichen Fachmann mit der eigensinnigen Hartnäckigkeit, die er in dieser Frage schon früher gezeigt hat. Herrn Körtes Meinung, daß der Magistrat einen tüchtigen Medicus in seiner Mitte sehr gut brauchen und dafür einen Juristen opfern könne, wurde von Herrn Kirschner als „Kühnheit“ bezeichnet. Soll's eine „Kühnheit“ sein, den übrigen Juristen im Magistrat ein ausreichendes Quantum Weisheit zuzutrauen? Daß Berlin einen Stadtmedizinalrat nötig hat, wies auch Genosse Weyl nach. Nach langem hin und her endete die Debatte mit der Annahme des den Stadtmedizinalrat fordernden Antrages Körte. Der Ausschuß, der die Wahl vorzubereiten hat, wird sich darüber schlüssig zu machen haben.

Eine scheinbar sehr geringfügige Angelegenheit, die vom Magistrat beantragte Zusammenlegung mehrerer Armenkommissionen, führte zu einer sehr erregten Aussprache. Genosse Hoffmann fragte an, warum dabei ausgerechnet die Kommission 81a aufgelöst und ihre Teile den benachbarten Kommissionen zugeschlagen werden sollen. Sie ist diejenige Kommission, die vor Jahren dadurch berühmt geworden ist, daß in ihr sitzende bürgerliche Herren sich gegen das Zusammenarbeiten mit einigen neu gewählten, zur Sozialdemokratie gehörenden Mitgliedern wehrten und auch die Hinzuziehung von Frauen als unerwünschte Neuerung empfanden. In diese Kommission wurde dann, nachdem die bürgerlichen Protestler ihre Aemter niedergelegt hatten, ein Sozialdemokrat nach dem dem anderen hineingewählt, und schließlich wurde sogar einer Frau, der Genossin Gerndt, das Amt des Vorstehers übertragen. Die Angriffe, die Genosse Hoffmann wegen der Absicht, gerade diese Kommission aufzulösen, gegen die Armendirektion richtete, scheuchten auch mal den jetzigen Chef des Armenwesens, den Stadtrat Kalisch, aus seinem Schlummerstuhl auf. Genosse Hoffmann und mit ihm die Genossen Hintze und Dupont machten trotz allen Erklärungen des Herrn Stadtrats und seiner Leute kein Geheimnis aus ihrer Meinung über den Zweck der Aufteilung dieser Kommission. In einem Ausschuß soll weiter darüber verhandelt werden.

Die Stärke der Gruppen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist folgende: Die Fraktion der alten Linken zählt 55 Mitglieder, die sozialdemokratische 43, die Freie Fraktion 30 und die Neue Linke 16 Mitglieder. Früher bestand noch eine fortschrittliche Gruppe, die sich aber nicht halten konnte. Die letzten vier Mitglieder sind der Freien Fraktion beigetreten, die verstärkt wurde durch den Hinzutritt von einigen Mitgliedern der alten Linken, die erklärten, nicht länger unter der Casselschen Herrschaft bleiben zu wollen. Trotz einiger Nüancen sind die bürgerlichen Gruppen nach ihrer Meinung alle liberal.

Freistellen an Realschulen. Aus dem Rathause wird berichtet: In den Jahren 1905—1911 sind durchschnittlich 76 Proz. aller Schüler der städtischen Realschulen ehemalige Gemeindeschüler gewesen. Davon hatten in den Realschulen ehemalige Gemeindeschüler Freistellen in den Klassen IV 8,35 Proz., III 12,47 Proz., II 15,09 Proz., I 18,89 Proz. Bisher erhielten 10 Proz. der Knaben in den Klassen IV—I Freischule. Außerdem kamen die an den Vollanstalten ersparten Freistellen den Realschülern zugute, so daß tatsächlich über 13 Proz. dieser Schüler unentgeltlichen Unterricht erhielten. Die Klassen VI und V der Realschulen kommen hierbei nicht in Betracht, weil in diesen Klassen nur Elementarunterricht erteilt wird und daher Freistellen nicht verliehen werden. Um einer noch größeren Zahl würdiger und bedürftiger Schüler der Gemeindeschulen die Wohltat des unentgeltlichen Besuches der Realschulen zu gewähren, wird beabsichtigt, die Zahl der Freistellen an den Realschulen von 10 auf 12 Proz. zu erhöhen.

Schwere der Postkarte und Strafporto. Ein Leser unseres Blattes sendet uns eine aus Stolp zugegangene Ansichtspostkarte, für die er, obgleich sie mit einer Fünfpfennigmarke frankiert war, 15 Pfennig Strafporto zahlen mußte. Als Grund zu dieser Maßnahme fand sich auf der Karte der Vermerk: „Zu schwer!“ Es wird vielen Leuten nicht in den Kopf wollen, daß man für eine frankierte Karte Strafporto zahlen muß, weil sie „zu schwer“ ist. Und doch ist dem so. Nach den Vorschriften der Postverwaltung dürfen Postkarten, die in der Privatindustrie hergestellt worden sind, das Doppelte des Gewichts der amtlich ausgegebenen Postkarten nicht überschreiten. Die uns vorliegende Karte überschreitet das zulässige Gewicht. Die Privatindustrie sollte sich bei Herstellung von Ansichtskarten an die postalischen Bestimmungen kehren, damit dem Publikum Aerger und Kosten erspart bleiben.

Ein Vorortzug in eine Kolonne hineingefahren.

Ein folgenschweres Unglück, wobei eine Person tödlich und eine zweite lebensgefährlich verletzt wurden, hat sich gestern morgen in der siebenten Stunde am Bahnhof Gesundbrunnen ereignet. Auf der nördlichen Vorortstrecke in der Nähe des Verbinders hatte eine Kolonne von Streckenarbeitern den Schnee, der sich infolge der Verwehungen auf den Schienen angesammelt, gefegt. Es herrschte in jener Stunde noch starker Nebel, so daß die Arbeiter mit der größten Vorsicht zu Werke gehen mußten. Als nun von dem Bahnhof Gesundbrunnen ein Vorortzug herangebraust kam, traten die Leute beiseite, um nach dem Nebengleis hinüber zu gehen und den Zug vorüber zu lassen. In diesem Augenblick kam aber auch aus der anderen Richtung von Wittenau her ein Vorortzug herangefahren. Diesen vermochten die Arbeiter bei dem Nebel nicht früh genug zu sehen, so daß es zu einer Katastrophe kommen sollte. Einigen der Gefährdeten gelang es noch, zurückzuspringen, doch wurden drei von ihnen von der Lokomotive erfaßt. Die Maschine war direkt in die Leute hineingefahren und richtete sie schrecklich zu. Gut davon kommen sollte nur einer der Verunglückten, der äußere Hautabschürfungen davontrug. Dagegen wurde der 24jährige Streckenarbeiter Fritz Lemke, Swinemünder Str. 72 wohnhaft, furchtbar verstümmelt. Dem Aermsten wurde der linke Fuß vollständig abgefahren, die Beine und Arme gebrochen und der Schädel eingedrückt. Schwer verletzt wurde ferner der gleichaltrige Streckenarbeiter Karl Jordan, ebenfalls Swinemünder Str. 72 wohnhaft. J. erlitt einen komplizierten Schädelbruch sowie Verletzungen im Gesicht. Nur noch schwache Lebenszeichen von sich gebend wurde L. nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht, wo er bald nach der Einlieferung starb. Auch J. fand in dem Krankenhause Aufnahme. Sein Zustand gibt gleichfalls zu den größten Besorgnissen Anlaß. Ob an dem Unglück einer dritten Person eine Schuld beizumessen ist, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. Es ist eher anzunehmen, daß die Katastrophe allein dem starken Nebel, der den Leuten die Aussicht fast gänzlich versperrte, zuzuschreiben ist. Die Leiche des L. ist von der Polizei beschlagnahmt worden.

Der Lokomotivführer wurde sofort einem Verhör unterzogen, in welchem er angab, daß er durch die Rauchentwickelung des ihm entgegen kommenden Zuges und durch den morgens herrschenden Nebel am Sehen behindert worden sei, so daß er den Unfall nicht verhüten konnte.

Wenn Lehrer prügeln,

so haben sie mindestens zu verhüten, daß der geprügelte Schüler eine Gesundheitsschädigung erleidet. Kommt es bei einer Prügelexekution zu einer Verletzung, die über den Zweck der Züchtigung hinausgeht, so fällt die Verantwortung dem Lehrer zur Last. Oder vielmehr: sie sollte ihm zur Last fallen — meinen die Eltern.

Lehrer sind meist anderer Meinung. Sie lehnen in der Regel die Verantwortung für nichtgewollte Wirkungen ihres Stockes ab, und leider stimmen nur zu oft nicht nur ihre Vorgesetzten ihnen bei, sondern auch Gerichte. Das Ergebnis ist, daß nicht der prügelnde Lehrer, sondern das geprügelte Kind verantwortlich zu machen sei für Verletzungen, die entstanden sind. Das Kind hat schuld, weil es nicht nach Vorschrift still hielt; der Lehrer aber ist schuldlos, denn er hat das nicht voraussehen können. So sagen Leute, die „etwas von der Sache verstehen“: Lehrer und Lehrerinnen, Schulinspektoren, Richter. Manche Eltern vermögen es auch dann noch nicht zu fassen, daß ein Pädagoge, der das Prügelrecht hat und gebraucht, nicht nötig haben soll, sich alle möglichen Folgen klar zu machen.

Auch die Schuldeputation der Stadt Berlin ist der Ansicht, daß ein prügelnder Lehrer nicht zu wissen braucht, wie geprügelte Kinder sich während einer Prügelexekution zu benehmen pflegen. Einen von diesem Gesichtspunkte ausgehenden Bescheid hat sie einem Vater gegeben, der ihr eine Beschwerde gegen einen an der 189. Gemeindeschule (Stephanstraße) tätigen Lehrer eingereicht hatte, weil dieser in Klasse III.M. dem Sohn des Beschwerdeführers einen Finger mit seinem Rohrstock verletzt hatte. Die Verletzung war entstanden, während der Lehrer dem Jungen einige Stockhiebe über das Gesäß gab. Die Schuldeputation antwortete dem Vater folgendes:

„Nach dem Bericht des Herrn Domaszewski und des Herrn Rektor Hoffmann hat Herr Domaszewski leider, als er Ihren Sohn aus berechtigten Gründen züchtigte, auch die Hand des Knaben verletzt. Doch hat der Knabe offenbar selbst schuld, da er die Hand hingehalten hat, als der Lehrer den Schlag nicht mehr aufhalten konnte. Das ist bedauerlich, die Schuld trifft aber allein den Knaben selbst.“

Aus dem Wortlaut dieses Bescheides kann geschlossen werden, daß die Schuldeputation sich lediglich auf die Angaben des Lehrers Domaszewski und des Rektors Hoffmann stützt. Das entspräche auch dem Verfahren, das die Schuldeputation bei solchen Untersuchungen leider als zulässig ansieht. Wir selber haben nichts darüber zu ermitteln vermocht, daß auch der geprügelte Knabe oder Mitschüler von ihm über den Sachverhalt befragt worden seien. Sollte das aber geschehen sein, so müssen wir annehmen, daß die Befragung nicht sehr eindringend gewesen sein kann. Unsere eigenen Ermittelungen haben ergeben, daß Lehrer Domaszewski jenen Schüler bei der Züchtigung genötigt hat, sich über die Tischplatte zu bücken und dabei mit beiden Händen den Hosenboden zu fassen und straff zu ziehen. Man versichert uns, dieses Verfahren sei bei Herrn Domaszewski überhaupt üblich. Wir verstehen nun nicht, wie unter solchen Umständen die Schuldeputation antworten konnte, daß „der Knabe offenbar selbst schuld“ habe. Ist das die Meinung der Schuldeputation, obwohl sie weiß, daß der Junge bei der Prügelei die Hände an die Hosen legen mußte? Oder hat sie dem Vater die oben wiedergegebene Antwort erteilt, ohne über diesen Sachverhalt sich unterrichtet zu haben? So oder so, in jedem Fall muß der Bescheid der Schuldeputation allen Eltern zu denken geben.

Der Vater hat sich an uns erst gewandt, nachdem er diesen durchaus unbefriedigenden Bescheid erhalten hatte. Er hätte nicht mal die Schuldeputation angerufen, wenn Herr Domaszewski ihm gegenüber sich entschuldigt hätte. Rektor Hoffmann sagte dem Vater, man könne doch nicht „Abbitte“ von dem Lehrer fordern; sein Verhalten erkläre sich übrigens — so verstand der Vater — aus Ueberlastung. Wenn der erst 30jährige Lehrer Domaszewski etwa sich wirklich überlastet fühlt, so sollte die Schuldeputation einmal untersuchen, woran das liegt. Und wenn er als prügelnder Lehrer nicht weiß, daß bei Schlägen auf das Gesäß eine die Hosen haltende Hand die geschlagene Stelle zu schützen suchen wird, so sollten seine Vorgesetzten ihm das sagen.

Aus der Auffassung, daß ein Lehrer für die ungewollten Wirkungen seines Stockes nicht einzustehen brauche, müßte für die Lehrerschaft und für die Schulbehörden sich die Schlußfolgerung ergeben, daß auf das Prügelrecht, in Anbetracht seiner Gefahren für die Kinder, am besten überhaupt zu verzichten sei. Wir möchten hier auf ein Vorkommnis hinweisen, das sehr viel schlimmer als das oben geschilderte verlaufen ist und allen Pädagogen in Schule und Haus als ernste Warnung dienen kann. Ein Berliner Gemeindeschullehrer hat vor einiger Zeit mit einem Schlag, den er nach dem Rücken eines 10jährigen Mädchens führte, den Nacken getroffen, da das Mädchen dem Schlag ausweichen wollte. Die Folge war eine Nervenlähmung, die eine langwierige ärztliche Behandlung nötig macht.

Es ist die „Pädagogische Zeitung“, der wir diese Mitteilung entnehmen. Sie berichtet über den Fall, weil diesmal ein Schulinspektor und auch ein Schularzt dem Lehrer amtlich erklärt haben, er sei unbedingt schadenersatzpflichtig. Da der Lehrer daraufhin dem Vater sofort ein Zahlungsversprechen gegeben hat, so will die „Pädagogische Zeitung“ öffentlich feststellen, daß die Ansicht jenes Schulinspektors unhaltbar sei. Wir lesen da: „Gewiß wird sie für viele Fälle zutreffen, aber allgemeine Geltung kann sie nicht beanspruchen. Da der Lehrer zu einer Züchtigung berechtigt ist, prüft das Gericht in jedem Falle, in dem ein Schlag an einer Stelle Schaden angestiftet hat, die nicht getroffen werden sollte, ob den Lehrer dabei ein Verschulden trifft. Wird diese Frage verneint, so erfolgt nicht nur Freisprechung im Strafverfahren, sondern auch Abweisung aller Schadenansprüche.“

In dem Lehrerblatt wird das Vorkommnis besprochen, um vor einer „übereilten Zusage des Ersatzes aller Kurkosten“ zu warnen. Von einer Warnung anderer Art sagt die „Pädagogische Zeitung“ — nichts.

Kindesmißhandlung wird einer im Hause Wittstocker Str. 3 wohnenden Frau Jahn vorgeworfen, die den unehelich geborenen Sohn einer Arbeiterin in Pflege gehabt hat. Daß Frau Jahn den vierjährigen Knaben stark prügelte, war im Hause aufgefallen. In der vorigen Woche wurde gegen diese Erziehungsmethode die Polizei angerufen, auf deren Rat dann die Mutter das Kind einem Arzt vorstellte. Die Mutter hatte an dem Körper des Knaben die Spuren der erlittenen Schläge gesehen, als sie bei Gelegenheit eines Besuches ihm eine selbstgefertigte Hose anprobierte. Sie nahm der Frau Jahn das Kind sofort ab, brachte es noch an demselben Abend bei einer anderen Familie unter, zeigte es einem herbeigeholten Schutzmann und ließ es am nächsten Tage durch einen Arzt untersuchen. Das Attest über das Ergebnis der Untersuchung ist der Polizei übergeben worden. Personen, die den Kleinen besichtigt haben, versichern, daß Rücken, Gesäß, Ober- und Unterschenkel mit zahlreichen Prügelspuren bedeckt waren. Da über dem Gesäß in der Kreuzgegend eine schmerzhafte Schwellung, anscheinend eine Blutbeule, sich gebildet hatte, so brachte die Mutter das Kind am Abend dieses Tages in ein Krankenhaus. Zur Prüfung der Anzeige, die gegen Frau Jahn eingereicht worden ist, hat die Polizei bereits einige Hausbewohner vernommen. Wir wollen abwarten, was aus dem Ermittelungsverfahren herauskommen wird.

Die Uebergabe des für den verstorbenen Genossen Stadtv. Emil Voigt errichteten Gedenksteins findet am Sonntag, den 4. Februar mittags 12 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt.

Die Ehetragödie in der Löwestraße, über die wir berichteten, hat jetzt ein Todesopfer gefordert. Die 55 Jahre alte Ehefrau des Kassenboten Julius Sonntag, die mit ausdrücklicher Einwilligung von ihrem Ehemann in den Kopf geschossen wurde, weil beide wegen andauernder Krankheit aus dem Leben scheiden wollten, ist gestern nachmittag um 5¼ Uhr im Krankenhause gestorben. Man glaubte erst, daß sie weniger schwer verletzt sei als ihr Mann, der sich ebenfalls eine Kugel in die rechte Schläfe schoß, weil sie zunächst noch bei Besinnung war. Jetzt hat sich das Befinden des Mannes etwas gebessert, sein Zustand ist aber auch noch immer lebensgefährlich.

Abgestürzt. Gestern vormittag gegen 9 Uhr stürzte der Fensterputzer Karl Krause beim Reinigen der Fenster im fünften Stockwerk des Seitenflügels Neue Friedrichstr. 38—40 auf den Hof hinab, wo er tot liegen blieb.

Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen, bei welchem drei Personen verletzt wurden, ereignete sich gestern morgen an der Ecke der Leipziger und Wilhelmstraße. Infolge der dünnen Eisdecke, die sich in den Schienen gebildet hatte, vermochte der Fahrer des Motorwagens 1802 der Linie III seinen Wagen nicht genügend abzubremsen und fuhr gegen den Hinterperron des Triebwagens 3084 der Linie 87 auf. Bei dem Zusammenstoß erlitten drei Personen Verletzungen. Die Verletzten mußten sich sämtlich in ihre Wohnungen begeben.

Mordversuch an der Ehefrau. Ein blutiges Drama hat sich gestern nachmittag im Norden der Stadt abgespielt. In dem Hause Invalidenstr. 140 schoß der Bahnbeamte Oskar Gülland seine Ehefrau nieder, worauf er sich selbst das Leben zu nehmen versuchte. Während die Frau in fast hoffnungslosem Zustand nach dem Krankenhaus Moabit gebracht wurde, fügte sich G. nur eine leichte Verletzung bei.

Der Selbstmord eines Bankiers erregt im Westen der Stadt großes Aufsehen. Vor 13 Jahren gründeten der 62 Jahre alte Bankier Paul Wilscheck und ein Offizier a. D. das Bankhaus Wilscheck u. Co., die ihr Bureau in der Potsdamer Str. 123 eröffneten. Nach kurzer Zeit trat der Offizier aus dem Bankgeschäft aus, das nun von Wilscheck unter der alten Firma allein weiter geführt wurde. Zu den Kunden des Geschäfts gehörten in erster Linie Offiziere und höhere Beamten. Wilschecks Geschäfte bestanden hauptsächlich in Spekulationen mit ausländischen Papieren; mit Berliner Großbanken und an der hiesigen Börse arbeitete er nur wenig. Diese Spekulationen brachten ihm in den letzten Jahren außerordentlich große Verluste, die er zum Teil, wie es scheint, mit dem Gelde seiner Kunden gedeckt hat. Gestern gegen 9½ Uhr vormittags kamen ein Herr und eine Dame, um von dem Bankier ihr Geld zurück zu verlangen, das sie ihm in Verwahrung gegeben hatten. Von 800 000 M., die sie deponiert hatten, konnten sie bisher nur die Hälfte zurückbekommen. Gestern früh wollten sie nun wieder mit dem Bankier dieserhalb Rücksprache nehmen. Als der Bureaudiener sie bei dem Bankier anmeldete, zuckte dieser nur mit den Achseln. Der Angestellte wollte sich darauf wieder entfernen. Im selben Augenblick, als er die Tür zumachte, hörte er einen Schuß fallen. Er öffnete gleich wieder und sah nun seinen Chef mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe besinnungslos in seinem Sessel sitzen. Es wurde sofort ein Arzt herbeigeholt, der den ersten Notverband anlegte und ihn nach dem Elisabeth-Krankenhaus in der Lützowstraße bringen ließ. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Geschäftseinbrecher sind an zwei Stellen wieder aufgetreten. Schuhwaren im Werte von ungefähr 3500 M. erbeuteten sie bei einem Besuch, den sie der Schuhwarenhandlung von Hermann Arenstein in der Königsberger Straße 8 über Nacht abstatteten. Sie verschafften sich vom Hof aus mittels Nachschlüssel Eingang und hielten dann unter dem Warenvorrat eine Auswahl. Mit zahlreichen Herren-, Damen- und Kinderstiefeln verließen sie dann unbemerkt wieder das Grundstück. — Eine Flurtür gewaltsam erbrechen mußten Diebe, die in die Geschäftsräume der Blusenhandlung von Türk u. Löwe in der Markgrafenstr. 59 eindrangen. Sie stahlen dort ungefähr 400 Batist- und Voileblusen mit Stickereien in Weiß und Farbig und etwa 30 weiße Bettbezüge im Gesamtwerte von 1500 M. Auch sie entkamen unbemerkt.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Groß-Berlin. Am Montag, den 5. Februar d. J., abends pünktlich 9 Uhr veranstaltet die Arbeiter-Samariter-Kolonne Groß-Berlin in ihrem Lehrlokal der 1. Abteilung, Dräsels Festsäle, Berlin, Neue Friedrichstr. 35, einen Vortragsabend für Frauen und Mädchen über das Thema: Frauenkrankheiten. Vortragender: Herr Dr. med. Großmann-Schöneberg. Der Eintritt ist frei.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordneten bewiesen in ihrer Sitzung vom Mittwoch, daß sozialpolitische Aufgaben, auf deren Lösung gerade Charlottenburg früher so stolz war, von der heutigen Mehrheit aufs ärgste vernachlässigt werden.

Zunächst knüpfte sich eine längere Debatte an eine Magistratsvorlage, die, unter dem Deckmantel einer Erhöhung einer Etatsposition, tatsächlich einen ganz neuen Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einschlagen will. Neben der Beschäftigung von minderwertigen Arbeitskräften, zu deren Lohn die Stadt etwas zulegt, hält der Magistrat es für angebracht, ohne Befragung der Versammlung, mit dem Verein für soziale innere Kolonisation in Verbindung zu treten und ihnen Arbeitslose zu überweisen. Der Verein verfolgt nach seinen Satzungen den Zweck, den vorübergehend Arbeitslosen der Großstädte und Industriebezirke Arbeit auf kulturfähigem Oedland zu verschaffen und dadurch neue Kulturflächen zu erschließen. Er will für sich keinen Erwerb und Gewinn erzielen und verfolgt keine politischen Ziele. Als erster Versuch sind etwa 40 Morgen Oedland bei Neppen erworben. Der Magistrat hat beschlossen, den Versuch in der Weise zu unterstützen, daß er den Arbeitslosen, die diese Arbeit übernehmen, zu dem Tagelohn von 2 M. einen Zuschuß von 1 M. für ledige und von 1,50 M. für verheiratete Arbeiter gewährt. Am 2. Januar sind, wie es in der Vorlage heißt, bereits 18 Arbeiter nach Neppen „versandt" worden, die auch die Arbeit angetreten haben.

Genosse Dr. Borchardt brachte eine Reihe von Bedenken gegen die Vorlage vor. Einmal bezeichnete er den für minderwertige Arbeitskräfte in Aussicht genommenen Lohn von 3 M. als nicht ausreichend, und zweitens wandte er sich gegen die Absicht, gelernte Industriearbeiter zur Kultivierung von Oedland heranzuziehen. Aufs schärfste protestierte unser Redner gegen die Art, wie der Magistrat über städtische Gelder verfüge, ohne die Stadtverordneten vorher zu fragen, und endlich gab er auch seinen Zweifeln daran Ausdruck, daß der Verein ausreichende Arbeitsgelegenheit beschaffen könne. Die Vorlage wurde schließlich einem Ausschuß überwiesen. Hoffentlich arbeitet dieser Ausschuß schneller, als der zur Beratung der Magistratsvorlage über Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzte Ausschuß, der nicht von der Stelle kommt. Fast scheint es, als ob die städtischen Körperschaften glauben, wenn sie den Verein für innere Kolonisation unterstützen, können sie auf die Einführung der Arbeitslosenunterstützung verzichten.

Die ganze sozialpolitische Rückständigkeit der bürgerlichen Mehrheit kam bei der Beratung der Magistratsvorlage betr. weiterer Vermehrung der Bettenzahl im Krankenhaus Westend und Aufstellung einer Baracke mit 20 Betten zum Ausdruck. Trotz wiederholter Vermehrung der Bettenzahl hat sich der Bedarf an Krankenbetten noch weiter gesteigert, und er ist, wie der Magistrat nachweist, ganz besonders dringend und umfangreich geworden, als im Oktober vorigen Jahres eine sehr heftige Scharlach- und Diphtherieepidemie einsetzte. Zurzeit sind die Verhältnisse freilich wieder etwas günstiger geworden, da die Zahl der Diphtheriekranken allmählich abgenommen hat. Da aber ein Wiederansteigen der Krankheitsfälle nicht ausgeschlossen ist, da bis zur Fertigstellung des Pavillons für Leichtkranke auch noch mindestens sechs Monate vergehen werden und bis dahin, im Hinblick auf mögliche Massenerkrankungen, jede Reserve im Krankenhause fehlt, so sind zur Verhütung eines Notstandes außerordentliche Maßnahmen notwendig. Man hätte annehmen dürfen, daß eine Stadtverordnetenversammlung, die sich auch nur einigermaßen ihrer sozialen Pflicht bewußt ist, sich von diesen Gründen hätte leiten lassen und ohne viel Redens die Vorlage bewilligt hätte. Aber die Mehrheitsparteien dachten anders, man will durchaus sparen, natürlich an unrechter Stelle. Der Magistrat bemühte sich nach Kräften, die Vorlage zu verteidigen. Aber sein Nachweis, daß in letzter Zeit 1700 Personen, die um Aufnahme ins Krankenhaus nachsuchten, zurückgewiesen werden mußten, nutzte ebenso wenig wie sein Hinweis darauf, daß die Stadt auf Grund des Seuchengesetzes zur Aufstellung einer Reservebaracke verpflichtet sei, oder wie die eindringlichen Mahnungen unserer Genossen Vogel und Dr. Borchardt. Die Vorlage, soweit sie die Aufstellung der Baracke betraf, wurde mit 31 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Vorlagen, die für die Allgemeinheit nicht von großer Bedeutung sind, folgte endlich die Beratung der Magistratsmitteilung über Lebensmittelteuerung. Am 20. Dezember hat die Versammlung den Magistrat um schleunige Einbringung einer Vorlage ersucht, durch welche den städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern, soweit sie ein Einkommen von nicht mehr als 2000 M. beziehen, eine einmalige Beihilfe gewährt werden soll. Der Magistrat teilt nun mit, daß er diesem Beschlusse, in Uebereinstimmung mit der Deputation, keine Folge geben werde.

Genosse Hirsch kritisierte die Haltung der Deputation, die nichts zur Linderung der Lebensmittelteuerung getan habe. Denn deren Beratung sei ausgelaufen wie das Hornberger Schießen; so seien allerdings die Liberalen die Hauptschuldigen, erst hätten sie ihren Teuerungsantrag im Plenum eingebracht und hinterher hätten sie bei der Beratung des Antrages in der Deputation durch Abwesenheit geglänzt. Stadtv. Dr. Meyer (lib.) versuchte zwar, das Verhalten seiner Freunde zu entschuldigen, aber über ein paar inhaltslose Phrasen lief seine Entschuldigung nicht hinaus. Die Versammlung nahm von der Magistratsmitteilung sowie von dem weiteren Beschluß Kenntnis, daß die Deputation betr. die Lebensmittelteuerung bestehen bleibt und auf Antrag von drei Mitgliedern zusammentreten soll. Ob dabei etwas in Zukunft herauskommt, ist nach den bisherigen Erfahrungen recht zweifelhaft.

Schöneberg.

Versuche mit einem neuen Eisbeseitigungsmittel hat die Straßenreinigungsdeputation vornehmen lassen. Das neue Mittel besteht aus einer Mischung von Antistubit und Coeberit, die in Wasser aufgelöst wird. Die angestellten Versuche haben erwiesen, daß das neue Mittel den vereisten Straßenkehricht außerordentlich schnell auftaut. Bisher ist es nur schwer gelungen, die vereisten Straßenzüge aufzutauen, so daß dem Fuhrverkehr namentlich bei ansteigenden Straßenzügen große Hindernisse in den Weg traten. Sollte sich das neue Mittel bewähren, so werden die Versuche auf das ganze Stadtgebiet ausgedehnt werden.

Mariendorf.

Der von der Gemeinde eingeführte Kartoffelverkauf ist vorläufig eingestellt. Die 2000 Zentner sind bis auf einige 60 Zentner verkauft; der Rest soll an gänzlich Unbemittelte unentgeltlich abgegeben werden. Die Verwaltung gibt sich indessen die größte Mühe, nochmals eine Waggonladung aufzukaufen, um sie wiederum zum Selbstkostenpreis abzugeben. Allerdings wird es nicht möglich sein, den bisherigen Preis — 10 Pfund 85 Pf. — weiter aufrecht zu erhalten, da alle bisherigen Angebote höhere Preise fordern. Im gegebenen Fall wäre zu wünschen, daß die Gemeinde einen anderen Verkaufsmodus einführt; denn an den letzten Sonnabenden war ein solcher Andrang, daß die Frauen und Kinder stundenlang frierend auf dem Schulhof stehen mußten, um schließlich ohne Kartoffeln wieder nach Hause zu gehen. So sehr die Einrichtung selbst zu begrüßen ist, müßten, um solche Vorkommnisse nicht wieder Platz greifen zu lassen, entweder zwei verschiedene Verkaufsstellen eingerichtet werden, oder der Verkauf müßte an mehreren Tagen in der Woche stattfinden.

Rudow.

Ebbe in der Vereinskasse scheint bei dem Turnverein „Jahn" eingetreten zu sein. Der Verein feiert nämlich am 3. Februar einen Maskenball, und da braucht er ein volles Haus. Um diesen Zweck zu erreichen, werden natürlich auch diejenigen Arbeiter nicht verschmäht, die bei der Reichstagswahl ihre Stimme dem sozialdemokratischen Kandidaten gegeben haben. Daß die Arbeiterschaft aber durchaus keine Ursache hat, diesem Verein das Haus füllen zu helfen, geht daraus hervor, daß derselbe sich am Tage vor der Reichstagswahl in einem hektographierten Schreiben an seine Mitglieder gewendet hatte, worin er dieselben auffordert, „im Interesse der Erhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung" dem Sozialdemokraten, der nur den „Klassenhaß schüre" und der den „häßlichsten Terrorismus übe", nicht die Stimme zu geben. Unterzeichner des Schreibens waren außer dem Turnverein „Jahn" der „Landwehr- und Veteranenverein" sowie der „Flottenverein". Die 135 sozialdemokratischen Wähler des Ortes ersehen hieraus, daß sie Veranstaltungen solcher Vereine nicht beiwohnen dürfen, wenn anders sie nicht ihre Gegner unterstützen wollen. Wer sich zu der sozialdemokratischen Anschauung bekennt, hat Gelegenheit, in dem sich in bester Entwickelung befindlichen sozialdemokratischen Wahlverein Befriedigung zu finden.

Reinickendorf.

Ein aufregender Vorfall trug sich vorgestern in der Berliner Straße zu. Dort hatte in den Vormittagsstunden ein unbekannter Mann die Aufmerksamkeit der Passanten durch sein sonderbares Wesen erregt; er lief schimpfend und tobend die Straße auf und ab und versuchte wiederholt die Laternenstangen oder die Träger der Haltestellenschilder emporzuklettern. Als Augenzeugen Miene machten, den offenbar Geisteskranken zu seiner eigenen Sicherheit festzuhalten, lief er plötzlich wild um sich schlagend und fluchend davon und erkletterte eine Haltestellentafel, an der er einen Strick befestigte. Die Schlinge legte der Mann um seinen Hals und ließ dann die Stange los, so daß er frei in der Luft hing. Passanten konnten den Kranken, der sich mit aller Kraft wehrte, bald befreien. Zwei Männer wollten den Lebensmüden nach der Polizeiwache bringen, unterwegs riß sich der Unbekannte jedoch los und flüchtete in der Richtung nach Borsigwalde.

Ein schwerer Unfall wurde am Mittwochabend vor dem Hause Residenzstr. 106 hervorgerufen. Der Kutscher der Firma Schwanebeck, Schönhauser Allee 47, fuhr in raschem Tempo die Residenzstraße entlang. Vor dem oben bezeichneten Hause lief das Tier gegen den Vorderperron des Triebwagens 1284 der Linie 35 und fiel zu Boden. Bei dem Zusammenstoß fiel der Kutscher vom Bock und zog sich eine Gehirnerschütterung, sowie innere Verletzungen zu. Der Verunglückte wurde nach dem Reinickendorfer Krankenhause übergeführt werden.

Rüdersdorf.

Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, im Etatsjahre 1912 Teile der Schloß-, Marien- und Lindenstraße pflastern zu lassen. Die Kosten hierfür belaufen sich auf zirka 12 000 M. Sodann kam die Gas- und Wasserversorgungsangelegenheit zur Sprache, welche eine längere Debatte hervorrief. Beschlüsse wurden indessen nicht gefaßt. Es wurde jedoch eine Kommission gebildet, die beauftragt wurde, in den nächsten Tagen mit den Kommissionen von Kalkberge und Tasdorf über diese Angelegenheit zu verhandeln.

Herzfelde.

Ein „Verein für Volksunterhaltung" ist hier ins Leben gerufen. Nach dem Muster der Freien Volksbühne in Berlin soll er für die Mitglieder in jedem Monat eine künstlerische Theatervorstellung veranstalten, welche von Berliner Schauspielern vorgeführt werden. Bereits am 11. Februar wird die Eröffnungsvorstellung: „Der Raub der Sabinerinnen" gegeben. Die Vorstellungen finden im Henzeschen Lokale, Hauptstr. 57, statt. Der Beitrag beträgt 40 Pf. monatlich bezw. 10 Pf. wöchentlich.

Aus aller Welt.

Die Pariser Hauspaschas.

Die Hauswirte in Paris genießen den zweifelhaften Ruf, wohl die rücksichtslosesten und unerbittlichsten Hauspaschas zu sein. Unter den Mietern der kleinen Wohnungen macht sich eine sehr ernste Bewegung gegen die Hauseigentümer bemerkbar, die in der letzten Zeit die Mieten stark gesteigert haben. Wohnungen, die für 400 bis 600 Fr. pro Jahr zu haben waren, haben im Laufe des verflossenen Jahres eine 20proz. Steigerung erfahren. Mit welcher schamlosen Verbissenheit die Hauswirte ihren Vorteil wahrnehmen, zeigt die Tatsache, daß ein gewisser Cochon, Sekretär des Syndikats zur Verteidigung der Mieter gegen die Wohnungsvermieter, vor zwei Tagen aus seiner Wohnung exmittiert wurde. Bis jetzt ist es ihm trotz eifrigen Suchens noch nicht gelungen, eine Wohnung zu finden. Ueberall, wo er anfragte, ist er abgewiesen worden. Nunmehr kündigt er an, wenn die Vermieter ihn weiter boykottieren würden, er eine Kundgebung veranstalten werde.

Durch einige andere Zwischenfälle hat die Erregung gegen die Vermieter weitere Steigerung erfahren. Eine Familie Huffon, die aus neun Familienmitgliedern besteht, wurde auf die Straße gesetzt und kann nirgends Unterkunft finden. Der Hausbesitzer, der diese Familie auf die Straße setzte, muß sich versteckt halten, da ihm von verschiedenen Seiten gedroht wurde, man werde ihn bei erster sich bietender Gelegenheit an einem Laternenpfahl aufknüpfen. Einer anderen Hauseigentümerin, der Frau Dugast, die die Absicht hatte, 300 ihrer Mieter gerichtlich aussetzen zu lassen, wurde vom Polizeipräfekten Lépine der Rat erteilt, von diesem Vorhaben bis auf weiteres Abstand zu nehmen, da die Mieter angekündigt hatten, im Falle ihrer Exmittierung zwar ihre Wohnungen verlassen zu wollen, die Häuser jedoch in Brand zu stecken.

In der nächsten Zeit wird sich die Kammer mit der Wohnungsfrage beschäftigen. Es ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der bezweckt, die kinderreichen Familien gegen die Vermieter in Schutz zu nehmen und die Steigerung der Mieten gewissen gesetzlichen Bestimmungen zu unterwerfen.

Schutz dem Eigentum.

Wie die Heiligkeit des Eigentums geschützt werden muß, die heute bekanntlich wieder durch eine „zügellose sozialistische Propaganda" gefährdet ist — siehe auch die unübertrefflichen Ausführungen des Herrn v. Hennigs im Abgeordnetenhause — lehrt ein Gesetz, das im Sklavenstaat Kansas im Jahre 1855 erlassen wurde. Dieses „Kapitel 151 der Gesetze von 1855" führte den Titel: Gesetz zum Schutze des Eigentums an Sklaven und lautete in seinem Abschnitt 12: „Wenn jemand in Wort oder Schrift behauptet, daß kein Recht bestehe, in diesem Gebiete Sklaven zu halten, oder wenn er in diesem Gebiete irgend ein Buch oder sonstige Schrift verfaßt, druckt, herausgibt oder verbreitet, die das Recht, Sklaven zu halten, irgendwie bestreitet, soll er des Hochverrats schuldig sein und zu Zwangsarbeit nicht unter 2 Jahren verurteilt werden."

Und Abschnitt 13 bestimmte: „Als Geschworener bei einer Anklage wegen Verletzung dieses Gesetzes darf niemand fungieren, der die Sklaverei verdammt oder das Recht der Sklavenhaltung bestreitet." — Bereits fünf Jahre später wurde ein Gesetz, das die Sklaverei aufhob, trotz dem Veto des Gouverneurs von Kansas mit 30 gegen 7 Stimmen von der Legislatur durchgesetzt.

Schweres Schiffsunglück auf dem Rhein.

Das Donnerstagmorgen im Rheinlande herrschende Schneetreiben hat auf dem Rhein zu einer schweren Schiffskatastrophe geführt. Auf der Höhe von Alsum geriet um 6 Uhr morgens ein kleiner Passagierdampfer der Hamborner Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" in das Rad eines vorüberfahrenden Frachtdampfers und kenterte. Acht Personen sind ertrunken, vier konnten gerettet werden. Die Ertrunkenen sind Arbeiter der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser". Der Dampfer hatte die Aufgabe, täglich die auf dem jenseitigen Ufer des Rheins wohnenden Arbeiter des Werkes überzusetzen.

Kleine Notizen.

Hochofenexplosion. In der vergangenen Nacht erfolgte in einem Hochofen der Rheinischen Stahlwerke in Duisburg eine Explosion. Ein Arbeiter wurde getötet, einer erlitt schwere Verletzungen, denen er mittlerweile erlegen ist.

Ausschreitungen deutscher Matrosen. Die Antwerpener Polizei verhaftete fünf deutsche Matrosen, die in einer Wirtschaft den Wirt und Kellner schwer mißhandelt hatten, so daß deren Vernehmung bis jetzt noch nicht hat stattfinden können.

Doppelraubmord. In der vergangenen Nacht wurde in der französischen Stadt Limoges der frühere Bürgermeister und seine 68jährige Haushälterin durch Axthiebe ermordet. Die Mörder versuchten, die Leichen zu verbrennen, indem sie die Kleider mit Petroleum übergossen und dann anzündeten. Darauf erbrachen sie den Geldschrank und raubten sämtliche Geld- und Wertsachen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, hoch vier Treppen — Hofrückgebäude —, wochentäglich von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmte Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

Hoffmann, Skalitzer Str. 1. Ohne Grund nicht statthaft. 2. Auch darf das Züchtigungsrecht nicht überschritten werden. — **S. S. 100.** 1. Nach Ihrer Darstellung sind Sie nicht zahlungspflichtig. 2. Unter Vorlegung des mit Rechtskraftattest versehenen Scheidungsurteils an das Standesamt, vor dem die Ehe geschlossen ist. Nach Scheidung können Sie wieder Mädchennamen führen. — **Martha.** 1. Still! Auf niedriger Kulturstufe stehende, anspruchs- und rechtslose Menschen. 2. 10—30 M. Hilfe bei der Entbindung. Jeder Wochenbesuch ist mit 1—2 M. besonders zu honorieren. — **R. R. 99.** Sie sind zur Nachzahlung von noch 50 Pf. verpflichtet. — **M. B. 100.** Ihre Mutter hat nichts zu befürchten; über die 900 M. kann sie frei verfügen. — **Lohnausfall 1912.** Die Bauverwaltung haftet nicht. — **A. R. 222.** Ja, wenn Sie die Aufforderung beweisen können.

Witterungsübersicht vom 1. Februar 1912.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	749	NW	4	Schnee	−7	Haparanda	753	N	4	halb bd.	−27
Hamburg	752	N	2	wolkenl.	−6	Petersburg	741	SO	3	bedeckt	−8
Berlin	751	W	3	bedeckt	−3	Scilly	756	OSO	4	bedeckt	6
Frankf. a. M.	755	NW	2	bedeckt	0	Aberdeen	754	WNW	3	wolkig	−1
München	757	SW	4	Schnee	−2	Paris	758	NW	2	bedeckt	1
Wien	755	W	3	Schnee	0						

Wetterprognose für Freitag, den 2. Februar 1912.

Vielfach heiter, aber veränderlich mit leichten Regenfällen und frischen westlichen Winden; nachts ziemlich strenger, am Tage gelinder Frost.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 31. 1. cm	seit 30. 1. cm¹)	Wasserstand	am 31. 1. cm	seit 30. 1. cm¹)
Memel, Tilsit	127*)	−1	Saale, Grochlitz	116*)	−11
Pregel, Insterburg	37*)	−3	Havel, Spandau²)	50*)	−2
Weichsel, Thorn	74*)	−2	„ Rathenow²)	98	+1
Oder, Ratibor	164*)	−8	Spree, Spremberg²)	70	0
„ Krossen	155*)	+2	„ Beeskow	68*)	−1
„ Frankfurt	140*)	+2	Weser, Münden	146	−12
Warthe, Schrimm	46*)	−2	„ Minden	218	−6
„ Landsberg	74*)	−4	Rhein, Maximiliansau	348	−6
Netze, Nordamm	50*)	−6	„ Kaub	159	−18
Elbe, Leitmeritz	92	−6	„ Köln	193	−23
„ Dresden	30*)	−12	Neckar, Heilbronn	70	+7
„ Aussig	184*)	−7	Main, Wertheim	—	—
„ Magdeburg	175*)	−10	Mosel, Trier	108	−8

¹) + bedeutet Wuchs, — Fall. — ²) Unterpegel. — *) Eisstand.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.